-EINZELEXEMPLAR KOSTENFREI-

Postvertriebsstück G 13846 - Entgelt bezahlt

Bonner Umwelt Zeitung

ZEITUNG FÜR UMWELT UND POLITIK IN BONN UND DEM RHEIN-SIEG-KREIS

32. JAHRGANG | HERAUSGEGEBEN VOM ÖKOZENTRUM BONN e.V. | SEPTEMBER/OKTOBER 2021

BUNDESTAGSWAHL

Wir können das
Interview mit Frau Professor Kemfert (DIW) zur Klimapolitik.....*Seite 2*

Zehn Kernforderungen von Germanwatch
„Es geht ums Handen - jetzt !".. .....*Seite 3*

Bundestagswahl 2021
Die Kandidierenden für den Wahlkreis Bonn stellen sich vor.....*Seite 4*

Wahlprüfsteine des Bündnisses Bonn wählt nachhaltig.....*Seite 5*

Wahlalter senken
Das Wahlalter muss auch in Zukunft Thema bleiben.....*Seite 6*

Bundestagswahl ist Klimawahl
Online-Hilfen für die Bundestagswahl 2021.....*Seite 7*

Weiter (mit)streiten
Letzter Beratungstermin der Fachkonferenz Endlagersuche .....*Seite 7*

Jürgen unterwegs .....*Seite 8*

Jürgens Kommentar zum Starkregen
Die Nacht, die alles änderte.....*Seite 9*

Zwischenruf
Wahl mit und ohne Qual.....*Seite 9*

Motto beibehalten - Verein gegründet
Aus Nachhaltigkeitstreff wurde „Nachhaltigkeitsinitiative Wachtberg e. V."*Seite 16*

Digitale Schiffahrt
Containerfracht-Branche braucht eine Transformation.....*Seite 16*

Kommentar von Ökozentrum Bonn e. V.
Gemeinnützigkeit für Organisationen der politischen Willensbildung?.....*Seite 16*

Aufräumaktion im Naturschutzgebiet an der Ahrmündung
Viele ehrenamtliche Helfer*innenn werden gebraucht.....*Seite 16*

VERBÄNDE

Lebenswerte Region Bonn|Siebengebirge e.V. *Seite 10*

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. Kreisgruppe Bonn *Seite 11*

Lokale Agenda 21 Zukunftsfähiges Bonn e.V. *Seite 12*

Verkehrsclub Deutschland Kreisverband Bonn / Rhein-Sieg / Ahr e.V. *Seite 13*

Deutscher Alpenverein Sektion Bonn e.V. *Seite 14*

STANDARDS

Impressum ..... *Seite 10*
Umweltadressen .....*Seite 15*

Schwerpunkt Bundestagswahl

Wer will – und wie – das Klima schützen?

Drastische Bilder von Flutopfern in unserer Region und von Bränden weltweit fordern eine eindeutige Parteinahme für das Erdklima. Wenn wir das Pariser Klimaziel erreichen wollen, sind die kommenden zehn Jahre entscheidend. Und vier dieser Jahre, in denen grundlegende Weichenstellungen getroffen werden müssen, wird die künftige Bundesregierung gestalten. Wie positionieren sich die Parteien und haben sie überzeugende Konzepte für eine sozial-ökologische Transformation?

Copyright Ökozentrum Bonn e.V. | Layout: Mariana Duffles

Zeitenwende heißt Kulturwende - Ist die Welt bereit in eine neue Zeit aufzubrechen?

Ralf Wolff

Am 26. September ist es wieder soweit. Die Bundestagswahl zum zwanzigsten Bundestag für die Wahlperiode 2021 bis 2025 findet statt.

In seinem „Zwischenruf" reflektiert unser Redakteur Manfred die Besonderheit dieser Wahl: ungewohnte Konstellation, enorme Herausforderungen und ein mit Spannung erwartetes Wahlergebnis (Seite 9).

Das Bündnis „Bonn wählt nachhaltig" hat zwölf Wahlprüfsteine formuliert, die von Kandidierenden für den Wahlkreis Bonn beantwortet wurden. Die Verbandsseiten greifen die Stellungnahmen auf mit dem häufig geäußerten Fazit: Problem erkannt, aber wenig wurde konkret angegangen.

Das neue Bundesparlament wird also vor enormen Herausforderungen stehen. Es muss langfristig eine **sozial-ökologische Transformation** einleiten und nicht nur auf die pandemischen Probleme mit ihren Wirkungen auf den Menschen und die Umwelt eingehen. Dieses Tranformationsgebot lässt sich sehr deutlich am Klimaschutz festmachen. Hat doch der Bundesgerichtshof ein generationengerechtes Klimaschutzgesetz angemahnt, welches eilig mit neuen Klimaschutzzielen novelliert wurde. Wenn zuvor der Weg zum Ziel kaum beschrieben wurde, konnte das bei dieser mit der heißen Nadel gestrickten Novellierung auch nicht erfolgen. So kurz vor der Wahl? Die Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen muss eine neue Bundesregierung nach der Wahl schnellstens gesetzlich auf den Weg bringen.

Ein **starker Naturschutz** -was sich zum Beispiel in der naturschutzrechtlichen Aufwertung von Landschaftsschutzgebieten zeigen würde- , schützt Pflanzen und Tiere, schafft Erholungsflächen für den Menschen und bewahrt ihn vor hohen Pegelständen bei Unwettern (s. Seite 10).

So ist unser Kolumnist Jürgen, wie wir alle, fassungslos ob der Bilder aus dem ihm wohlbekannten Ahr- sowie dem Oleftal. Bewegt schreibt er in einem Kommentar seine Gedanken zum Starkregenereignis nieder (S. 9). Die kommenden Generationen werden, wenn wir es nicht schaffen das in Paris 2015 vereinbarte Klimaschutzziel von 1,5 Grad einzuhalten, noch viel mehr Unwetterkatastrophen ertragen müssen.

Wasserstraßen bergen als Transportwege weitere Umweltprobleme. Unsere Korrespondentin Grace Ruth zeigt auf, inwiefern der Schiffsstau im Suezkanal mit der Digitalisierung der Schifffahrtsbranche in Zusammenhang steht. Die Häfen Zhoushan und Yantian in China waren geschlossen. Das hatte Auswirkungen auf den Klimaschutz, da Umwege gefahren werden mussten (s. Seite 16).

Bei der Bundestagswahl darf ein Teil der Gesellschaft nicht mitentscheiden: die jungen Menschen unter 18 Jahren. Doch deren Zukunft ist vom Umgang der nächsten Regierung mit der Klimakrise besonders betroffen. Viele von ihnen engagieren sich in politischen Gruppen und wirken so demokratisch mit. Sie wünschen sich, dass sie ihre Meinung und Kompetenz auch an der Wahlurne zur Geltung bringen können.

Jung und Alt gemeinsam fürs Klima: „Freitag demonstrieren, am Wochende diskutieren und am Montag gemeinsam anpacken und umsetzen". Das ist der Titel eines der Bücher unserer Interviewpartnerin Prof. Claudia Kemfert.

Kemfert forscht am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) als Abteilungsleiterin seit vielen Jahren an Lösungsansätzen in den Bereichen Energie, Verkehr und Umwelt. Sie fordert unter anderem, klimapolitische Handlungsstrategien an dem Deutschland zur Verfügung stehendem CO_2- bzw. Klimabudget auszurichten, alternative Mobilität als ein ganzheitliches Projekt zu begreifen und die Klimawandel-Folgekosten durch einen Klimabonus für jeden Haushalt auszugleichen. Und sie sagt: „Wir können das." Das deutet an, dass wir tatsächlich schon für mehr **Tempo bei der Energiewende** hätten sorgen können.

Auch zu diesem Thema hat das DIW gemeinsam mit weiteren Forschungseinrichtungen die Studie „Sechster Bundesländervergleich erneuerbare Energien" mit einem Datenstand 2019 herausgegeben. NRW fiel zum Beispiel 2019 auf Platz 13 gegenüber 2017 um drei Plätze zurück. Es ist eine Studie, die unsere für den Wahlkreis Bonn in den Bundestag gewählten Abgeordneten mit im Gepäck haben sollten.

Auf Seite 3 hat die BUZ-Redaktion die von Germanwatch aufgestellten zehn Forderungen an ein Reformprogramm für ein gerechteres, nachhaltigeres und international verantwortungsvolleres Land wiedergegeben. An den Kommentaren auf den Verbandsseiten können Sie abschätzen, wie nah die Kandidierenden ihre Politik daran ausrichten würden.

Wem geben Sie nun Ihre Stimme am 26. September, wenn Ihnen vor allem der Klimaschutz wichtig ist? Um Antworten auf diese Frage zu finden, hat sich unsere Redakteurin Carmen im Internet umgeschaut und stellt drei Online-Hilfen auf Seite 7 vor.

Mit Ihrer Zweitstimme wählen Sie die Partei aus, welche den Kanzler oder die Kanzlerin stellt.Wer bringt zur Bewältigung der Klimakrise die notwendige Kompetenz und auch den politischen Willen mit?
Hierauf werden viele Wähler*innen schauen.

BONN WÄHLT NACHHALTIG - PROJEKT BUNDESTAGSWAHL

Diese Ausgabe der BUZ steht ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Motiviert weil enttäuscht von der umweltpolitischen Willensbildung der vergangenen Legislaturjahre, schlossen sich 2020 sieben Umweltorganisationen zum Bündnis *bonn wählt nachhaltig* zusammen (Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e. V., BUND Kreisgruppe Bonn, NABU Kreisgruppe Bonn, VCD Kreisgruppe Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e. V., Verkehrsform Bonner Bürgerinitiativen [VF] und Zukunftsfähiges Bonn e. V.) und entwickelten nun auch für die Bundestagswahl 2021 wieder zwölf Wahlprüfsteine im Spektrum der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit.

Sie befassen sich mit diesen Themen:

- Energiewende braucht Taten
- Verkehrs- oder nur Antriebswende?
- Vorrang für die Schiene
- Abschied von Autobahnaus- und -neubau
- Finanzierung von Bus und Bahn sichern
- Flächenfraß stoppen
- klimagerechte und bezahlbare Wohnungen schaffen
- Biodiversität erhalten
- Schutzgebiete schaffen
- Förderung naturverträglichen Wirtschaftens
- Gemeinnützigkeit für politische Willensbildung
- Bürgerbeteiligung

Zu diesen Schwerpunktthemen formulierten die Bündnispartner Fragen. Die Kandidierenden Christoph Jansen (CDU), Jessica Rosenthal (SPD), Katrin Uhlig (Bündnis 90 / Die Grünen), Alexander Graf Lambsdorff (FDP), Ilja Bergen (Die Linke) und Livia Juliane Genn (Volt) beantworten. *Die Antworten wurden Anfang August auf der Website des Bündnisses (s. u.) veröffentlicht. Herzlichen Dank an die Kandiderenden für Ihre Antworten!*

Die Bündnispartner haben sich mit den Antworten auseinandergesetzt und bieten Ihnen mit ihren Kommentaren eine Orientierung für Ihre Wahlentscheidung an (s. Seite 4-5).

www. bonn-waehlt-nachhaltig.de

Wahlalter senken – Warum erst ab 18 Jahren wählen?

Das Wahlalter muss auch in Zukunft Thema bleiben

Am 21. Mai 2021 wurden im Bundestag ein Gesetzentwurf und ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie ein Gesetzentwurf und ein Antrag der FDP zurückgewiesen. Diese hatten das Ziel, das Wahlalter auf das vollendete 16. Lebensjahr zu senken. Die Vorlagen erhielten jedoch keine Mehrheit durch die Stimmen der FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen CDU/ CSU, SPD und AfD. Das wirft die Frage nach Gerechtigkeit auf, denn auch Jugendliche sind Teil der Gesellschaft und des politischen Systems, sie haben die Klimakrise auf die Agenda gesetzt und sollten für ihre Zukunft abstimmen dürfen.

BUNDjugend Bonn

Fenja ist 15 Jahre alt und seit einem halben Jahr bei der BUNDjugend Bonn aktiv. Zusammen mit der Gruppe plant sie Aktionen, ist im Gespräch über umweltpolitische Ereignisse, besucht Demonstrationen und arbeitet an diesem Artikel mit. Doch die Politik durch ihre Wahlentscheidung beeinflussen darf sie nicht. „Lange habe ich es einfach akzeptiert und gedacht, das wäre okay, weil wir noch zu jung und unerfahren wären, die Wahl zu schwierig. Doch nach und nach habe ich die Wahl und die Parteien mehr verstanden und spätestens seit der letzten Kommunalwahl finde ich es echt doof, nicht mitentscheiden zu dürfen."

So wie Fenja geht es vielen anderen Schüler*innen, die in der Klimabewegung aktiv sind. Diese haben es durch Schulstreiks geschafft die Klimakrise in der Öffentlichkeit so präsent zu halten wie nie vorher. Für viele der Moment der Erkenntnis, dass für die Jugend Politik wohl doch von Interesse ist. Nun steht die für die Eindämmung der Klimakrise wichtige Bundestagswahl an, und Anträge zur Senkung des Wahlalters auf 16 wurden im Mai vom Bundestag abgelehnt. „Ich fände es super, wenn alle Leute mehr über das Thema sprächen, wir so gesehen werden wie wir sind uns zugehört wird", wünscht sich Fenja im Interview. „Ich finde Politik sehr wichtig, weil so viele mitentscheiden können und versucht wird, friedlich Kompromisse zwischen verschiedenen Meinungen zu finden, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen." Doch genau um dieses gute Leben fürchtet die Jugend, wenn sie in ihre Zukunft blickt – und trotzdem ist ihre Meinung an der Wahlurne nicht gefragt. Fenja findet das ungerecht: „Unsere Generation ist noch viel länger hier auf dem Planeten als die ‚alte' Generation und wir haben ein Recht darauf, uns für die Zukunft und unsere Interessen einzusetzen."

Juniorwahlen gegen Machtlosigkeit?

Natürlich sind nicht alle jungen Leute politisch interessiert wie Fenja, wie es auch die Erwachsenen nicht alle sind. Doch, so lautet einer der größten Einwände gegen eine Herabsetzung des Wahlalters, der Anteil der Nicht-Interessierten sei nun einmal bei den Jungen größer. Aber die Frage zu stellen, warum Jugendliche möglicherweise weniger Interesse an Politik haben und dies nicht als naturgegebenes Faktum zu akzeptieren, ist sinnvoll.

Hier lohnt sich ein Blick auf das Experiment der Juniorwahlen. Unter der Schirmherrschaft von Prof. Dr. Norbert Lammert, dem Präsident des Deutschen Bundestages, haben in allen 16 Bundesländern und weltweit in Deutschen Auslandsschulen knapp eine Million Jugendliche die Bundestagswahl simuliert. Mit dabei waren Schüler*innen der Jahrgangsstufen 7-13 aller Schulformen.

Zeichnung: Maya Krieg

Studien zu den Juniorwahlen zeigen, dass das Interesse an Politik durch die Wahlen bei den Beteiligten anstieg. Liegt dies nur daran, dass die Schüler*innen sich im Vorhinein im Unterricht intensiv mit dem Thema beschäftigten oder spielt hier vielleicht auch noch etwas anderes eine Rolle? Auch Fenja hat 2017 an den Juniorwahlen teilgenommen und erinnert sich sehr positiv an die Erfahrung: „Ich fand die Wahlen sehr gut, weil man das Gefühl von einer richtigen Wahl hatte, weil man auch eine Stimme abgeben konnte und das auch richtig ausgezählt wurde." Gerade dieser Prozess der eigenen Meinungsbildung, der einem Ergebnis beiträgt und das Gefühl von Einfluss, könnte eine große Auswirkung auf das politische Interesse haben.

Eine ähnliche Einschätzung legt auch die Sinus-Jugendstudie von 2020 nahe. Diese zeigt, dass die meisten Jugendlichen ihr fehlendes politisches Engagement mit ihrer wahrgenommenen Einflusslosigkeit begründen. Im Bericht über die Ergebnisse der Studie heißt es: „Am häufigsten wird von den Befragten – quer durch alle Lebenswelten – angeführt, dass sie keinen Einfluss auf das politische Geschehen haben, weil sie weder über gesellschaftlichen Status noch über Macht oder Geld verfügen und weil ihnen als Minderjährige zu wenig Rechte eingeräumt werden. Viele sagen, sie könnten sich politisch (noch) nicht engagieren, da sie dafür zu jung seien."

Politische Extreme und Fake News

Häufig werden Jugendliche außerdem verdächtigt, sich politisch von Extremen angezogen zu fühlen, sodass es bei einer Wahl zur Stärkung von populistischen Parteien kommen könnte. Die Ergebnisse der Juniorwahl zeugen jedoch vom Gegenteil. Die AfD erhielt 6,0 Prozent der Zweitstimmen bei den Jugendlichen, während bei der offiziellen Wahl mit 12,6 Prozent ein mehr als doppelt so hohes Ergebnis erzielt wurde. Stärkste Parteien der Jugendlichen waren wie bei der Bundestagswahl die CDU/CSU sowie die SPD. Auch die Linken erhielten ein ähnliches Ergebnis wie bei den Erwachsenen. Der größte Ausreißer ist, neben dem höheren Anteil sonstiger Parteien, das Wahlergebnis der Grünen, die bei der Juniorwahl, mit 17,9 Prozent, deutlich erfolgreicher waren als bei der Bundestagswahl 2017 mit 8,9 Prozent. Der große Anteil der Grünen zeugt eher von einem Bedürfnis nach mehr Klimagerechtigkeit, als von radikalen Impulsen und antizipiert die Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Wahltrends in den Jahren seit der Wahl 2017.

Eine weitere Sorge bezieht sich darauf, dass Jugendliche Informationen aus sozialen Medien stark ausgesetzt seien und es ihnen schwerer falle, zwischen Fake News und Fakten zu unterscheiden. Eine berechtigte Sorge, wenn bedacht wird, wie groß der Einfluss der sozialen Medien auf den heutigen Wahlkampf ist. Doch da der größte Teil der aktuellen Wähler*innen ohne soziale Medien aufgewachsen ist, scheint dieser auf den ersten Blick nicht besser auf diesen Umstand vorbereitet zu sein als die Jugendlichen dieser Zeit. Diese haben teilweise sogar im Unterricht in der Schule Strategien zum Filtern von Fake News gelernt und kennen sich im Internet gut aus. Eine Studie der Universität Zürich ergab, dass es keinen signifikanten Unterschied beim Vertrauen in Informationen aus dem Internet zwischen den Altersgruppen gibt. Problematisch ist eher, dass „der Anteil derjenigen Befragten, die den Teil der glaubwürdigen Informationen im Internet nicht einschätzen können oder wollen, mit dem Alter steigt". Obwohl Jugendliche also Fake News nicht schlechter, vielleicht sogar besser entlarven können, bleibt zu beachten, dass sie diesen häufiger ausgesetzt sind. Ihnen deshalb das Wahlrecht zu verweigern, kann allerdings nicht die Lösung sein. Hier wäre viel mehr eine größere Aufklärungsarbeit für alle nötig.

Generationengerechtigkeit

Wenn Politiker*innen sich für bestimmte Themen einsetzen, geschieht dies auch um Wählerstimmen zu erlangen. Wenn Kinder und Jugendliche nicht wählen dürfen, ist es für Politiker*innen weniger attraktiv sich für deren Themen einzusetzen. Die deutschen Wahlberechtigten sind alt – ungefähr 21 Millionen Wahlberechtigte sind über 60, nur 9 Millionen unter 30. Da ohne politischen Kurswechsel die Gefahr droht, den zukünftigen Wohlstand und die sichere Lebensgrundlage der jungen Generation massiv zu schädigen, erscheint deren kleiner Anteil an den Wählerstimmen immer ungerechter.

Eine Absenkung des Wahlalters sollte mit mehr politischer Bildung in der Schule einhergehen, um Kinder und Jugendliche dazu zu befähigen, eine selbstbewusste Wahlentscheidung zu treffen. Dies hätte auch gesamtgesellschaftlich positive Auswirkungen, da unter den Eltern wahrscheinlich die Wahlbeteiligung ebenfalls steigen würde. Solche Effekte zeigen Studien zur Jugendwahl. So könnten einige Erwachsene in den politischen Prozess zurückgeholt werden.

Vorreiter Österreich

Dass es möglich ist ein nationales Wahlrecht ab 16 einzuführen, das zeigt das Beispiel Österreich. Hier wurde bereits 2007 das Wahlalter für Gemeinderatswahl, Landtagswahl, Nationalratswahl, Bundespräsident/-innenwahl und für Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre herabgesetzt. Damit sind sie das einzige Land in der EU, in dem die 16-Jährigen auf allen demokratischen Ebenen wählen dürfen. Im Rahmen der österreichischen Wahlstudie AUTNES wurde ein von der Parlamentsdirektion beauftragter Bericht zu Erstwählenden bei der Nationalratswahl 2017 erstellt. Dort heißt es „Allgemein zeigt auch die Analyse zu Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2017, dass die Wahlalterabsenkung anhand der von KritikerInnen erwähnten Bedenken als positiv betrachtet werden kann".

Alternative Konzepte

Welche Alternativen gibt es zu einer einfachen Absenkung des Wahlalters auf 16 oder 14 Jahre? Ein Beispiel ist das Konzept des Wahlrechts auf Verlangen. Hier soll ab einem bestimmten Alter die Möglichkeit für Minderjährige bestehen, einen Antrag zu stellen und so an Wahlen teilnehmen zu können. So kann wählen, wer sich dazu bereit fühlt und diese Verantwortung tragen will.

Eine andere Idee ist, dass Eltern für jedes Kind, das noch nicht selber wählen darf, eine zusätzliche Stimme erhalten können. Der Hintergedanke ist, dass Eltern bei der Wahl Entscheidungen treffen, die gut für ihre Nachkommen sind.

Die Parteien positionieren sich zum Wahlalter

Der Deutsche Bundesjugendring, die Interessensvertretung der deutschen Jugendverbände, spricht sich seit 2016 für ein Wahlalter ab 14 Jahren aus und rief vor dieser Bundestagswahl zur Aktion „#wahlaltersenken" auf. Tatsächlich hat der Bundestag in diesem Jahr über die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre abgestimmt, doch die Union, SPD und AfD blockierten Entwürfe und Anträge der Grünen und der FDP.

Dass das Thema im aktuellen Wahlkampf keine Rolle spielt, ist für viele junge Menschen enttäuschend. Obwohl in den Programmen der Parteien zur diesjährigen Bundestagswahl die Forderung zur Senkung des Wahlalters häufig auftaucht. Die SPD, die Grünen und die FDP unterstützen die Wahlberechtigung ab 16. Die Linken wollen das Erstwählalter auf 14 Jahre senken, was auch die Grünen für die Zukunft nicht ausschließen. Die CDU und die AfD fordern keine Senkung des Wahlalters.

In unserer Demokratie sollten die Bundestagswahl und der Bundestag alle Teile der Gesellschaft widerspiegeln. Ein Schritt für mehr Gerechtigkeit wäre daher, das Wahlalter in der nächsten Legislaturperiode mindestens auf das 16. Lebensjahr herabzusetzen. Bis dahin bleiben den Jugendlichen andere Wege der politischen Partizipation, um für ein gutes Leben für alle einzutreten.

Online-Hilfen für die Bundestagswahl 2021

Bundestagswahl ist Klimawahl

Welche Partei soll ich wählen, wenn ich insbesondere auf das Thema „Klimaschutz“ setze? Im weltweiten Netz findet man zu dieser Frage einige interessante Angebote. Drei Online-Hilfen stellen wir vor: den „Klimawahlcheck“, den „Zukunfts-Wahlcheck“ und die NABU-Forderungen zur Bundestagswahl.

Carmen Planas

Die kommende Bundestagswahl muss im Zeichen einer zukunftsweisenden Klimapolitik stehen. Wer hiervon überzeugt ist, hat für die Wahl am 26. September bereits einen wichtigen Akzent gesetzt, aber noch nicht die Kreuze. Welche Partei nimmt die Klimakrise wirklich ernst? Diese Frage will noch beantwortet werden. Ein Blick auf zwei Online-Angebote könnte helfen: „Klimawahlcheck“ von Klima-Allianz Deutschland, GermanZero und Naturschutzbund Deutschland (NABU) sowie „Zukunfts-Wahlcheck“ des World Wide Fund For Nature(WWF) Deutschland. Als weitere Wahlentscheidungs-Hilfe bieten sich auch die online nachlesbaren NABU-Kernforderungen zur Bundestagswahl an.

Was kann der „Klimawahlcheck“? Ein Klick auf https://klimawahlcheck.org zeigt es. Zunächst geht es um die Selbsteinschätzung. Ähnlich wie beim Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung werden die Nutzer*innen selbst um ihre Einschätzung befragt. Vier bis fünf Fragen werden zu diesen Themen gestellt: Energie, Mobilität, Industrie, Gebäude, Klimagerechtigkeit & Klimaziele, Landwirtschaft & Artenvielfalt. Beim Thema „Mobilität“ gibt es zum Beispiel diese Frage: „Soll der gesamte innerdeutsche Flugverkehr auf die Bahn verlagert werden?“ Jede Frage wird kurz erläutert, sodass ihre Relevanz für den Klimaschutz deutlich wird. Anschließend gibt es einen Vergleich mit den Parteiprogrammen von CDU/CSU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und den Freien Demokraten. Die Gesamtauswertung zeigt dann, welche Partei einem am nächsten steht.

Informierte Wahlentscheidung treffen

„Durch den Klimawahlcheck machen wir die klimapolitischen Ambitionen der Parteien transparent und vergleichbar, damit die Bürger*innen eine informierte Wahlentscheidung treffen können“, erklärt Dr. Christiane Averbeck von der Klima-Allianz Deutschland. Für den „Klimawahlcheck“ haben die Verbände die Wahlprogramme „der fünf größten, demokratischen Parteien analysiert und mit Blick auf deren klimapolitische Maßnahmen und Ziele bewertet“, heißt es in der gemeinsamen Presseerklärung. Eine wesentliche Grundlage hierbei seien die Forderungen der Klima-Allianz Deutschland und des Deutschen Naturschutzrings, die einen breiten Konsens bei den deutschen Klima- und Naturschutzorganisationen hätten.

Der WWF-„Zukunfts-Wahlcheck“

Und worum geht es beim „Zukunfts-Wahlcheck“ zur Bundestagswahl 2021 des WWF Deutschland? Drei große Themen werden unter die Lupe genommen: Klimaschutz, Biologische Vielfalt und Nachhaltiges Wirtschaften. Im Fokus: die Wahlprogramme von CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen. „Wir wollten wissen, ob die Parteien eine zukunftsgerichtete, Paris-taugliche Klimapolitik anstreben. Ob und wie sie die biologische Vielfalt schützen und das Artensterben stoppen wollen. Ob sie die Transformation der Wirtschaft voranbringen werden“, heißt es unter www.wwf.de/bundestagswahl-2021/wahlprogramm-check.

WWF-Bewertung der Wahlprogramme

Die Ergebnisse werden übersichtlich präsentiert. Die Bewertung der fünf Wahlprogramme ist kurz und knapp auf den Punkt gebracht. Zu allen Themenbereichen stellt WWF Deutschland auch vor, was ihrer Meinung nach unbedingt in den Wahlprogrammen stehen müsste. Die WWF-Gesamtanalyse der Wahlprogramme kann bequem heruntergeladen werden. Hier kann man auch eine komplexere Zusammenfassung der für den WWF relevanten Inhalte aus den Wahlprogrammen nachlesen.

Autsch! oder so kann’s gehen

„Wie zukunftsfit sind die Parteien in Deutschland? Finden Sie es mit unserem Zukunftswahl-Check zur Bundestagswahl 2021 heraus“, heißt es auf der Wahlcheck-Site. WWF Deutschland selbst hat es schon herausgefunden. Auf einem Blick zeigt eine Tabelle, wie die untersuchten Parteien bei den wichtigsten WWF-Forderungen zur Bundestagswahl 2021 abschneiden. Besonders schlecht weggekommen ist die FDP. Viermal erhält sie die Note „Autsch, voll daneben!“ und sechsmal „Einfach zu wenig / Leerstelle“. Gewinner ist Bündnis 90 / Die Grünen mit achtmal „So kann’s gehen“ und zweimal „Richtung stimmt, aber da geht noch was“.

NABU-Kernforderungen zur Bundestagswahl

Wer tiefer in die Bundestagswahl-Materie „Klima- und Biodiversitätskrise“ eintauchen möchte, dem sei ein Blick auf www.nabu.de empfohlen. Hier finden sich die acht NABU-Kernforderungen zur Bundestagswahl 2021. Sie werden in einer Kurz- und Langversion angeboten und bringen die unterschiedlichsten Themen sehr kompakt auf den Punkt. Es geht um das Erhalten und Gestalten unserer Zukunftslandschaften, um Erderhitzung, Renaturierung, unsere Meere, ländlichen Raum, Mobilität, Bürger*innen-Beteiligung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Übersichtlich und kenntnisreich werden die Herausforderungen, die Faktenlage und die Forderungen präsentiert.

„Die Bundestagswahl entscheidet, in welche Richtung Deutschland in den nächsten vier Jahren geht“, hiervon ist der NABU überzeugt und wünscht sich, dass sein Diskussionspapier eine wichtige Rolle bei der Wahlentscheidung vieler Menschen spiele.

Letzter Beratungstermin der Fachkonferenz Endlagersuche

Weiter (mit)streiten

Eigentlich ist das im Standortauswahlgesetz festgelegte öffentliche Beteiligungsformat „Fachkonferenz“ zur Suche eines Atommüllendlagers mit dem dritten Beratungstermin am 6./7.8. 2021 abgeschlossen. NGOs, Gebietskörperschaften, Wissenschaftler*innen und unabhängige Bürger*innen haben über einen Zeitraum von neun Monaten engagiert diskutiert und werden in Kürze einen gemeinsamen Abschlussbericht vorlegen. Wir berichten, wie es weiter geht.

Susanna Allmis-Hiergeist

Was bisher geschah: In der Phase 1 der Endlagersuche sollen Standortregionen identifiziert werden, die für eine übertägige Erkundung in Frage kommen. In einem ersten Schritt dieser Phase 1 hatte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen „Zwischenbericht Teilgebiete“ vorgelegt, der über 50 Prozent der bundesrepublikanischen Fläche als endlagertauglich ausweist. Dabei wurde die geologische Bewertung der sehr unterschiedlich großen Gebiete auf weite Strecken mit gesteinsspezifischen Referenzdaten aus der Literatur durchgeführt; von den Regionen gelieferte „echte Daten“ zum Beispiel aus Bohrungen wurden mitunter gar nicht berücksichtigt. Auf dieses etwas substanzreduzierte Werk hatte man nun das für Phase 1 vorgesehene erste öffentliche Partizipationsformat im Auswahlverfahren, die Fachkonferenz, angesetzt.

In drei Beratungsterminen wurde von Oktober 2020 bis August 2021 von der Öffentlichkeit selbstorganisiert diskutiert und protokolliert. Entgegen der Skepsis auch aus den eigenen Reihen wird es einen gut strukturierten Abschlussbericht geben: Drei Kapitel zur Eignung der drei Wirtsgesteine Salz, Ton und Kristallin sowie eine Art Stichwortverzeichnis, bei dem die Vorträge und Wortprotokolle hinsichtlich einzelner Themen analysiert und relevante Passagen den Stichworten zugeordnet werden. Diese verdichtete Version und auch die Langversion der Protokolle sind unter dem am Artikelende stehenden Link einsehbar.

Eine Million Jahre im Blick

Der Betrachtungszeitraum für die sichere Einlagerung des Atommülls soll eine Million Jahre betragen. Damit werden 40.000 Generationen mit der wenige Jahrzehnte währenden Nutzung der Atomkraft belastet. Erdgeschichtlich sind in diesem Zeitraum neben dem menschengemachten Klimawandel auch zyklische Klimaphänomene wie Eiszeiten und Gletscherbildungen in unseren Breitengraden zu erwarten. Daher kontrastierten Expert*innen der Fachkonferenz die gelobte plastische Toleranz und die Selbstheilungskräfte des Tons mit den Risiken der massiven Verformung durch das Gewicht und die Scherkräfte eiszeitlicher Gletschermassen. Nebenbei: Die Schweiz erkundet zur Zeit drei potenzielle Endlagerstandorte in Tongestein unmittelbar an der Grenze zu Deutschland.

Immer wieder, auch bei Kristallingestein, lautete die Kritik, dass bei der Größe der Teilgebiete keine homogenen Verhältnisse vorliegen und die Methode der Bewertung anhand von Referenzdaten der Komplexität nicht gerecht wird. Bei Salzgestein lautet die Forderung, dass das erforderliche 300 Meter starke Deckgebirge über der atomaren Einlagerung keinesfalls selber Salzstrukturen, die Wassereinbrüche begünstigen, enthalten darf. Hier musste sich die Fachkonferenz aber weniger gegen die BGE, sondern gegen Gorleben-Fans aus den Reihen der Konferenzteilnehmer stemmen.

Und die weitere Beteiligung der Öffentlichkeit?

Bis zur Festlegung der übertägig zu erkundenden Standorte, also bis zur Ausfilterung weniger Regionen aus den bisher ausgewiesenen 90 Teilgebieten, wird es voraussichtlich noch mehrere Jahre dauern, in denen keine weitere gesetzlich beschriebene Beteiligung zwingend ist. Nicht wenige Teilnehmende waren der Meinung, dass man den mageren Knochen des Zwischenberichts Teilgebiete gar nicht hätte aufgreifen dürfen, sondern auf eine Verschiebung der Partizipation bis zum Vorliegen eines konkreteren Arbeitsstandes hätte dringen müssen. Frühzeitig wurde daher beim Bundesamt für Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) als Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung ein kontinuierlich weiterarbeitendes Folgeformat eingefordert.

Beim dritten Beratungstermin signalisierte das BASE grundsätzliche Zustimmung, stellte allerdings die Selbstorganisation in Frage, und der breite fachliche Diskurs soll in Form von kleinen Arbeitsgruppen quasi ins „Hinterzimmer“ (Juliane Dickel vom BUND) verbannt werden. Nach einigem Hin und Her konnte man sich immerhin mit einigen, ein mögliches Einvernehmen bis Oktober 2021 auszuloten und in einer öffentlichen Konferenz zur Entscheidung zu bringen.

Gibt es keine Einigung, verliert nicht nur die Umwelt. Auch das Umweltministerium setzt ohne Not die Expertise und die Akzeptanz der breiten Öffentlichkeit aufs Spiel. Die selbstbewusste Community der Konferenzteilnehmer*innen wird andere Wege finden, ihre Ideen und Kritikpunkte öffentlich zu machen. Und selbst die an der Standortsuche arbeitenden Abteilungen der BGE schienen zeitweise gar nicht unglücklich über den fachlichen Austausch mit der Fachkonferenz zu sein.

Siehe unter:
https://endlagersuche-infoplattform.de/fachkonferenz

Jürgen unterwegs

Von 1949 bis zum Jahre 1991 war Bonn Bundeshauptstadt, der Regierungssitz war sogar noch bis 1999 in unserer schönen Stadt. Garniert mit Episoden aus Bonn, schauen wir uns die Zeit des provisorischen Regierungssitzes an.

Quelle: Jürgen Huber

Altes Wasserwerk Bonn

Jürgen Huber

Bonn wird Hauptstadt

Da Berlin nach dem 2. Weltkrieg nicht nur geteilt, sondern auch von der sowjetisch besetzten Zone eingekesselt war, wurde eine provisorische Hauptstadt für Deutschland gesucht.

Hier sollten nach dem Willen der Westalliierten die Regierungsgeschäfte geführt werden, bis sich die politische Lage im besetzten Deutschland verändern würde und Berlin wieder Hauptstadt werden könnte. Es kamen zuerst zwei Städte in die nähere Auswahl, Bonn und Frankfurt. Mit gleich zwei Vorteilen begab sich Bonn ins Rennen: 1948 begann der Parlamentarische Rat mit den Beratungen zum Grundgesetz im Bonner Museum Koenig. Er arbeitete eine vorläufige Verfassung für den von den Westalliierten kontrollierten Teil Deutschlands aus. Am 23. Mai 1949 verabschiedete Deutschland mit Billigung der Alliierten in Bonn das Grundgesetz.

Auch in seinen vielen unzerstörten und repräsentativen Bauten sah Bonn einen großen Vorteil. Die von den Alliierten durchgeführte Räumung der belgischen Garnison in Duisdorf bot reichlich Platz zur Unterbringung von Regierungsbeamt*innen.

Frankfurt dagegen war ziemlich ausgebombt und hatte dadurch starken Wohnraummangel zu verzeichnen.

Später bewarben sich noch Stuttgart und Kassel um den Sitz der provisorischen Hauptstadt. Kassel war zu nah an der Zonengrenze, Stuttgart überschuldet.

Zuerst sah es schlecht aus um Bonn als Hauptstadt. In Bonn wird gemunkelt, dass der in Rhöndorf lebende Konrad Adenauer hier eine nicht unerhebliche Rolle spielte, als Bonn mit 200 gegen 176 Stimmen zur Hauptstadt gewählt wurde. Ein bei Wikipedia zu lesendes Gerücht besagt: Wenige Stunden vor der Abstimmung präsentierte Konrad Adenauer den CDU-Abgeordneten eine durch den Deutschen Pressedienst vermeintlich verbreitete „vertrauliche Meldung“. Sie besagte, dass bei einer Vorstandssitzung der SPD in Köln am Vormittag der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher sich darüber erfreut gezeigt habe, dass es eine „sichere Niederlage“ der Konservativen beim Hauptstadtvotum geben werde. Da sich sowohl die SPD als auch die hessische CDU für Frankfurt einsetzten, reichte dieses Gerücht für einen Stimmungsumschwung bei den hessischen CDU-Abgeordneten.

Zu dieser Zeit war Konrad Adenauer noch Oberbürgermeister der Stadt Köln, in der er sich unter anderem in weiser Voraussicht für die Erhaltung des „grünen“ Kölns einsetzte. Da er es nicht so sonderlich mit dem Kommunismus hatte, sagen Bonner*innen ihm nach, dass er sich aus diesem Grund beim Bau seiner Rhöndorfer Villa gegen Fenster nach Osten entschied. Sicher hatte dieses sachliche Gründe in der Hanglage des Hauses.

Wohin mit all den Abgeordneten?

Doch wohin sollten all die Menschen mit den vielfältigen Regierungsaufgaben? Die Duisdorfer Kaserne haben wir ja schon benannt. Da bot sich weiter der Bonner Süden an. In der letzten Ausgabe berichtete ich bereits darüber im Rahmen der Endhaltestelle der Pferdebahn. Die leer stehende ehemalige Pädagogische Akademie, damals noch unabhängig von der Universität, bot sich hier als Bundeshaus an. Hier fanden die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates statt. Das in der letzten Ausgabe von mir beschriebene Palais Schaumburg wurde Sitz des Bundeskanzlers, damals war offenbar an eine Kanzlerin noch nicht zu denken.

In der Villa Hammerschmidt ließ sich der Bundespräsident nieder.

Das alte Bonner Wasserwerk unterhalb des Bundeshauses, bis 1958 noch als solches in Betrieb, wurde in den 1960er-Jahren vom Bund gekauft. Der Abriss des Plenarsaales des Parlaments in den 1980er-Jahren erforderte ein Ausweichquartier. Die Wahl fiel auf das Pumpenhaus des oben genannten Wasserwerkes. Es wurde zum Ersatzplenarsaal umgebaut, am 9. September 1986 tagte der Deutsche Bundestag zum ersten Mal im Alten Wasserwerk.

Im Laufe der Zeit benötigte die Regierung immer mehr Platz für immer mehr Angestellte, und so wurde in den Jahren 1966 bis 1969 das Abgeordnetenhochhaus gebaut, das nach einem seiner größten Befürworter als „langer Eugen“ bekannt wurde. Das war ein Widerspruch in sich, denn der Herr Eugen Gerstenmaier war eher von kleiner Statur. „Klein, knorrig, dynamisch“, so nannte ihn der amerikanische politische Berater Robert Murphy im Dezember 1948. Dieses Gebäude beherbergt heute einen Teil der UN.

Von 1969 bis 1975 wurden im Bonner Stadtteil Hochkreuz die sogenannten „Kreuzbauten“ errichtet. Zwei 12 - 15-geschossige, gleichartige, mit kreuzförmigem Grundriss konzipierte Bauwerke ruhen auf einem hohen Sockelgeschoss. Mehr könnt ihr in der BUZ März/April 2021 auf Seite 16 lesen.

Es gäbe noch viele Gebäude zu nennen, wir besuchen hier aber nur die Spektakulärsten.

Die Diplomatenrennbahn

Die Bonn mit Bad Godesberg verbindende Adenauerallee hatte damals den Spitznamen „Diplomatenrennbahn“. Auf ihr waren die Autos der Diplomaten schnell unterwegs, denn sie ging schnurstracks von Bonn nach Bad Godesberg. Kleine Ampeln mit Geschwindigkeitsangaben zeigten den umsichtigen Autofahrer*innen die sogenannte „Grüne Welle“ an. Mit der angezeigten Geschwindigkeit konnte von grüner Ampel zu grüner Ampel gefahren werden, ohne anhalten zu müssen. Ab dem Bundeskanzlerplatz bis Bad Godesberg fuhr zwischen den beiden Fahrbahnen die Straßenbahn Bonn - Godesberg - Mehlem (BGM).

Bonn war im Jahre 1967 schon einige Jahre Hauptstadt, als der Stadtrat beschloss, eine „hauptstadtwürdige“ U-Bahn zu bauen. Zumindest gingen diese Gerüchte damals in Bonn umher. Diese U-Bahn verkehrte vom Hauptbahnhof bis damals zur Heussallee unterirdisch, wo sie auf die alte oberirdische Trasse der BGM Linie traf. Später wurde der Tunnel noch um einige hundert Meter verlängert, damit der Betrieb noch kreuzungsfreier gestaltet werden konnte.

Zurück zur Adenauerallee: Wenn der Kanzler aus seiner Ausfahrt fuhr, wurde die Adenauerallee mit Hilfe einer roten Ampel gesperrt. Bei Staatsbesuchen konnte es passieren, dass die Adenauerallee gar nicht befahren werden konnte. Für uns Bonner*innen war es immer ein Ereignis, wenn hoher Besuch oder Politiker*innen von hohem Rang durch die „weißen Mäuse“ eskortiert wurden. Für die jüngeren Menschen unter uns erkläre ich gerne: die Motorradeskorte der Polizei wurde so genannt, sie waren ganz in weiß gekleidet.

Außerparlamentarische Orte

Politik wurde aber nicht nur in den dafür gedachten Räumen gemacht! In der Bonner Weberstraße 43 trafen sich von 1970 bis 1984 vor allem Vertreter*innen der linken Szene. Bei reichlich Bier und Schmalzbrot wurde hier die Welt verbessert und manche Demo fand hier ihren Ursprung. Die „Mittelrheinischen Flippermeisterschaften“ wurden hier ebenfalls erfunden. In der Schumann Klause konnte auch schon mal Ulrich Wickert angetroffen werden.

Der Name Bonn wurde gerne als Abkürzung für **B**onn **o**hne **n**ennenswertes **N**achtleben bezeichnet, was ich aufs Schärfste dementieren muss. Wer Bescheid wusste, dem mangelte es an nichts. Wer gemütlich abhängen wollte, begab sich ins Underground in Muffendorf, wo manche später berühmte Band ihren ersten Auftritt hatte. Die Altstadt barg auch größte Gefahren, zum Beispiel im Schuppen in der Heerstraße als linker Brutkessel. Live Jazz gab es in der Pinte, bis „Pinte Dieter“ während der abendlichen „Jazz-Session“ mit seinem Banjo vom Barhocker fiel. Natürlich völlig entkräftet. Beim Spanier Don Pedro gab es die besten Krabben in Knovelsosse.

Auch wer gerne am erotischen Teil des Bonner Nachtlebens teilnehmen wollte, konnte dieses im Nachtclub Carlton tun, der seit 1949 hier lustvolle Stunden versprach. Dieser befand sich direkt am Friedensplatz, die Adresse ist „Wilhelmstraße 1“. Im Jahre 1982 beendete ein Brand die „Begegnungen“ in diesem Lokal.

Die Kanzler

Doch wieder zurück zur Politik. Wer kann sich noch an die in Bonn residierenden Kanzler erinnern? Da waren Konrad Adenauer 1949 bis 1963, Ludwig Erhard bis 1966, Kurt Georg Kiesinger bis 1969, Willy Brandt bis 1974, Helmut Schmidt bis 1982 und Helmut Kohl bis 1998. Weiter gehe ich jetzt nicht, denn Bonn hat den Hauptstadttitel im Jahre 1991 wieder an Berlin abgegeben.

Friedlich und gemütlich war es!

Am 30. Mai 1968 beschloss der Bundestag nach heftigen Protesten die „Notstandsgesetze“. Für die Einen Vorsorge für den Krisenfall, für die Anderen eine Gefahr für die Demokratie. Am 11. Mai 1968 kamen über 40.000 Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik zu einem Sternmarsch nach Bonn, um gegen die geplanten Notstandsgesetze zu demonstrieren.

Zur Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten am 10. Oktober 1981 gegen die atomare Bedrohung kamen etwa 300.000 Menschen, um unter anderem gegen den NATO-Doppelbeschluss zu protestieren. Sie bildete den Auftakt zu den drei Großdemonstrationen der westdeutschen Friedensbewegung in den Jahren 1981 bis 1983. Joseph Beuys singt im Hofgarten „Sonne statt Reagan.“

Ich erinnere mich noch, es parkten die Busse auf den Autobahnzubringern und die Demonstrant*innen hatten lange Wege zu bewältigen. Wohl gesinnte Bonner*innen halfen gerne mit Verpflegung aus. Es gab aber auch die Ängstlichen, die sich ihre Fenster mit Brettern vernageln ließen. Diese Aktion lief ins Leere, alles blieb friedlich.

Es erweckt den Anschein, dass sich die Gemütlichkeit dieser kleinen, bescheidenen Stadt auf die Regierungsarbeit und auch auf die Demos auswirkte. Während in Hamburg und Berlin eine wesentlich kleinere Anzahl von Demonstrant*innen eine Menge Krawall verursachten, blieb es in Bonn friedlich.

PS.: Noch eine Richtigstellung:

Zum Schluss ist eine Entschuldigung fällig, denn in der letzten Ausgabe wurde der Begriff Flugabwehrgeschütz (FLAG) von mir benutzt. Dieser Begriff ist im 2. Weltkrieg zur Flugabwehrkanone (FLAK) mutiert und wäre die richtige Benennung gewesen.

Quelle: Jürgen Huber

Alte Pädagogische Akademie, später Sitz des Bundesrates

Jürgens Kommentar zum Starkregen

Die Nacht, die alles änderte

Ein in unserer Region noch nie da gewesener Starkregen hat die aus Südeuropa bekannten Bilder von Überschwemmungen direkt vor unsere Haustüre gebracht. Jürgen ist diesmal nicht unterwegs, sondern kommentiert das Geschehen.

Quelle: KlausM_pixelio.de

Beschaulich floss die Ahr dahin

Jürgen Huber

Als Kanute ist mir die Ahr sehr wohl bekannt, viele Male wurde sie von meinen Kumpels und mir befahren. Bei der Ahr war Eile geboten, denn der Wasserstand stieg schnell an und fiel genauso schnell wieder.

Beim Dauerregen am 14 Juli 2021 schauten wir bei beeindruckenden Wassermassen vom Himmel dem Hochwasser führenden Rhein zu. In der abendlichen Lokalzeit sahen wir die ersten, noch harmlosen Bilder über anschwellende Bachläufe. Doch in der Nacht stieg die Olef bei Gemünd laut Aussage von Bekannten binnen 30 Minuten um 5 Meter, was an der Ahr passierte wissen wir inzwischen alle!

Am Morgen sahen wir Bilder im Fernsehen und im Internet, aber diesmal nicht über tausend Kilometer weg in Südeuropa, sondern 20 Kilometer entfernt in Rheinbach, 30 Kilometer entfernt in Altenahr bis nach Ostbelgien hinein.

Natürlich fehlten die Reden der Politiker*innen nicht. Frau Dreyer, der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin meine ich die Betroffenheit angesehen zu haben. Bei Herrn Laschet, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und CDU Kanzlerkandidaten sah die Betroffenheit für mich sehr gekünstelt aus.

Seine Aussage, dass NRW im Klimaschutz führend sei, kann ich nicht nachvollziehen. Ich vermute, er bezieht das zeitlich etwas ungenau auf den erzwungenen Beschluss zum künftigen Kohleausstieg in 2038, während in Vergangenheit und Gegenwart u. a. die Inbetriebnahme des Kohlehaftwerkes Datteln 4, die Behinderung des Windkraftausbaus und zunehmende Flächenversiegelung die NRW-Politik bestimmten. Auch die Aussagen: „Klimaschutz, ja, aber nicht als Wettbewerbsnachteil für die Industrie“ und „Weil jetzt so ein Tag ist, ändert man nicht die Politik“ sagen mir eine Menge.

Ursachenforschung

Ich interpretiere ein Interview mit Sven Plöger im Presseclub so: Im Jetstream, zu deutsch Höhenstrom, einem ehemals starken Windband in rund zehn Kilometern Höhe, rasen Winde mit bis zu 500 Kilometer pro Stunde von West nach Ost um den Globus. Dabei transportiert der Jetstream die großen Wettersysteme über die Kontinente und prägt unser Wetter. Doch er änderte sein Verhalten in jüngster Zeit. Statt schnell und fast parallel zum Äquator zu wehen, bewegt er sich inzwischen zunehmend langsamer und vollführt große Schlängelbewegungen. Das hat Folgen, denn er transportiert das Wetter nicht mehr so schnell weg, Hoch- und Tiefdruckgebiete bleiben längere Zeit stationär. Durch die Erderwärmung befindet sich mehr Wasser in der Luft, es kommt zu starkem Dauerregen, der nicht wegtransportiert wird.

Im Winter kann es dadurch auch zu extremen Kaltlufteinbrüchen aus der Arktis kommen, im Sommer dagegen kann er lang anhaltende Hitzewellen und Trockenheit verursachen.

Das ist das Eine, aber es kommt noch eine Menge dazu; die gewaltig zunehmenden Flächenversiegelungen für Parkplätze, Industriegebiete, die aus dem Boden gestampft werden und auch für immer mehr benötigten Wohnraum. Die in der Landwirtschaft über Jahre hinweg betriebene Flurbereinigung, wo kleine Parzellen zu großen Parzellen zusammengefasst und „begradigt“ werden, damit sie schneller und besser bearbeitet werden können. Auch die Begradigung der Bäche und Flüsse trägt das ihre zu einem schnelleren Ansteigen des Wassers bei.

Was kann getan werden?

Von den Medien wird jetzt das hoch gepuscht, was versäumt wurde und was hätte besser gemacht werden können. Nachkarten ist nicht ausreichend. Es ist wichtig, auf politischer Ebene ein Umdenken zu erreichen. Und ich spreche von einem wirklichen Umdenken, nicht von warmen Worten nach katastrophalen Ereignissen. Die Chance, eine Wende hinzubekommen, haben wir am 26. September 2021 mit unseren Kreuzen auf dem Wahlzettel. Und übrigens auch im nächsten Jahr bei der Landtagswahl. Bebauungen und damit verbundene Verdichtungen müssen den neuen Klimaverhältnissen angepasst werden. Die Verbreiterung von Autobahnen ist genauso unsinnig wie Radwege durch Erholungsparks zu bauen und noch mehr Flächen zu versiegeln. Für uns selbst ist zu überlegen, manchen Weg mit dem Fahrrad oder zu Fuß anstelle mit dem Auto zu erledigen.

Ziehen wir in Betracht, dass ein Fluss in 30 Minuten um fünf Meter steigt, wie die Olef, dann müssen die Bevölkerungswarnsysteme verbessert werden. Eine Warnung über ein vom Stromnetz unabhängiges Sirenensystem ist unabdingbar.

Zwischenruf

Wahl mit oder ohne Qual

Dr. Manfred Fuhrich

Das darf doch nicht wahr sein! Wie soll das denn nun weitergehen? So was haben wir noch nie gehabt. Da kennen wir uns doch nicht aus. Nun hört sie einfach auf. Sie will nicht mehr. Kann man irgendwie verstehen, aber was ist mit uns? Und die jungen Leute, die müssen erst mal verstehen, dass man auch als Mann Bundeskanzlerin werden kann. Welch ein Kuddelmuddel in diesem Wahljahr.

Parteien paradox

Die Grünen in artfremder Harmonie und im euphorischen Höhenflug. Dann könnte es doch dabei bleiben, dass das Bundeskanzleramt weiblich ist. Achtung, Ikarus flog auch viel zu hoch und stürzte. Das war in der griechischen Mythologie der übermütige junge Heißsporn, der von seinem erfahrenen Vater Daidalos erfolglos ermahnt wurde. Immerhin: das Parteiprogramm ist vom etablierten Vorstand erfolgreich gegen radikale Ideen der jüngeren Parteibasis gezähmt worden, damit die Partei für breite Wählerstimmen zumutbar wird. Wie konservativ muss die einstige Protestpartei nach dem Vorbild in Baden-Württemberg noch werden?

Die Schwarzen (Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union) übten sich in Machtkämpfen der Platzhirsche – auf offener Bühne. Wie eine Partei im Umbruch; mal was Neues, denn bisher hieß das Programm Merkel. Und nun: Der fröhliche Rheinländer besser als der breitbeinige Bayer? Die Rheinländer hatten gleich drei Kandidaten im Angebot, eine echte inhaltliche Vielfalt. Flügelkämpfe? Die Konservativen praktizieren die Tradition der Grünen in den Anfangsjahren. Verkehrte Welt!

Rot? Da war da doch noch eine andere Volkspartei – die SPD (zur Erinnerung noch mal ausgeschrieben: Sozialdemokratische Partei Deutschland). Nach aktuellen Umfragen gehört sie jetzt in die Gruppe der kleinen Parteien, ohne wirkliche Chance auf Kanzler; aber das wollen die machtgewohnten Sozis nicht wahr haben. Dafür gibt es ja Wahlen; ein Beitrag zur Wahrheitsfindung.

Wir haben den Salat

Nur welchen? Einen grünen Blattsalat? Nein, auf jeden Fall einen gemischten. Doch was überwiegt? Etwa allzu viele schwarze Bohnen mit etwas Rucola. Ungewöhnlich, aber wohl wahrscheinlich. Weniger wahrscheinlich, aber von einigen Feinschmeckern erträumt: ein gemischter Salat mit roten Paprika, oder sogar mit Peperoni. Aber für die meisten Wähler*innen wohl zu scharf. Zu riskant für die Verdauung. Wie wäre es mit gelbem Mais? Doch schmeckt man dann noch das grüne Blatt raus. Alles nicht nur eine Geschmackssache.

Unsere Demokratie ist stark. Warum also die Ängste vor Veränderung? Warum Furcht und Abwehr vor abweichenden Positionen? Doch dies ist eine immer wiederkehrende Geschichte, vielleicht verursacht durch Erinnerung an dunkle deutsche Vergangenheit. Die Grüne Partei hatte in den Anfangsjahren starke Probleme überhaupt mit ihrem Anliegen in die Nachrichten zu kommen. Sie wurde lange Zeit in der veröffentlichten Meinung ausgegrenzt. Im Bundestag wurde sie später als Exoten-Fraktion begriffen. Das linke Lager wurde lange als „ehemalige SED-Nachfolgepartei“ diffamiert, als wollte die kleine Partei immer noch die Weltrevolution in Deutschland anzetteln, womöglich bis nach Paderborn. Aber selbst in Erfurt passierte unter Linken-Herrschaft nicht wirklich Böses.

Das Sammelbecken für unzufriedene Wähler*innen war lange Zeit die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus). Weil die Linke als deren Nachfolgepartei zunehmend etabliert erschien, fanden Protestwähler*innen in der AfD (Alternative für Deutschland) ein neues Ventil für ihren Unmut. Angesichts der extrem unterschiedlichen Positionen beider Parteien eine absurd erscheinende Entwicklung.

Das Undenkbare bedenklich?

Was wäre eigentlich, wenn das Undenkbare eintritt. Mit diesem Gedanken ist nicht eine grüne Kanzlerin gemeint, sondern langfristig die AfD als Koalitionspartner der CDU. Für einige Konservative zwecks strategischem Machterhalt wohl akzeptabel. Das eigentliche Problem ist demnach der konservative Kreis innerhalb der CDU. Es träte wohl eine „Entzauberung“ der AFD durch die Mühen der alltäglichen Parlamentsarbeit ein. Die Beweise liefern die „Leistungen“ der AFD-Funktionsträger auf kommunaler und Landes-Ebene.

Die Grünen hatten durch ihre Kompromisse in Regierungsverantwortung an Zuneigung in ihrer Wählerschaft verloren, ob auf Bundesebene, z.B. bezüglich Zustimmung bei Kriegseinsätzen, oder auf Landesebene, z.B. Elbvertiefung in Hamburg. Was kann die AFD denn schon an Schaden anrichten, wenn sie an der Macht teilnehmen würde? Doch diese „Entzauberung“ kann auch schief gehen. Die Ablehnung des Staatsvertrages für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Sachsen-Anhalt ist Fanal dafür, was passieren kann – nicht nur für die regionale Situation in einem Bundesland, sondern mit weitreichenden Konsequenzen bundesweit.

Für was stehen die Parteien?

Für viele Wähler*innen ist verwirrend, wofür die Parteien stehen. Gerd Schröder erwies sich mit dem Umbau des Sozialstaates durch Hartz IV und der Senkung der Vermögenssteuer als profilierter CDU-Kanzler. Angela Merkel war für gestandene Konservative eher eine erfolgreiche, besser folgenschwere SPD-Kanzlerin, z. B. durch die von ihr zu verantwortenden Stilllegung der Atomkraftwerke, den Beschlusses zum Kohlestromausstieg und die Aussetzung der Wehrpflicht.

Dabei ist sie – wie alle Kanzler vor ihr – gar nicht direkt gewählt worden. Gewählt werden Parteien und die Mehrheit der gewählten Bundestagsabgeordneten wählten die Kanzlerin. Doch was wäre, wenn die Kanzlerschaft direkt vom Wahlvolk entschieden würde. So wie es viele Wahlplakate immer wieder suggerieren. Man stelle sich mal vor, ein derartiges Wahlsystem wäre schon immer in Deutschland Praxis gewesen. Dann hätten wir wohl als beliebteste Deutsche früher Inge Meysel oder Heinz Rühmann oder vor einigen Jahren Steffi Graf, Veronica Ferres, Iris Berben (beliebteste Persönlichkeiten nach SPIEGEL-Umfrage 2008) als Kanzler*in gehabt. Aktuell hätten Eckart von Hirschhausen (ein Arzt, ein Arzt!) oder Herbert Grönemeyer (Kultur ist systemrelevant!) eine Chance.

Kann man dem Wahlvolk trauen?

Aber wie viel traut man denn dem Wahlvolk zu? Unser Wahlsystem gibt den Parteien bei der Aufstellung der Kandidaten eine exklusive, dominante Position. Da kann nicht viel schief gehen. Dabei sind die Parteien nach dem Grundgesetz namentlich nur zur „Mitwirkung“ zur politischen Willensbildung legitimiert. Da mobilisiert der Musikwettbewerb „Eurovision Song Contest“ mehr Begeisterung. Aber ist dies ein Vorbild? Welche Conchita wäre dann Kanzler*in?

Doch die wichtigste Frage ist: Was tun? Es gibt nur eine Antwort: wählen gehen, verantwortungsbewusst die zwei Kreuze machen. Wie sagte Tucholsky: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

IMPRESSUM

Herausgeber
Ökozentrum Bonn e. V.
Friesdorfer Str. 6, 53173 Bonn
Telefon: 0228 69 22 20
Fax: 0228 976 86 15
E-Mail: info@oez-bonn.de
Homepage: www.oez-bonn.de
Facebook: @OeZBonn, @BUZBonn

Mitgliederzeitung
BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Kreisgruppe Bonn
Lebenswerte Region Bonn|Siebengebirge e. V.
VCD – Verkehrsclub Deutschland Bonn/ Rhein-Sieg/Ahr e. V.
Zukunftsfähiges Bonn e. V.

Redaktion
Susanna Allmis-Hiergeist (SAH)
BUNDJugend Bonn (BJB)
Dr. Manfred Fuhrich (MF)
Jürgen Huber (JH)
Melanie Alessandra Moog (MAM)
Carmen Planas (CP)
Esther und Andreas Reinecke-Lison (RL)
Grace Ruth (GR)
Jennifer van den Berg (JvdB)
Ralf Wolff (RW)

V. i. S. d. P.
Ralf Wolff

Layout
Mariana Duffles
Doris Hugo

Vertrieb
Ökozentrum Bonn e. V.

Druck
Heider Druck GmbH – natürlich nachhaltig
Bergisch-Gladbach

Erscheinungsweise
Zweimonatlich

Preis
im Jahres-Abonnement 20,– Euro
(25,– Euro Förderabo) inklusive 7 % MwSt

Auflage
6.000

Bankverbindung
GLS Bank
IBAN: DE60 4306 0967 8014 2606 00

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder. Für unverlangt eingereichte Artikel übernehmen wir keine Haftung. Über deren Abdruck entscheidet die Redaktion.
Das Urheberrecht für Beiträge, Fotos etc. liegt bei den Autorinnen und Autoren.
Es gilt die Anzeigenpreisliste Juli 2018.

Die nächste Ausgabe
November/Dezember 2021
erscheint Ende Oktober 2021
Schwerpunktthema: Resilienz
Erscheinungstermin: 28. Oktober
Redaktionsschluss: 17. Oktober
Anzeigenschluss: 10. Oktober

Vereinsseiten
Die Verantwortung über den Inhalt der Vereinsseiten liegt bei den Vereinen (s. o.)

RhineCleanUp 2021: Samstag 11. September

Die Bonner Umwelt Zeitung und das Ökozentrum Bonn rufen zu einer gemeinschaftliche Aufräumaktion als *Special Ahr Flutkatastrophe Clean-Up Aktion im Ahrmündungsgebiet* im Rahmen des RhineCleanUp Days am Samstag, den 11. September auf.
Infos zum Special können per Mail an info@oez-bonn.de oder per Telefon unter 0228/692220 nachgefragt werden.

Die Kontaktdaten der Organisatoren des länderübergreifenden jährlichen RhineCleanUps finden Sie hier: https://www.rhinecleanup.org/de

Lebenswerte Region Bonn|Siebengebirge

Bonner Kandidierende für den Bundestag

Bezahlbares Wohnen – wie geht das?

Massiv gestiegene Wohnkosten, praktisch ungebremster Flächenfraß, und ein wesentlicher Verursachungsbeitrag der Gebäude zu Deutschlands Treibhausgasemissionen, so sieht die wohnungspolitische Lage aus, vor der die Bundestags-Kandidierenden stehen.

Dr. Susanne Gura

Welche Lösungen haben sie? Wir haben aussichtsreiche Bonner Kandidierende befragt, d. h. Grüne, CDU, SPD, FDP, Linke und Volt. Deren Antworten sind im Wortlaut unter www.bonn-waehltnachhaltig.de nachzulesen. Tun Sie das, denn hier kann nur ein kleiner Teil wiedergegeben werden. Unser Kommentar bewertet konkrete Pläne, nicht nur Ziele, und auch fehlende Antworten sowie „Weiter wie bisher" oder Ausflüchte in längst Beschlossenes. Ja, auch das gibt's leider!

Lobenswert

Ilja Bergen (Die Linke) und Livia Genn (Volt) fallen positiv auf, sie haben am häufigsten konkrete wohnungspolitische Pläne und am seltensten keine Antworten oder ein Weiter wie bisher. Katrin Uhlig (B90/Die Grünen) und Jessica Rosenthal (SPD) haben auch einige, aber deutlich weniger konkrete Pläne, und beiden fehlt – nicht lobenswert- eine Antwort zur Klimaneutralität von Gebäuden. CDU und FDP bieten wenig Konkretes, auch nicht bei der Abschaffung von Vorschriften.

Häufigste Lösungen

Die unisono von Grünen, SPD, Linken und Volt genannten Pläne sind erstens Verpachtung statt Verkauf von städtischen Flächen, und zweitens, die Verstetigung der Bindung von Sozialwohnungen. Weil die Sozialbindung bisher nach einigen Jahren zuende war, ist die Anzahl Sozialwohnungen drastisch gesunken und durch Neubau kaum aufzuholen. Beide Pläne sind Teil des Koalitionsvertrags im Bonner Stadtrat und können Unterstützung aus Berlin gut gebrauchen, denn laut Mieterbund hätte bereits etwa die Hälfte der Bürger Anspruch auf eine Sozialwohnung. Den bundesweiten Mietendeckel in angespannten Lagen wollen Grüne, SPD und Linke ebenso wie die Abschaffung des Flächenfraßparagrafen 13 b des Baugesetzbuches, den die Bundesregierung erst kürzlich verlängert hat. Er setzt die bei bestimmten Bebauungsplänen vorgeschriebene Umweltprüfung außer Kraft.

Zu revolutionär?

Wohnen not for profit - Mit einem Wohnungswirtschaftsgesetz würde Ilja Bergen (Die Linke) preissteigernde Geschäftsmodelle von vorneherein aushebeln. Die Linke würde den Milieuschutz ausweiten, eine Beschwerdestelle für Leerstand und Zweckentfremdung einrichten, und Zwischennutzungen durchsetzen. Ein Anti-Spekulationsgesetz würde die Börsenzulassung von Immobilienfonds beenden. Um zu große Immobilienfirmen gegebenenfalls zu enteignen, schlägt die Linke einen Rekommunalisierungsfonds und ein Vergesellschaftungsgesetz vor. Auch plant

Quelle: S. Gura. Details s. www.bonnwaeltnachhaltig.de

	Konkreter Plan	Nur Ziel	Weiter wie bisher, bzw. bereits beschlossene Änderungen	Keine Antwort oder Ablehnung
Spekulation, Leerstand, Grundsteuer-Löcher verringern	Linke, Volt	Grüne	SPD: Vorhandene Instrumente einsetzen	CDU (k.A.), FDP (sieht kein Problem)
Mieten deckeln	Grüne, Linke, SPD		CDU, FDP (Wohngeldanpassung bereits beschlossen)	Volt (k.A.)
Sozialwohng. fördern	Linke, SPD, Volt, Grüne		CDU (weiter wie bisher)	FDP (k.A.)
Wohngenossenschaften fördern		Grüne, Linke, CDU		SPD, Volt (k. A.) FDP (Ablehnung)
Städtisches Eigentum fördern		Volt, Linke, SPD, Grüne		CDU (k.A.), FDP (Ablehnung)
klimaneutrale Gebäude	Volt, Linke, CDU, FDP			Grüne, SPD (k.A.)
Flächenfraß eindämmen	SPD, Linke,Volt, Grüne (v.a.Schluss mit dem Flächen- fraßparagraf)		CDU (Verzicht auf Bebauung bei Liegenschaften des Bundes); FDP (Hinhalten beim Flächenfraßparagraf)	
Anzahl Nennungen	Linke: 5; Volt: 4; SPD: 3; Grüne: 3; CDU: 1; FDP: 1	Grüne: 3; Linke: 2; SPD: 1; CDU: 1; Volt: 0; FDP: 0	Linke: 0; Grüne: 0; Volt: 0; SPD: 1; FDP: 2; CDU: 3	Linke: 0; Volt: 1; Grüne: 1; SPD: 2; CDU: 2; FDP: 4

Die Linke eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit, die Bauen ohne Gewinnabsicht bevorzugt, z.B. Wohngenossenschaften. Die Linke plant, die durch die Bundesregierung kürzlich nur leicht eingeschränkte Umgehung der Grundsteuer durch Share Deals (siehe BUZ Mai 2021) zu beenden. Auch aus Sicht von Livia Genn (Volt) würde eine nicht-profitorientierte Wohnungsbaupolitik und aktive Bodenpolitik der Kommunen gegen Spekulation und Leerstand wirken. Die Grundsteuer würde Volt für Mehrfamilienhäuser senken, für unbebaute Grundstücke verteuern, und für SelbstnutzerInnen halbieren.

Flächenverbrauch - Ilja Bergen (Die Linke) befürwortet neue Versiegelung nur dann, wenn in der Region ebenso viel Fläche entsiegelt wird. Die Entsiegelungspotenziale müssten in den Flächennutzungsplänen vermerkt werden. Ein Altlastenfonds würde die Wiederverwertung belasteter Flächen verbessern. Volt legt den Fokus auf Innenentwicklung und fordert zur praktischen Umsetzung ein kleinteiligeres Monitoring.

Klimaneutrale Gebäude - Livia Genn (Volt) möchte zur Emissionseinsparung bei Gebäuden die Modernisierungsrate jährlich um 4% steigern, um bis 2035 den Gebäudebestand klimaneutral zu machen. Die Mehrkosten durch CO_2-Bepreisung sollen fair verteilt werden, orientiert an der Effizienzklasse des Gebäudes. Zahlen würden bei hoher Wärmeffizienz die Mietenden, bei niedriger die Vermietenden. Um die Umlage von Modernisierungskosten auf MieterInnen von 8 auf 1,5% zu senken, sollen die nötigen Fördermittel durch Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung beschafft werden. Zur Kostensenkung plant Volt mehr Serienproduktion im Bausektor durch Digitalisierung. Die Linke würde, um 2035 klimaneutral zu sein, die Modernisierungsumlage durch einen Klimacheck der Gebäude bis 2025 und einen verbindlichen Stufenplan bis 2035 ersetzen.

Landschaftsschutz stärken?

Jessica Rosenthal (SPD) findet als einzige Kandidierende die Idee eines Modell-Naturparks Siebengebirge interessant, bei dem der ansonsten bedeutungsarme Landschaftsschutz gestärkt wird, so dass die Reste der Kulturlandschaft nicht länger für neue Siedlungsbereiche verfügbar wären. Derzeit unterliegen nur ein Drittel des Naturparks, vor allem die Waldgebiete, einem strengem Naturschutzrecht, das die Kommunen nicht antasten dürfen, zwei Drittel der Flächen des Naturparks sind im viel zu schwachen Landschaftsschutz.

Wenig brauchbar

Christoph Jansen (CDU) weicht Antworten zum Thema Spekulation, Leerstand und Grundsteuerlöchern gänzlich aus, sowie auch der Förderung städtischen Eigentums. Alexander Graf Lambsdorff (FDP) erkennt bei Spekulation, Leerstand und Grundsteuerlöchern kein Problem. Eine Bevorzugung von Kommunen beim Zugang zu Bauflächen lehnt er ab, weil er Kleinvermieter nicht benachteiligen möchte. Und Immobilienkonzerne, will er die etwa nicht vor dieser Benachteiligung schützen? Nicht ganz so leicht zu durchschauen ist der Versuch von CDU und FDP, unseren LeserInnen die vom Bundestag bereits beschlossene nun regelmäßige Wohngelderhöhung ab 2022 als ihr Wahlversprechen darzustellen! Dabei erreicht das Wohngeld ohnehin nur etwa drei Prozent der Mietenden, demnächst bundesweit gerade mal zusätzliche 30.000 Mietende.

Für den Klimaschutz plant Christoph Jansen (CDU) Fassaden- und Dachbegrünung wie bisher zu fördern, sowie den Gebäudebestand durch mehr Steueranreize statt der bisherigen Direktförderung energetisch zu sanieren. Dabei sollen Mieter geschützt und Investoren in die Pflicht genommen werden. Die Bauwirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft werden, mithilfe von umweltfreundlichen Baustoffen und Recyclingmaterial. Leider bleibt das gute Klimaschutzziel fast ohne konkrete Maßnahmen. Die FDP plant Zertifikatehandel auch bei Gebäuden, und Baukostentransparenz.

Den Flächenfraß will die CDU mit dem Handel von Flächenzertifikaten bekämpfen, obwohl in Bonn damit kaum Flächenfraß verhindert würde: Im abgelaufenen Modellversuch des Umweltbundesamts können die Kommunen die ersten 50 Hektar pro Jahr ohne Zertifikatehandel bebauen, und 50 Hektar pro Jahr sind bei uns kaum noch vorhanden. Dieser Vorschlag von Christoph Jansen ist allenfalls gut gemeint. Kaum wirkungsvoller ist seine Idee, Liegenschaften des Bundes -wohl um Eigentümerwechsel zu vermeiden- für Biodiversitätsmaßnahmen zu verwenden.

Diese großen Objekte soll Katrin Uhlig (B90/Die Grünen) zufolge endlich für Arbeit oder Wohnen genutzt werden und dazu nicht an Höchstbieter, sondern günstig an die Stadt verkauft werden. Darauf wartet die Region.

Schickt Bilder

Hecke oder Kunststoffzaun?

Waren es früher Jägerzäune, Mäuerchen mit Gitteraufsatz, Formhecken aus Berberitze oder Liguster, setzen viele Gartenbesitzer heute auf Kunststoffzäune oder Steingabionen. Diese schotten bickdicht ab, sind schnell errichtet und pflegeleicht. Für die Natur sind sie aber eine Katastrophe.

Quelle: Privat

Naturnaher Schaugarten Berkum

Quelle: Privat

Hier findet kein Rotkehlchen mehr einen Nistplatz.

Birte Kümpel

Der eigene Garten ist erweiterte Privatspäre ins Freie. Raum für Entspannung, Geselligkeit, Naturerlebnis. Dabei ist auch im Bonner Stadtgebiet ein Trend zur blickdichten Gartenabgrenzung erkennbar. Diese schotten bickdicht ab, sind schnell errichtet und pflegeleicht. Häufig müssen vorhandene Hecken anthrazitfarbenem Plastikgeflecht und grauen Steingittern weichen

In manchen Bonner Neubaugebieten sucht man inzwischen lange bis vergeblich nach pflanzlichen Einfriedungen. Eine beunruhigende Entwicklung, die auch Bestandsbauten betrifft. Dazu kommt, dass das Grünflächenamt Bonn seit langem städtische Gehölzflächen und Hecken rodet, wogegen der BUND Bonn sich seit ebenso langer Zeit engagiert.

Das Verschwinden der Hecken hat Folgen für Klima und Artenvielfalt im Siedlungsbereich: Insekten finden keine Blüten, Vögel keine Nahrung und keine Nistplätze. Langgezogene graue und schwarze Kunststoffflächen heizen sich massiv auf, behindern den Luftaustausch.

Nicht zuletzt sind sie potentieller Plastikmüll. Wenn sie in die Jahre kommen, werden sie brüchig und verteilen sich in alle Winde. Hecken dagegen sind aktiver Klima- und Artenschutz. Sie schaffen Lebensqualität im Quartier, Aufenthaltsqualität mit Biergartenflair: Vogelgezwitscher, Blütenduft und Insektengesumme, Kühlung und Luftzirkulation an heißen Sommertagen.

Um das bewusst zu machen und zu dokumentieren, freuen wir uns über Eure Bilder aus Bonn!

Schickt uns Bilder an *bund-bonn@online.de*,

- **die zeigen, wie schön gewachsene Hecken sein können,**
- **die den Trend zum Sichtschutz aus Kunststoff deutlich machen,**
- **die Mut und Lust auf pflanzliche Einfriedungen machen!**

Bitte achtet darauf, dass auf Euren Bildern keine Hinweise auf Adresse und Eigentümer erkennbar sind (Datenschutz!).

Arten- und klimafreundliche Gartenhecken zum Anschauen finden Interessierte im **Naturnahen Schaugarten in Wachtberg-Berkum** (hinter dem Rathaus). Der u.a. vom BUND geförderte Garten zeigt viele heimische, für Hecken verschiedener Standorte geeignete Gehölze und ist jederzeit öffentlich zugänglich.

Dazu gibt es auf der Homepage der Gemeinde Wachtberg die Begleitbroschüre mit vielen Informationen zur naturnahen Gartengestaltung.

http://www.wachtberg.de/imperia/md/content/cms127/aktuelles/pressemitteilungen/2020/06_juni_2020/schaugarten-broschuere-2020-kompl.pdf

Viele Ziele und mehr oder weniger konkrete Handlungsvorschläge

Wie halten es die Kandidierenden mit Klimapolitik und Naturschutz?

Die BUND KG Bonn kommentiert zwei Themenbereiche der Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl, die das Bündnis „Bonn wählt nachhaltig“ erstellt hat. Die Fragen und Antworten finden sich unter https://bonn-waehlt-nachhaltig.de.

Dr. Uwe Lipke

Klimapolitik (Frage 1)

Christoph Jansen (CDU) will den Kompromiss für den Kohleausstieg bis 2038 nicht anrühren, obwohl die meisten Expert*innen einen deutlich früheren Kohleausstieg für unumgänglich halten. Er befürwortet zwar einen früheren Ausstieg, sagt aber nicht, wie er diesen erreichen will. Er betont die Arbeitsplätze der Kohlekumpel, während er den Verlust der Heimat der Menschen, die umgesiedelt werden sollen, verschweigt. Bevor erneuerbare Energien vorangetrieben werden können, sieht er die Notwendigkeit einer breiten Forschungs- und Innovationsoffensive, um sich nicht auf einzelne Technologien zu beschränken. Nach einer ambitionierten Energiewende klingt das nicht. Wie das zu effizientem und bezahlbarem Klimaschutz führen soll (Slogan seines Wahlplakates), lässt er offen.

Jessica Rosenthal (SPD) will deutlich vor 2038 aus der Kohle aussteigen – ein konkretes Datum nennt sie nicht. Sie befürchtet sonst weitere Entschädigungszahlungen an die Energiekonzerne. Allerdings soll die Kohleverstromung durch höhere CO_2-Preise unwirtschaftlich werden. Ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien soll durch Investitionen der Regierung und einfachere, schnellere Genehmigungsverfahren geschehen. Weitere Handlungsvorschläge fehlen. Dezentrale Energieversorgung und frühzeitige Bürger*innenbeteiligung bei Genehmigungsverfahren erwähnt sie leider nicht..

Alexander Graf Lambsdorff (FDP) will die Kohleverstromung durch höhere CO_2-Preise unwirtschaftlich machen und so vorzeitig aus dem Markt drängen. Ein konkretes Datum nennt er nicht – es sei entbehrlich, da die CO_2-Emissionen der Kraftwerke über den europäischen Emissionshandel mengenmäßig gedeckelt seien, womit die Einhaltung der Klimaziele im Bereich Stromerzeugung angeblich bereits sichergestellt sei. NRW sei durch die Regierungspolitik der FDP ein Vorreiter beim nationalen Kohleausstieg. Diese Behauptungen lassen außer Acht, dass NRW den höchsten CO_2-Ausstoß pro Kopf in Deutschland hat. Daneben hätten die Bewohner*innen der umzusiedelnden Dörfer jetzt Planungssicherheit, um ihre Umsiedlung gut abzuschließen. Diese Aussagen werden in den Ohren der Betroffenen wie Hohn klingen. Zum Ausbau der erneuerbaren Energien sagt er nichts – scheinbar ist dies für die FDP nicht wichtig.

Katrin Uhlig (Grüne) will den Kohleausstieg durch Verteuerung der Kohleverstromung bis 2030 ohne Entschädigungszahlungen an die Energiekonzerne erreichen und alle Dörfer im Tagebau erhalten. Das Bergrecht soll auf Bundesebene grundlegend überarbeitet werden, um Betroffenenrechte sowie Umwelt- und Naturschutz zu stärken. Die Grünen wollen die Energiewende dezentral voranbringen. Katrin Uhlig hat vielversprechende Ideen und schlägt zahlreiche Maßnahmen vor, um die Erneuerbaren Energien voranzubringen, benennt aber auch die Probleme, die es zu meistern gilt, wie den Natur- und Artenschutz-gerechten Ausbau der Windkraft und der Photovoltaik auf Freiflächen. Frühzeitige Bürger*innenbeteiligung und eine Teilhabe der Kommunen an der Wertschöpfung in der Region sollen die Energiewende voranbringen.

Ilja Bergen (Linke) will den Kohleausstieg bis 2030 abschließen, dabei soll kein Wald und kein Dorf mehr abgebaggert werden. Die Linken schlagen konkrete Maßnahmen vor, um eine dezentrale Energiewende voranzubringen und die lokalen Akteure zu stärken. Auflagen für Bürgerenergieprojekte sollen reduziert und kommunalen Akteuren ein Kaufrecht an den Netzen sowie Beteiligungsmöglichkeiten an Windkraft- oder anderen Anlagen eingeräumt werden.

Livia Juliane Genn (Volt) will durch einen ambitionierten CO_2-Preis, der die Kohleverstromung unwirtschaftlich macht, bis 2030 aus der Kohleverstromung aussteigen. Der verstärkte Ausbau der erneuerbaren Energien soll durch Ausschreibungen für Erneuerbare Energien erreicht werden. Daneben sollen Stromspeicher gefördert werden und die Nutzung lokal erzeugter Energie erleichtert werden. Klimaneutrale Techniken in allen Sektoren sollen erforscht werden.

Naturschutz (Fragen 8 bis 10)

Christoph Jansen (CDU) betont die Bedeutung der Biodiversität und die Notwendigkeit, Schutzgebiete weiterzuentwickeln – von einer Ausweitung der Schutzgebiete spricht er aber nicht. Positiv ist sein Ansatz, in städtischen Gebieten das Potential unversiegelter Flächen ausnutzen, indem noch unbebaute Flächen, die als Baufläche ausgewiesen sind, umgewidmet werden und für Biodiversitätsmaßnahmen genutzt werden. Das wäre auch für Bonn wertvoll.

Er möchte „Schützen durch Nützen“ in der Land- und Forstwirtschaft – den weitergehenden Ansatz für den Naturschutz, Natur einfach Natur sein zu lassen und Wildnis zuzulassen, sieht er nicht.

Die regionale Erzeugung und Verarbeitung will er durch entsprechende Label unterstützen.

Er unterstützt die höheren Umweltanforderungen der EU-Agrarpolitik und fordert auch eine finanzielle Unterstützung der Landwirt*innen, damit der Naturschutz sich für sie lohnt. Für ihn ist es notwendig, durch Kooperations- und Anreizmaßnahmen Natur-, Klima-, Arten- und Moorschutzleistungen zu fördern. Einige Fragen beantwortet er nicht.

Jessica Rosenthal (SPD) setzt auf den Umbau der Agrarförderung für umweltschonende Land- und Forstwirtschaft und betont die Bedeutung des Waldumbaus zur Bekämpfung der Klimakrise. Der Wert der Biodiversität unabhängig von ihrem Beitrag zum Klimaschutz wird von ihr nicht erkannt.

Sie will auch mehr Schutzgebiete auszuweisen, wobei sie zum Umfang keine Aussage macht.

Anreize für nachhaltiges Verhalten findet sie sinnvoll, möchte aber keine konkrete Summe nennen. Die Fragen beantwortet sie nur unvollständig

Alexander Graf Lambsdorff (FDP) sieht den „eigentumsfreundlichen“ Vertragsnaturschutz als Allheilmittel zur Erhaltung der Biodiversität und anstelle weiterer Schutzgebietsausweitungen, die er als „hoheitlichen“ Naturschutz ablehnt, da sie zu sehr in die Eigentumsrechte der Betroffenen eingreifen würden. Damit stellt er das Eigentum an einer Fläche über deren Schutzwürdigkeit, da somit ein Schutz einer Fläche nur noch möglich ist, wenn der/die Eigentümer*in dies auch will. Der Vertragsnaturschutz ist aber nur eine sinnvolle Ergänzung und kann Schutzgebiete, in denen die Natur Vorrang hat, nicht ersetzen, wenn Biodiversität und Artenschutz ernst genommen werden sollen.

Die FDP setzt auf technischen Fortschritt in der Landwirtschaft und einen „ressourcenschonenden“ Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, um Umweltbelastungen zu verringern und Naturschutz und Nahrungsmittelproduktion in Einklang zu bringen.

Biotechnologie und neue Züchtungstechnologien werden als Werkzeuge betrachtet, um Biodiversität zu fördern. Das ist haarsträubend, da gerade diese Werkzeuge die Biodiversität nachhaltig schädigen. Ökologische Landwirtschaft, die die Bodenfruchtbarkeit erhöht und dabei die Artenvielfalt erhält, ohne dafür Gentechnik einzusetzen, nimmt die FDP offensichtlich nicht wahr.

Die FDP will die EU-Agrarpolitik grundlegend verändern und dabei Natur- und Umweltschutz durch ergebnisorientierte Maßnahmen und Naturschutzkooperationen von Naturschutzverbänden und Landwirten erreichen.

Katrin Uhlig (Grüne) unterstützt die Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union, mindestens 30% der Landfläche und 30% der Meere wirksam zu schützen. Schutzgebiete sollen ausgebaut und durch Naturschutzkorridore vernetzt werden. Auf mindestens 2% der Landesfläche will sie Wildnis wagen.

Sie nennt eine Renaturierungsoffensive für die Flüsse und ihre Auen in Deutschland, insbesondere auch für den Hochwasserschutz. Die Handlungsvorschläge sind sehr umfassend und detailliert.

Die notwendige Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU soll unter die Ziele des Europäischen Green Deal und des Pariser Klimaabkommens gestellt werden.

Positiv ist, dass die Grünen die Zusammenhänge zwischen Natur- und Artenschutz, Klimaschutz und nachhaltiger Landwirtschaft sehen, die ein gemeinsames Handeln in allen Politikfeldern erfordern.

In der Handelspolitik sollen Umwelt- und Sozialkapitel rechtsverbindlich und sanktionierbar aufgenommen werden. Das ist ebenfalls positiv.

Ilja Bergen (Linke) will Biodiversität in andere Politikbereiche verbindlich integrieren, um den Erhalt von Natur und Biodiversität zu gewährleisten. Dieser Ansatz kann dazu beitragen, Biodiversität bereits beim Beginn von Planungen stärker zu berücksichtigen. Kontrollen durch Umweltverwaltungen sollen ausgebaut werden. Um die Biodiversität zu erhöhen, soll auch der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft deutlich eingeschränkt werden.

Zu Schutzgebieten ist er recht unkonkret, betont aber das Ziel, auf 2% der Fläche Wildnis zuzulassen.

Er setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein, die Fördergelder konsequent an wissenschaftlich fundierte Umwelt- und Sozialkriterien sowie an den Tierschutz bindet. Nur Betriebe sollen gefördert werden, die entsprechende öffentliche Leistungen erbringen – unabhängig von der Größe und egal ob ökologisch oder konventionell.

Livia Juliane Genn (Volt) betont die Systemrelevanz von Land- und Forstwirtschaft für die Erreichung von Klima- und Biodiversitätszielen. Sie will die Rahmenbedingungen schaffen, damit Landwirt*innen diese gesamtgesellschaftlichen Aufgaben auch wahrnehmen können. In Arbeitsgruppen sollen alle Beteiligten zusammenkommen, um förderfähige Ziele für lokalen Artenreichtum festzulegen. Landwirtschaftliche Flächenstrukturen sollen kleinteiliger werden. Fördermittel für zahlreiche Bereiche sollen Biodiversität voranbringen.

Zu Schutzgebieten trifft sie leider keine Aussage.

Sie setzt sich für Reformen in der Landwirtschaft ein, die zu einer ausschließlich gemeinwohlorientierten und regional differenzierten Förderung führen, um ökologische Ziele zu fördern, die Landschaftsattraktivität zu erhalten und aktiv zum Klimaschutz beizutragen. Öffentliches Geld soll ausschließlich für öffentliche Leistungen eingesetzt werden.

Volt sieht die Notwendigkeit, die Exportwirkungen einer hohen Investitionsförderung zur Verbesserung des Tierwohls zu analysieren, damit öffentliches Geld nicht ökologisch kontraproduktiv eingesetzt wird.

Eine europaweite Zertifizierung von Produkten, die höhere Standards erfüllen, soll den Verbraucher*innen die Möglichkeit geben, höhere Leistungen in der Landwirtschaft zu honorieren.

Die BUND Kreisgruppe Bonn

trifft sich jeden zweiten Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr im Ökozentrum Bonn, Friesdorfer Straße 6, 53173 Bonn

Aktiventreffen in nächster Zeit sind am 08.09. und am 13.10.

Auf unsere Homepage www.bund-bonn.de veröffentlichen wir kurz vorher, ob die Treffen wegen der Corona-Schutzverordnung ggf. nur online stattfinden können.

Kommentar zum Wahlprüfstein 12 – Thema Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung mehr als nur formell?

Aus den Antworten der Kandidierenden im Wahlkreis Bonn für den Bundestag auf den Wahlprüfstein 12 (s. S. 5) können die Wähler*innen erkennen, inwiefern sich Kandidierenden über die formell vorgeschriebene Bürgerbeteiligung hinaus einsetzen möchten.

Valeria Limbach und Ralf Wolff

Herr Jansen von der CDU möchte die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig an den Planungen und Prozessen beteiligen.

Er zeigt die Bürgerbeteiligung konkret an dem Interessenskonflikt von Windparks zu Wohnbebauung auf. Hierbei sollen die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an über Standort, Maße, technische Daten etc. informiert werden. Es bedürfe dabei mehr als nur die öffentliche Auslegung eines Bauplans. Neben informativen Kampagnen muss es auch echte Beteiligungsmöglichkeiten geben, meint er. Was er darunter versteht, beschreibt er nicht.

Interessant ist seine Idee, dass Interessierte an Bürgerwindparks und Bürgerwäldern auch wirtschaftlich beteiligt werden.

Das Thema gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von den persönlichen Finanzen, für jene Bevölkerungsgruppen, die sich beispielsweise keine wirtschaftliche Beteiligung leisten können, erläutert er nicht.

Auf die frühzeitige Beteiligung an Projekten weist ***Jessica Rosenthal von der SPD*** besonders hin, indem für sie ein Projekt am besten umgesetzt wird, wenn es ein kooperativ geplantes Projekt mit einem frühen, andauerndem und umfassendem Dialog ist. Alle Beteiligten und Betroffenen, „egal ob man das Projekt befürwortet oder ihm kritisch gegenübersteht", sollen früh an einem Tisch geholt werden und ihnen Mitgestaltung ermöglicht werden.

Nach ihrer Erfahrung liege die gesellschaftliche Teilhabe eher am Milieu in welchem die Person lebe als am höheren Einkommen. Durch gesellschaftliche Teilhabe erhöhe sich das persönliche Ansehen. Von daher möchte sie gezielt Stadtteile mit einem niedrigen Durchschnittseinkommen aufsuchen und Menschen auf der Straße oder an der Haustüre für die Beteiligung an einem Projekt gewinnen.

Die formelle Bürgerbeteiligung verpflichtet derzeit nur dazu, die Bürger*innen, die sich quasi unaufgefordert an festgesetzten Terminen in die Bauleitplanung einbringen, zu berücksichtigen. Mit ihrer Stellungnahme deutet Frau Rosenthal an, dass in den formellen Verfahren der gesellschaftliche Aushandlungsprozess durch das direkte Gespräch mehr Berücksichtigung finden sollte.

Ähnlich wie Frau Rosenthal will ***Ilja Bergen von Die Linke*** die Leute direkt bei Ihren Problemen abholen. Denn sie wissen am besten, was sie brauchen, ist sein Standpunkt.

Ilja Bergen erläutert seine sehr konkrete Strategie am Kohleausstieg. Beim Kohleausstieg wollen die Linken die betroffenen Regionen beim Strukturwandel begleiten, indem sie 40 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Transformationsräte sollen über die anstehenden Investitionen entscheiden. Wissenschaft, Umwelt- und Verbraucherverbände, Gewerkschaften und zur Hälfte aus direkt gewählten Bürgern*innen und Vertretern*innen der Belegschaften bilden diese Transformationsräte.

Eine echte gesellschaftliche Teilhabe ohne Begrenzung durch geringes Einkommen sieht Bergen gewährleistet, wenn ein sanktionsfreies Mindesteinkommen von 1200 EUR anstelle von Hartz IV eingeführt und die Preise für die Nutzung von öffentlicher Infrastruktur gesenkt werden.

Wie diese Ausgaben gegenfinanziert werden können, darauf geht er nicht ein.

Besonders grundsätzlich geht die ***Katrin Uhlig von B90'/Die Grünen*** mit dem Thema Bürgerbeteiligung um. Sozusagen von jedem Bürger/jeder Bürgerin einklagbar, möchte Frau Uhlig den Zugang zu öffentlichen Gütern als neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge" im Grundgesetz verankern.

Für die Mitbestimmung möchten sie mehr Elemente direkter Demokratie, wie Jugendräte, Zukunftsräte oder ähnliche Bürgergremien einführen.

Für die konkrete Ausgestaltung empfiehlt Frau Uhlig unbedingt die Empfehlungen der Bürgergutachten und des Abschlusses der Bürgerräte Demokratie (Initiative von Mehr Demokratie! e. V. und der Schöpflin Stiftung) zurate zu ziehen. Der Wählerin oder der Wähler weiß damit, auf welchen Expertenrat sie bei der Novellierung von Gesetzen bezüglich Bürgermitwirkung zurückgreifen würde.

Alexander Graf Lambsdorff von der FDP steht für die repräsentative Demokratie ein. Auf allen demokratisch verfassten Ebenen von der Kommune über das Land und im Bund möchte er möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidungsfindung und an den demokratischen Prozessen beteiligen.

Welche demokratische Prozesse er meint und wie er die Bürgerinnen und Bürger dabei einbinden möchte, erklärt er nicht. Für ihn findet die Entscheidungsfindung in den Parlamenten statt. Sie nennt er ‚Herzstücke der Demokratie'. Das hört sich nach ‚die Politik macht das schon' an.

Kern liberaler Politik ist für die FDP die Bildungspolitik. So setzt sie auf bildungspolitische Instrumente, um unabhängig vom Einkommen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Zum Beispiel durch ein elternunabhängiges BAföG.

Wie kann das elternunabhängige BAföG die gesellschaftliche Teilhabe überhaupt unterstützen? Das bleibt genauso offen, wie die Frage, inwiefern Bildung diese gesellschaftliche Teilhabe erhöhen kann.

Die Kandidierende ***Livia Juliane Genn von Volt*** nähert sich dem Thema Bürgerbeteiligung im Allgemeinen und nicht an konkreten Klimaanpassungsmaßnahmen.

Volt setzt beim Thema Bürgerbeteiligung bei der Bildung an. Schon in den Schulen sollen Diskussionen zu Interessenskonflikten sowie Konsensfindung eingeübt werden. Nach Volt ist dabei die Bildungsgerechtigkeit ein wichtiger Faktor.

Die politische Bildung aller Akteur*innen, soll durch langfristige Förderprogramme gestärkt werden. Wird das reichen? Brauchen wir mehr Bildung um konsensfähig zu werden, und wie lange wird das dauern? Der Klimawandel gibt uns diese Zeit nicht.

Der Vorschlag von Volt Bürger*innenräte einzuführen, die sich ausführlich mit Hilfe von Expert*innen zum vorliegendem Thema beschäftigen, ist ein interessanter Ansatz zu einer fundierten Meinung und einem Interessensausgleich zukommen.

Sollten sich aus diesen Bürger*innenräten akzeptierte Projekte ergeben, sind die angesprochenen Bürger*innenbudgets (nach prozentualem Anteil des jeweiligen Haushalts, mindestens ein Euro pro Einwohner*in) eine hilfreiche Unterstützung.

Es hört sich gut an, dass sich die interessierte Bürgerschaft mit Hilfe von Expertise fundierte Meinungen bilden, um Empfehlungen an die Parlamente zu geben. Doch funktioniert das? Auch Expert*innen sind sich nicht immer einig.

Resümee

Die Kandidierenden legen unterschiedliche Schwerpunkte und gehen unterschiedlich tief in die Thematik ein. Frau Rosenthal von der SPD und Herr Jansen von der CDU präsentieren gute Ansätze ohne konkret zu sagen für wie viel mehr Bürgerbeteiligung als gesetzlich vorgeschrieben sie sich einsetzen wollen oder wie sie Hindernisse des gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses aus dem Weg schaffen möchten.

Volt und die FDP stellen besonders Bildung als Voraussetzung für Bürgerbeteiligung ins Zentrum ihrer Überlegungen.

Bündnis 90/Die Grünen möchten den Zugang zu öffentlichen Gütern grundgesetzlich verankern, um damit direkte demokratische Teilhabe zu ermöglichen. Herr Bergen von der Linken argumentiert sehr konkret für die Beteiligung und Teilhabe der Bürger am Strukturwandel durch den Kohleausstieg.

Was wollen die Kandidierenden nun konkret im Bundestag angehen? Dazu gibt nur Volt eine Auskunft: Volt möchte dem Bundestag die Empfehlungen der Bürger*innenräte vorlegen.

Bonn hat Nachhaltigkeit auf dem Schirm

Bonner SDG-Tage 2021

Mit den Bonner SDG-Tagen sollen die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, vielen unter dem Kürzel SDGs für „Sustainable Development Goals" bekannt, in die breite Öffentlichkeit getragen, Umsetzungsbeispiele in Bonn vorgestellt und Impulse zum Mitmachen gegeben werden. Sie reihen sich ein in das diesjährige Jubiläum 25 Jahre UNO in Bonn, denn Bonn ist das Zentrum, in dem die Vereinten Nationen Ihre Arbeit zu den 17 Zielen zusammenführen. Alle Interessierten sind eingeladen, sich zu beteiligen.

Copyright Bundesstadt Bonn

Die Bonner SDG-Tage informieren auch über Maßnahmen der 2019 verabschiedeten Bonner Nachhaltigkeitsstrategie, mit der die 17 Ziele im kommunalen Handeln umgesetzt werden.

Birgit Rücker (Bundesstadt Bonn)

Faire Woche & Bonner SDG gemeinsam

Aufgrund der pandemischen Situation finden die Bonner SDG-Tagen in diesem Jahr im Herbst statt - analog zu den Deutschen Aktionstagen Nachhaltigkeit (DAN) mit der Europäischen Nachhaltigkeitswoche, zu denen sie traditionell einen besonderen Bonner Beitrag leisten. Unter dem Motto „17 Tage für die 17 Ziele" mobilisieren sie vom 18. September bis zum 4. Oktober in enger Kooperation mit der zum Teil zeitgleich stattfindenden Fairen Woche für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in Bonn.

Quelle: ISG Friedrichstrasse Bonn e.V. / rheinline

Während der SDG-Tage heißt es in der Friedrichstraße: „Bonn hat Nachhaltigkeit auf dem Schirm"

17-Ziele – Zone Friedrichstraße

Während der gesamten Bonner SDG-Tage und im zweiten Teil der Fairen Woche wird die Friedrichstraße mit ihren zahlreichen inhabergeführten Geschäften, darunter Läden, deren Geschäftsprinzip der faire Handel ist, mit einem Regenschirmdach in den Farben der Nachhaltigkeitsziele sowohl optisch als auch inhaltlich zur 17Ziele Zone. Organisiert von der Eine-Welt-Promotorin für Bonn und das südliche NRW, dem Bonner Netzwerk für Entwicklung, dem Amt für Internationales und globale Nachhaltigkeit der Stadt Bonn und der Immobilien- und Standortgemeinschaft Friedrichstraße Bonn e. V., sollen Bonner Aktivitäten zur Umsetzung der 17 Ziele präsentiert, Impulse gegeben und Nachhaltigkeit in den Geschäften thematisiert werden. Schwerpunkte werden der 18. September (samstags), der 24. und 25. September (freitags und samstags) sowie der 1.und 2. Oktober (freitags und samstags) sein. Alle Interessierten sind herzlich zum Vorbeischauen und Mitmachen eingeladen. So bietet Abenteuer Lernen e. V. zertifiziertes Regionalzentrum der Bildung für nachhaltige Entwicklung, am 25.September von 14 bis17 Uhr eine „Fair kaufen in Bonn" –GPS -Tour durch die Bonner Innenstadt an – ideal für Freundesgruppen und die ganze Familie.

17-Ziele – Space auf Münsterplatz

Oberbürgermeisterin Katja Dörner gibt am 18.September 2021 um 11 Uhr auf dem Münsterplatz das Startsignal. Sie eröffnet die Bonner SDG-Tage vom 17Ziele Space aus, einem ausgedienten Überseecontainer, der von Engagement Global zur Informations- und Veranstaltungsfläche umgebaut wurde und in Bonn erstmalig zum Einsatz kommt. Bis zum 27. September steht er auf dem Münsterplatz, bietet interessierten Passantinnen und Passanten Infos und Spiele zum Selbsterkunden und Bonner Initiativen aus Stadt und Verwaltung eine Veranstaltungsbühne. Direkt nach dem Grußwort von Frau Dörner präsentiert das Lokale Agenda-Büro mit der Fair Trade Town und Bio-Stadt Bonn am 18. September bis 17.30 Uhr am 17Ziele Space mit „Rundum kulturell & transformativ" ein kulturelles Programm mit Gesprächen und Videos als Teil der Veranstaltungsreihe „Rundum nachhaltig". Vom 20. bis 24. September werden am 17ZieleSpace in Kooperation mit „Gemeinsam für Afrika" und Engagement Global Workshops für Schülerinnen und Schüler zum Thema „Innovations from Africa" angeboten. Tagsüber gibt es Angebote von der Bonner Behindertengemeinschaft, dem Südwind-Institut, dem Internationalen Frauenzentrum und anderen und an fünf Abenden präsentieren Bonner Initiativen im Rahmen der neuen Reihe BONNER GLOCALE Filme zu lokalen oder globalen Themen, darunter zwei Filme mit englischen Untertiteln, die sich insbesondere auch an die internationale Community der Stadt wenden.

Weitere Veranstaltungsangebote

Darüber hinaus wird es weitere dezentrale und auch digitale Veranstaltungen geben. So stellt die Freiwilligen-Agentur im Aktionszeitraum in einem Fenster des Beueler Rathauses mit der täglich wechselnden Ehrenamts-Galerie das alltägliche SDG-Engagement der Bonnerinnen und Bonner vor und Greenpeace Bonn organisiert mit und Femnet e.V eine Kleidertauschparty mit Nähwerkstatt und Vortrag zur Kleidungsindustrie Und auch ein digitales SDG-Pub-Quiz auf Deutsch und Arabisch ist in Vorbereitung. Eine erste detaillierte Programmübersicht gibt es ab Ende August.

Siehe unter: www.bonn.de/SDG-Tage

Verkehr

Für die Bonner Kandidierenden kein Thema?

Nach den Hitzetagen in den letzten Sommern zeigt die Hochwasserkatastrophe an Ahr und im Großraum Eifel mit ihrem Umland: Die Klimakrise ist auch bei uns voll angekommen. Wir müssen umdenken! Das gilt vor allem auch beim Verkehr, bei dem es bisher kaum nennenswerte Fortschritte gibt. Was sagen dazu unsere Bonner Kandidierenden für den Bundestag?

Copyright-Vermerk „VRS"

S-Bahn in Troisdorf

Karl-Heinz Rochlitz & Rainer Bohnet

Im Angesicht der Klimakatastrophe überrascht es nicht: Fast alle angefragten Politiker*innen äußern sich fortschrittlich im Sinne einer Verkehrswende und wollen den Umweltverbund von Bus und Bahn, Radfahren und Zufußgehen fördern. Bemerkenswerte Ausnahme ist mit seinem Festhalten an überkommenen Ansichten Alexander Graf Lambsdorff für die FDP: Denn seiner Ansicht nach „wird (es) weiter motorisierten Individual- und Lastverkehr geben und wenn dieser gut fließt, ist das besser für das Klima als kilometerlange Staus. Grundsätzlich unterstützen wir daher den Ausbau der vorhandenen Autobahnen, um den Verkehr dort zu konzentrieren und Ortsdurchfahrten zu entlasten. Wir setzen uns für den ‚Autobahnbogen Bonn' ein." Diese Antwort zeichnet sich gegenüber den anderen Antworten vor allem durch ihre Deutlichkeit aus – pro Auto, Lkw und Straße. Und sie ist „ganz alte Schule": Man soll Straßen ausbauen, damit der Verkehr fließt. Klappt das, wenn der Bau zusätzlicher Straßen den Verkehr auf ihnen immer attraktiver macht? Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass die Straßenbefürworter immer nur dem wachsenden Bedarf „hinterherasphaltieren" und die zusätzlichen Kapazitäten schnell wieder erschöpft sind – „wer Straßen sät, wird Verkehr ernten". Diese Erkenntnis ist aber noch nicht zum FDP-Grafen vorgedrungen.

Auch für CDU-Kandidat Jansen bedeutet „weniger Stau mehr Klimaschutz". Er fordert ganz in der Logik klassischer CDU/CSU-Verkehrspolitik „ein intelligentes Verkehrsmanagement", aber immerhin auch „die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und den Ausbau der Schiene". Gleichwohl verweist aber auch er darauf, dass die Region Köln/Bonn als „stark wachsender Ballungsraum" einen weiteren Autobahnausbau brauche, vor allem die zusätzliche Rheinspange zwischen Bornheim und Niederkassel und den Ausbau der A 59 zwischen Sankt Augustin-West und dem Autobahndreieck Bonn-Nordost (A59).

SPD-Kandidatin Rosenthal bedauert zwar, dass man sich nicht schon vor 30 Jahren für eine „andere Verkehrspolitik" mit mehr Schiene ausgesprochen habe, denn jetzt „zahlt man (vielerorts) ein kleines Vermögen für das Monatsticket, nur um zwei- bis dreimal langsamer als mit dem Auto zur Arbeit zu pendeln". Warum hat die SPD, die mit kurzer Unterbrechung immerhin seit 23 Jahren regiert oder mitregiert, sich dieses auch sozialen Themas - den „Quasi-Zwang zum Autobesitz" - nie richtig angenommen? Den A-59-Ausbau im Bonner Osten – erst die Standspuren in Fahrspuren umwandeln und anschließend wieder neue Standspuren bauen – hält sie für die „Kombination einer kurz- und langfristigen Lösung und keine bösartige Taktik" – wir hatten darin eine „Salamitaktik" gesehen. Einer Brückenlösung bei der neuen Rheinspange steht die Kandidatin wegen der Landschaftszerschneidung „sehr skeptisch gegenüber", und „als Tunnel könnte sie (die Rheinquerung) wiederum unverhältnismäßig teuer werden" - was man wohl durchaus als Akzeptanz des weiteren Autobahnausbaus interpretieren kann. Eine klare Positionierung der SPD gegen den weiteren Straßenausbau gibt es also nicht.

Eindeutig gegen den weiteren Straßenaus- und -neubau positionieren sich die Kandidatinnen und Kandidaten der GRÜNEN, der LINKEN und von Volt teilweise verbunden mit grundsätzlicher – und völlig richtiger – Kritik der Bundesverkehrswegeplanung. Für GRÜNEN-Kandidatin Uhlig hat die Umweltverträglichkeitsstudie für die Rheinbrücke einer neuen A 553 klar ergeben, dass die bisherigen Planungen zu stoppen sind. Noch wichtiger ist LINKEN-Kandidat Bergen der Widerstand gegen den A-565-Ausbau im Bonner Norden; er fordert, das Geld vom Autobahnausbau in den Schienenausbau umzulenken. Auch Volt-Kandidatin Genn hält den „Bundesverkehrswegeplan unter Berücksichtigung der Klimaziele für nicht mehr tragbar ...den weiteren Ausbau der Autobahnen für nicht mehr zeitgemäß".

Die gegenwärtige Verkehrspolitik ist neben allgemeinen Versprechungen, Schiene, öffentlichen Verkehr und Radverkehr zu stärken, vor allem auch von der Debatte um das E-Auto geprägt. Während die Elektrifizierung auch wichtiger Eisenbahnstrecken nicht vorankommt – ab einem Stundentakt rechnet sich immer die Oberleitung anstelle von Batterie- und Wasserstoffeinsatz –, werden Milliarden in die Förderung von E-Autos und den Ausbau ihrer Ladeinfrastruktur investiert. Vorteil dieser „Antriebswende" anstelle einer echten „Verkehrswende" ist die Illusion, es könne alles beim Alten bleiben – trägt der dicke SUV erst ein „E", tut er dem Klima nicht mehr weh. Die Problematik „Antriebs- versus Verkehrswende" bei Frage 2 erfasst aber keiner der Kandidierenden: Stattdessen spulen zu diesem Thema alle Befragten ihr „Standardprogramm" ab – die Antriebe „dekarbonisieren", also den CO_2-Ausstoss möglichst rasch reduzieren und die anderen Verkehrsmittel sowie das Miteinander im Verkehr fördern. Das klingt alles sehr nett, hören wir so oder so ähnlich aber schon seit vielen Jahren, ohne dass sich von regionalen Ausnahmen abgesehen entscheidend etwas geändert hat. FDP-Kandidat Lambsdorff argumentiert sogar gegen Tempo 30 innerorts, weil das „auf größeren Achsen in verkehrsärmeren Zeiten auch offensichtlich unsinnig" wäre: Dass Tempo 30 so manchem Radfahrer das Leben retten würde, steht offensichtlich dem FDP-„Freiheitsbedürfnis" nach Tempo 50 entgegen.

GRÜNEN-Kandidatin Uhlig fordert immerhin ein Bundesmobilitätsgesetz, das für eine „faire Balance" sorgen soll; etwas versteckt gibt sie auch den Hinweis, dass das „aber für viele weiterhin wichtige Auto" „leiser, kleiner und leichter sowie klimaneutral und besser recyclebar sein" muss – also nicht gerade ein E-SUV. LINKEN-Kandidat Bergen will „bis in den ländlichen Raum eine Verkehrsgarantie mindestens im Stundentakt von 6 bis 22 Uhr und für jede Gemeinde". Sehr positiv ist auch, dass Volt-Kandidatin Genn beim Tempolimit konkrete Zahlen für gleich mehrere Tempolimits nennt: 130 km/h auf Autobahnen, 90 km/h auf Landstraßen und 30 km/h als Regelgeschwindigkeit innerorts.

Die Frage, ob eine Trendwende zugunsten der Schiene angestrebt werde, verführte nahezu alle Kandidat*innen zu einem großen „Wunschkonzert", was man alles machen könne bzw. sollte; konkret, wie diese Trendwende zu schaffen ist, gibt es leider keine einzige Antwort. Offensichtlich fehlt den Antwortenden die Detailkenntnis zum Thema Schiene; man merkt es, weil gerade bei der Volt-Kandidatin mit immerhin den meisten konkreten Aussagen bisweilen die richtigen Fachworte fehlen. Wenn sich insbesondere CDU und SPD sehr positiv zur Bedeutung der Schiene äußern, fragt man sich andererseits, warum in den vergangenen acht Jahren schwarz-roter Koalitionen nichts Greifbares für die Schiene herausgekommen ist; abgesehen von einer gewissen, immerhin positiven Stabilisierung bei den Mitteln für die Erhaltung, zum Teil auch Erneuerung des Schienennetzes haben CDU/CSU und SPD trotz drohender Klimakrise die Schiene nicht vorangebracht, auch nicht in Bezug auf den gelegentlich zitierten „Deutschlandtakt". Graf Lambsdorff setzt – nicht überraschend – auf mehr Attraktivität für die Schiene durch bessere Angebote, ohne zu sagen, wie das geschehen soll. Bei der Kerosinbesteuerung sind alle überraschend zurückhaltend und setzen eher auf funktionierende Konkurrenz durch die Schiene. Ausbaumaßnahmen am linken Rhein oder auf der Siegstrecke werden gefordert, bleiben hinsichtlich ihrer Umsetzung aber nebulös, und der FDP-Kandidat gefällt sich in der Rolle, zwar einerseits eine Westerwald-Taunus-Trasse für den Güterverkehr zu fordern, aber auch gleich den Widerstand der Umweltverbände gegen diese zu unterstellen.

Ziemlich erschreckend fallen im Grunde genommen alle Antworten um Thema Finanzierung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs aus: Zum einen gibt es bei FDP und Volt lange Ausführungen zur Bahn und zur Organisation der Schiene – nicht aber zum kommunalen ÖPNV, um den es hier eigentlich geht. Vor allem wie künftig ein besserer Verkehr von Bussen, Straßen-, Stadt- und U-Bahnen finanziert werden soll, ist offensichtlich kein Thema für die Kandidierenden; nur Graf Lambsdorff spricht sich für ein „Weiter so" des heutigen Systems aus, obwohl schon in den Fragen kritisiert wird, dass genau das eigentlich nicht geht. CDU und SPD wollen einen weiteren Ausbau, SPD-Kandidatin Rosenthal sogar einen Nulltarif – ohne auch nur anzudeuten, wie das finanziert werden soll. LINKE-Kandidat Bergen verweist an dieser Stelle auf hohe Einnahmen aus einer künftigen Vermögenssteuer, aus der auch die Verkehrswende finanziert werden könne. Wenn in den Antworten das vorübergehende Angebot eines 365-Euro-Tickets für Bonn angesprochen wird, so immerhin von allen mit dem Hinweis auf seine relative Unwirksamkeit, weil es nur im Stadtgebiet Bonn statt auch für die vielen Einpendler aus den Umlandgemeinden galt – immerhin richtig erkannt. Ausgerechnet Graf Lambsdorff wartet mit einem konkreten Vorschlag für mehr ÖPNV-Attraktivität auf – er möchte die Kurzstrecke von vier auf sieben Stationen verlängern.

Ziehen wir ein Fazit, müssen wir leider feststellen, dass niemand der für Bonn und den Bundestag Kandidierenden in Verkehrsfragen wirklich umfassend überzeugen kann: Konzeptionell gute Ansätze kommen in den Antworten kaum vor, wobei GRÜNE, LINKE und Volt immerhin ganz gut die Bundesverkehrswegeplanung kritisieren. Natürlich ist das Thema „Verkehr" nicht gerade einfach, aber etwas mehr Kompetenz - u.a. auch durch parteiinterne Rücksprachen – hätten wir schon erwartet, auch wenn dafür die Zeit vielleicht etwas knapp war. Aber offenkundig gibt es für unsere konkreten Fragen, die sich so oder so ähnlich sicherlich überall in Deutschland stellen, keine Argumentationshilfen der Parteien. Das enttäuscht, ist aber bezeichnend für einen bislang (Mitte August) weitgehend inhaltsleeren Wahlkampf.

Ob die dringend notwendige Verkehrswende bundespolitisch eine Chance bekommt, entscheidet sich am 26. September 2021. Wir brauchen dafür parlamentarische Mehrheiten und eine progressive Bundesregierung. Denn es ist klar: Der Klimawandel und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigen deutlich auf, was zu tun ist.

VCD CARTOON

Trägt der dicke SUV erst ein „E",

tut er dem Klima nicht mehr weh"!?

Zeichnung: Cornelia Harss

DAV Deutscher Alpenverein Sektion Bonn e.V.

Dem größten Alpen-Schutzgebiet zum Geburtstag

40 Jahre Nationalpark Hohe Tauern

Hoch über dem osttiroler Virgental, auf 2.750 Metern, steht die Bonn-Matreier Hütte. Und doch liegt der alpine Stützpunkt, betrieben von den Alpenvereinssektionen Matrei und Bonn, zu Füßen. Zu Füßen des größten Geburtstagskinds, das Österreich in diesem Jahr feiert, dem Nationalpark Hohe Tauern. 40 Jahre ist es her, dass das größte alpine Schutzgebiet das Licht der Welt erblickte. Anlässlich des Jubiläums möchten wir Ihnen, den Leserinnen und Lesern der Bonner Umwelt-Zeitung, einen Kuchen servieren, gebacken aus Gletschern und Wasserfällen, Almen und Urwäldern. Wir nehmen Sie mit zu Naturschutzpionieren und einem Vogel, der, einst ausgestorben, über den höchsten Gipfeln Österreichs wieder seine Kreise zieht.

Foto: Björn Langer

Winter an den Krimmler Wasserfällen

Björn Langer
Koordinator Wandern in der Sektion Bonn

Der Nationalpark Hohe Tauern umfasst eine Fläche von 185.600 Hektar (größer als Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und Köln zusammen) und verteilt sich auf die Bundesländer Kärnten, Salzburg und Tirol. Die Nord-Süd-Erstreckung beträgt 40, die von West nach Ost 100 Kilometer, vom höchsten zum tiefsten Punkt sind es 2.800 Meter.

Wie jedes Kind, so musste auch dieses Schutzgebiet wachsen – und nicht immer war das Größerwerden ganz leicht. Den frühen Grundstein legten der Verein Naturschutzpark, der 1913 1.100 Hektar Almgelände im Salzburger Stubach- und Felbertal kaufte, sowie der Villacher Holzindustrielle Albert Wirth (1874-1957), der dem Deutsch-Oesterreichischen Alpenverein (DuOeAV) fünf Jahre später 4.072 Hektar in Kärnten schenkte, verbunden mit dem Wunsch, „daß das gewidmete Grossglocknergebiet als Naturschutzpark der Zukunft erhalten bleibe“. Doch in den kommenden Jahren wurden andere Begehrlichkeiten laut: Täler sollten zur Energiegewinnung geflutet werden, Gletscher ganzjähriges Skivergnügen garantieren. Dem schob eine Vereinbarung der Bundesländer Salzburg, Kärnten und Tirol zur Ausweisung eines Nationalparks in den Hohen Tauern, 1971 geschlossen, einen Riegel vor. Doch es sollte noch ein Jahrzehnt dauern, bis aus der Theorie Praxis wurde. Kärnten machte den ersten Schritt am Großglockner, Salzburg folgte zwei Jahre später, Tirol 1992. Die (bislang) letzte Vergrößerung erfuhr das Schutzgebiet vor zehn Jahren.

Großvenediger

Foto: Albert Melter

Blick vom Gamsspitzl am Talschluss des Krimmler Tals auf den Großvenediger im Sommer 2017

Zehn Kilometer nordwestlich der Bonn-Matreier Hütte ragt der Großvenediger 3.657 Meter hoch in den Himmel. Eine Besteigung erfordert auf allen Routen hochalpine Erfahrung oder die Begleitung eines Bergführers: Die „weltalte Majestät“, so Ignaz von Kürsinger, einer der Erstbesteiger im Jahr 1841, ist auf allen Seiten großflächig von Gletschern umgeben, der größten zusammenhängenden Eisfläche der Ostalpen. Als Ausgangspunkt empfehlen sich das Defregger Haus im Süden, die Neue Prager Hütte im Osten oder das Kürsingerhaus im Norden.

Dem Eis sehr nahe kommt man auf dem Gletscherlehrweg Innergschlöß im Osten des Venedigermassivs. Dieser wurde bereits 1978 vom Österreichischen Alpenverein ausgewiesen, um ein Zeichen gegen die geplante Erschließung der Region als Ganzjahresskigebiet zu setzen. Der vierstündige Rundweg führt an den Rand des Schlatenkeeses. Eindrucksvoll erlebt der Wanderer, wie sich die Natur nach und nach die vom Gletscher glattgeschliffenen Felsen als Lebensraum zurückerobert.

Großglockner

Foto: Björn Langer

Der Großglockner über der Pasterze im Herbst 2018

Der 3.798 Meter über das Meer aufragende Großglockner ist der höchste von mehr als 300 Bergen im Nationalpark, die über der 3.000-Meter-Marke gipfeln. Seine Erstbesteiger wählten den Weg von Heiligenblut durch das Leitertal zum Felsen Adlersruh, auf dem seit 1880 die Erzherzog-Johann-Hütte zu einer letzten Nacht vor dem Erklimmen einlädt. Hier treffen heute mehrere Wege zusammen, Das „Dach Österreichs“ ist über den Kleinglockner in anderthalb bis zwei Stunden erreichbar. Alpine Bergerfahrung oder die Begleitung durch einen Führer sind notwendig.

Zu Füßen des Großglockners erstreckt sich die Pasterze. Vor 150 Jahren reichte diese bis in das knapp zehn Kilometer entfernte Heiligenblut, heute befürchtet man, dass das „ewige Eis“ der längsten Gletscherzunge der Alpenrepublik im Jahr 2050 verschwunden sein könnte. Von der touristisch erschlossenen und über die 1935 eröffnete Großglockner Hochalpenstraße erreichbare Kaiser-Franz-Josefs-Höhe führt eine Standseilbahn bis zu der Stelle, an der sich 1962 der Gletscherrand befand. Von hier steigt man nun über eine Treppe bis in den Talboden hinab, um zur Zunge des Eisriesen zu gelangen.

Ebenfalls an der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe startet ein Spazierweg zur Sonderschutzzone Gamsgrube, einem nährstoffreichen Flugsandgebiet mit bis zu drei Meter hohen Dünen – 2.500 Meter über dem Meer. Botaniker erfreuen sich hier im Hochsommer über Enziane, Leimkraut, Steinbrech, Silberwurz oder Edelweiß.

Krimmler Wasserfälle

Die Krimmler Wasserfälle stürzen in drei Stufen insgesamt 385 Meter in die Tiefe – und sind damit die höchsten in Österreich. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts gab es Erschließungspläne der Energiewirtschaft. Der aufkommende Tourismus erwies sich jedoch als Rettung für das Naturschauspiel, das sich nunmehr fast eine halbe Millionen Menschen Jahr für Jahr anschauen. Entsprechend voll kann es auf den gut ausgebauten Wegen werden. In engen Kehren, meist nah am Wasser, steigt man zunächst 140 Meter entlang der unteren Fallstufe aufwärts, dann 100 weitere an der mittleren. Die oberste, mit 145 Metern Höhe auch größte, genießen die meisten Besucher nur noch aus der Ferne. Doch es lohnt sich, die Wanderung fortzusetzen, wartet mit dem Krimmler Tauernhaus doch noch eine Gastwirtschaft, die auf fast sechs Jahrhunderte zurückblickt und als Basis für weitere Bergtouren aus dem Krimmler Achental dient.

Auch wenn die Wasserfälle von Krimml die bekanntesten und höchsten sind, sind sie bei weitem nicht die einzigen, die einen Besuch wert sind. 279 Bäche entspringen im Schutzgebiet, die auf Grund der großen Höhenunterschiede auch irgendwann einmal vom Fließen ins Stürzen übergehen. Auf der Website des Nationalparks www.hohetauern.at wird von 26 „bedeutenden“ Fällen gesprochen.

Wer das Wasser lieber still mag, kommt an einem der 551 Bergseen, die sich über den Nationalpark verteilen, auf seine Kosten. So bringt uns beispielsweise die Dabaklamm in das Dorfer Tal. Vor einem Jahrhundert kamen erste Pläne auf, dieses in einem großen Stausee, der der Energiegewinnung dienen sollte, zu ertränken. Der Protest wurde von den „Frauen von Kals“ angeführt, das Projekt erst 1987 in einer Volksabstimmung gekippt, das endgültige Aus 1989 verkündet. Und so schlendern wir heute durch das Tal, das Läuten der Kuhglocken im Ohr, bis zum Dorfer See. Dieser entstand durch einen Bergsturz, der den Dorfer Bach aufstaut. Wer genügend Zeit mitbringt, geht weiter zum Kalser Tauern. Vom historischen Übergang verrät der Blick nach Norden, was dem Dorfer Tal erspart geblieben ist: Zwei Stauseen, von Versorgungsstraßen erschlossen, liegen, außerhalb des Schutzgebiets, im Talschluss, eine Kabinenbahn bringt Tages- und Übernachtungsgäste ins Berghotel Rudolfshütte.

Rauristal

Die Gemeinde Rauris zählt zu den almenreichsten in Österreich. Gleich vier erlebt, wer im Seidlwinkltal wandert, der Weg führt an Gollehen- und Palfneralm, dem 500 Jahre alten Rauriser Tauernhaus und schließlich der Litzlhofalm vorbei.

Nicht Kühe, sondern Knochenschlucker sind die Sensation auf dem zur Bräualm führenden Lehrweg „König der Lüfte“. Anfang des 20. Jahrhunderts war der Bartgeier, verschrien als Lämmer- und Kinderfresser, im Alpenraum ausgestorben. 1986 wurden vier Jungvögel im Krumltal ausgewildert. 2010 meldete man aus den steilen Felswänden die erste erfolgreiche Brut, mittlerweile gibt es im gesamten Alpenraum wieder mehr in Freiheit geborene als ausgewilderte Bartgeier. Im Sommer gesellen sich zahlreiche Gänse- und vereinzelte Mönchsgeier aus dem Baltikum zu den Rückkehrern. Und auch die Chance, Steinadler zu beobachten, stehen nicht schlecht.

In Kolm-Saigurn endet das Rauristal im für viele schönsten Talschluss Österreichs. Dieser versteckt eine ganz besondere Perle, den Rauriser Urwald. Dieser hat seine Entstehung einem gewaltigen Felssturz am Ende der letzten Eiszeit zu verdanken. Zwischen gewaltigen Steinblöcken, auf denen Fichten, Lärchen und Zirben wachsen, spiegeln sich die Gipfel der umliegenden Berge in unzähligen kleinen Moortümpeln. Ein Rundweg, 2014 zu einem der 33 besten Lehrpfade Österreichs gewählt, führt in etwa zwei Stunden durch das Gebiet. Es lohnt sich jedoch, mindestens einen halben Tag für dessen Erkundung einzuplanen.

Acht-Täler-Tour

Natürlich hält der Nationalpark Hohe Tauern viel mehr Tortenstücke bereit, als auf eine Seite der BUZ passen. Ein ganz besonderes Erlebnis ist es, das Schutzgebiet auf einer Hüttenwanderung zu erkunden. In der Geschäftsstelle der DAV-Sektion Bonn, Gottfried-Claren-Straße 2 (Beuel), halten wir beispielsweise den Flyer zur „Acht-Täler-Tour“, die von Obermauern bis Ströden um das Virgental führt, bereit. Öffnungszeiten: mittwochs von 17 bis 21 Uhr.

Kontaktdaten:

Geschäftsstelle der Sektion Bonn des Deutschen Alpenvereins
53225 Bonn-Beuel, Gottfried-Claren-Straße 2.
Geschäftszeit jeden Mittwoch von 17 bis 21 Uhr.
Tel.: 0228 4228470 (nur während der Geschäftszeit, sonst Anrufbeantworter).
E-Mail: info@dav-bonn.de
Internet: www.dav-bonn.de

Foto: Björn Langer

Moortümpel im Rauriser Urwald

Bauen & Wohnen

- ***Baubiologie & Umweltanalytik VDB, A.Tsakiris***
  Erk. u. Bewerten v. Raumbelastungen aller Art
  Tel.: 0228-9319581, www.baubiologe.net
- ***Bio-Möbel-Bonn***
  An der Margarethenkirche 31, 53117 Bonn,
  Tel.: 0228-693999, Fax: 0228-694846,
  www.biomoebelbonn.de, info@biomoebelbonn.de
- ***ECOBAU MARKT***
  Antonios Kondilis, Königswinterer Str. 308, 53227 Bonn, Tel.: 0228-4447010, Fax: 0228-4447016, www.ecobau-markt.de, info@ecobau-markt.de
- ***Institut für Baubiologie***
  Ingenieurbüro für Umweltmesstechnik und Umweltanalytik, Wiss. Schadstoff -, Schimmelpilz, Elektrosmoganalytik u. a., Bauberatung, Gebäudebegutachtung, Vorträge; Maxstraße. 59, 53111 Bonn, Tel.: 0228-97 666 97, www.institut-fuer-baubiologie.de
- ***Bonner Energie Agentur e.V.***
  Stadthaus Loggia, Thomas-Mann-Str. 2-4, 53111 Bonn Tel.: 0228-77-50 60, www.bonner-energie-agentur.de, info@bea.bonn.de. Öffnungszeiten: Mo., Do. 8:30-12:30 und 13:30-17.30 Uhr; Telefonische Servicezeit: Mo.-Fr. 8:30-12:30 Uhr

Beratung und Information

- ***ADFC-RadHaus***
  Breite Straße 71, 53111 Bonn-Altstadt, Di., Mi. & Do. 17.00-19.00 Uhr, Fr.11.00-13.00 Uhr, Sa. 11:00-14:00 Uhr; Beratung rund ums Radfahren. Tel.: 0228-6296364, adfc-radhaus@adfc-bonn.de
- ***Agenda-Büro der Bundesstadt Bonn***
  Amt für Umwelt, Verbraucherschutz und Lokale Agenda,
  Stadthaus, Etage 9B, Berliner Platz 2, 53111 Bonn,
  Tel.: 0228-77 24 38, Fax.: 0228-77 39 98
- ***Biologische Station Bonn / Rhein-Erft e. V.***
  Auf dem Dransdorfer Berg 76, 53121 Bonn,
  Tel.: 0228-24 95 799, Fax: 032 12-10 24 729,
  www.biostation-bonn-rheinerft.de,
  info@BioStation-Bonn-Rheinerft.de
- ***Biologische Station des Rhein-Sieg-Kreises e. V.***
  Robert-Rösgen-Platz 1, 53783 Eitorf, Tel.: 02243-847906,
  Fax: 02243-911 97 42, www.biostation-rhein-sieg.de,
  info@biostation-rhein-sieg.de
- ***bonnorange AöR***
  Bürgertelefon für Abfallberatung & Stadtsauberkeit
  Lievelingsweg 110, 53119 Bonn, Tel.: 0228-5552720
  www.bonnorange.de
- ***Bundesamt für Naturschutz***
  Konstantinstr. 110, 53179 Bonn, Tel.: 0228-84 91-0,
  Fax: 0228-84 91-9999, www.bfn.de, info@bfn.de
- ***Energieberatung der Verbraucherzentrale Bonn e. V.***
  Stephan Herpertz, Thomas-Mann-Straße 2-4, 53111 Bonn,
  Tel.: 0228-24 16 93, bonn.energie@vz-nrw.de
- ***Energieberatung der Verbraucherzentrale Siegburg***
  Thomas Zwingmann, Nogenter Platz 10,
  53721 Siegburg Tel.: 02241-149 68 06,
  siegburg.energie@vz-nrw.de
- ***greenya/Verlag Das grüne Branchenbuch***
  Lasbekerstraße 9, 22967 Tremsbüttel, Tel.: 04532-214 02,
  Fax: 04532-220 77, www.die-gruene-suchmaschine.de, info@gruenes-branchenbuch.de/info@greenya.de. Das grüne Branchenbuch für Nordrhein-Westfalen erscheint alle zwei Jahre.
- ***Katalyse Institut***
  Beethovenstraße 6, 50674 Köln, Tel.: 0221-944048-0
  Fax: 0221-944048-9, www.katalyse.de, info@katalyse.de,
  Bürozeiten: 10-16 Uhr
- ***Umweltamt der Stadt Siegburg***
  Nogenter Platz 10, 53721 Siegburg, Tel.: 04421.102-1350,
  umweltamt@siegburg.de
- ***Umweltberatung der Stadt Sankt Augustin***
  Birgit Dannefelser, Markt 1, 53757 Sankt Augustin,
  Tel.: 02241-24 34 26, Fax: 02241-24 37 74 26
- ***Umweltberatung der Verbraucherzentrale NRW e. V.***
  Nogenter Platz 10, 53721 Siegburg, Tel.: 02241-149 68 05,
  Fax: 02241-551 16, siegburg.umwelt@vz-nrw.de
- ***Umweltberatung der Verbraucherzentrale Troisdorf e. V.***
  Gabriele Bock, Kölner Platz 2
  53840 Troisdorf, Tel.: 02241-149 53 05
  Fax: 02241-149 53 06, troisdorf.umwelt@vz-nrw.de

Umwelttelefone

- ***Bonn, Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz***
  Berliner Platz 2 (Stadthaus), Tel.: 0228-772438; Umwelt- und Verbrauchertelefon: 0228-772450
- ***Bornheim Rathaus***
  Herr Dr. Paulus, Frau Mohr, Tel.: 02222-94 53 10
- ***Much Rathaus***
  Herr Freiburg, Tel.: 02245-68 65
- ***Rhein-Sieg Kreis–Dezernat für öffentliche Ordnung und Umweltschutz***
  Hr. Hoffmann, Kaiser-Wilhelm-Platz 1, 53721 Siegburg,
  Postfach 155, Tel.: 02241-132200
- ***Siegburg Rathaus***
  Tel.: 02241.102-1353, -1356

Biobauern

- ***Der Leyenhof, Bioland-Hofladen und Lieferservice***
  Hofladen: Tel.: 0228-31 35 02, Fax: 0228-31 35 14
  hofladen@derleyenhof.de;
  Lieferservice: Tel.: 0228-31 08 15, Fax: 0228-31 93 93
  www.derleyenhof.de, shop.derleyenhof.de,
  bio@derleyenhof.de

Bioläden

- ***Bioladen Momo, www.bioladen.com***
  Onlineshop, Gemüseabo, Biometzger, Biobistro, Lieferservice Hans-Böckler-Straße 1, 53225 Bonn-Beuel, Mo–Fr /8–20 Uhr, Sa 8–18 Uhr, Tel.: 0228-46 27 65
- ***Bergfeld's Biomarkt Bad Godesberg***
  Alte Bahnhofstr. 20, 53173 Bonn-Bad Godesberg,
  Tel.: 0228-35 94 49, Fax: 0228-35 97 07, Brot-Hotline: 0228-956 22 90, Mo-Fr 8-19.00 Uhr / Sa 8-16.00 Uhr,
  bergfelds.de
- ***Bergfeld's Biomarkt Bonn-Poppelsdorf***
  Clemens-August-Str. 40, 53115 Bonn-Poppelsdorf,
  Tel.: 0228-242 68 56, Fax: 0228-242 68 57
  Mo-Fr 8-19.00 Uhr / Sa 8-15.00 Uhr
- ***Findus Bioladen***
  Zum Kalkofen 72, 53844 Troisdorf-Bergheim
  Tel.: 0228-971 10 93, Fax: 0228-971 10 94,
  www.findus-bio.de, info@findus-bio.de
- ***Himmel & Erde Naturkost - Naturkosmetik***
  Königswinterer Straße 708 - 710,
  53227 Bonn-Oberkassel,
  Tel.: 0228-44 21 68, Fax: 9 44 02 45
- ***Naturkost Sonnenblume***
  Hausdorffstr. 158
  53129-Bonn-Kessenich
  Tel.: 0228-207 77 88
- ***Weltladen Bonn e. V. – Produkte aus fairem Handel***
  Maxstr. 36, 53111 Bonn-Altstadt, Tel.: 0228-69 70 52
  www.weltladen-bonn.org, info@weltladen-bonn.org

Frieden & Soziales

- ***AGDF – Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden***
  Endenicher Straße 41, 53115 Bonn, Tel.: 0228-24 99 90,
  Fax: 0228-249 99 20, www.friedensdienst.de
  agdf@friedensdienst.de
- ***Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK Bonn-Rhein-Sieg,***
  D. Riebe, Straufsberg 62, 53332 Bornheim, Tel.: 02227-828 99, www.dfg-vk-bonn-rhein-sieg.de, bonn-rhein-sieg@dfg-vk.de
- ***Ermekeilinitiative e. V.***
  c/o Initiative zur zivilen Nutzung der Bonner Ermekeilkaserne, Reuterstr. 63, 53115 Bonn, Tel.: 0228-69 22 55
  www.ermekeilkarree.de
- ***Netzwerk Friedenskooperative***
  Römerstr. 88, 53111 Bonn, Tel.: 0228-692904,
  Fax: 0228-692906, www.friedenskooperative.de
  friekoop@friedenskooperative.de
- ***Pax Christi Gruppe Bonn***
  Reinhard Griep, Bonner Talweg 329, 53129 Bonn,
  Tel.: 0228-23 21 52, reinhardgriep@yahoo.de
- ***Stiftung Entwicklung und Frieden***
  Dechenstr. 2, 53115 Bonn, Tel.: 0228-95925-0, Fax: -99,
  www.sef-bonn.org, sef@sef-bonn.org

Garten und Landschaft

- ***Calluna***
  Büro für naturnahe Gartengestaltung, geprüfter Fachbetrieb für naturnahes Grün, Beratung, Planung, Bauleitung, Anleitung zur Eigenleistung, Dipl.-Biologin Ulrike Aufderheide, Weißdornweg 78, 53177 Bonn,
  Tel./Fax: 0228-32 63 63
- ***Urbane Gärten***
  Beratung, Planung, Bau und Ausführung naturnaher Privatgärten, Anleitung zur Eigenleistung.
  Kindergarten- und Schul-Außenanlagen;
  Spielplatzprüfung n.DIN EN 1176.
  Dipl.Ing. U.Kurscheid,
  TÜV- und Handwerkskammer-zertifiziert.
  Königswinter, mobil: 0157-846 7035 8,
  www.urbanegaerten.de, info@urbanegaerten.de

Versicherung - Finanzierung

- ***ForestFinance Service GmbH***
  Eifelstraße 14 und 20, 53119 Bonn
  Tel.: 0228-94 37 78-0 Fax: 0228-94 37 78-20
  www.ForestFinance.de, info@forestfinance.de
- ***Murphy&Spitz Nachhaltige Vermögensverwaltung***
  Weberstraße 75, 53113 Bonn
  Tel.: 0228-243911-0, Fax: 0228-243911-29
  www.murphyandspitz.de
- ***VCD Umwelt & Verkehr Service GmbH***
  Wir helfen Ihnen dabei, Ihre Zukunft nachhaltig zu gestalten!
  Weiherstr. 38, 53111 Bonn,
  Tel.: 0228-9 85 85-85, www.vcd-service.de

- ***WerteWachstum Hartl, Korth & Co GmbH***
  nachhaltige Finanzplanung und Geldanlage
  Schloßstraße 9b, 53757 Sankt Augustin
  Tel.: 02241-923 883 0, www.wertewachstum-GmbH.de

Die Bonner Umwelt Zeitung (BUZ) bietet den Service der **„Umweltadressen"** an. Darin sind Adressen umweltrelevanter Initiativen und Vereine, aber auch gewerblicher Kunden aus dem Raum Bonn/Rhein-Sieg zu finden. Für gemeinnützige Vereine und Initiativen ist ein Eintrag in das Verzeichnis kostenlos. **Gewerbliche Kunden** zahlen 32,50 EUR inklusive 3 Zeilen (zzgl. 9,70 EUR je weitere Zeile) zzgl. der gültigen Mehrwertsteuer für den jährlichen Eintrag bestehend aus sechs Ausgaben. Einträge, die nicht mindestens vier Wochen vor Anzeigenschluss des sechsten veröffentlichen Eintrags gekündigt werden, verlängern sich automatisch um ein weiteres Jahr.

Redakteur*in gesucht

Sie schreiben gern oder wollen es einmal versuchen? Sie interessieren sich für Themen rund um Umwelt- und Naturschutz und nachhaltige Entwicklung?
Die Redaktion der Bonner Umwelt Zeitung ist eine ehrenamtliche Arbeitsgruppe im Ökozentrum Bonn e. V.
Egal, ob Sie bereits bei Zeitungen mitgewirkt haben oder Neueinsteiger*in sind – bei uns sind alle willkommen, die Spaß am Schreiben haben. Wir freuen uns, Sie kennenzulernen.

Kontakt zur BUZ-Redaktion
Telefon: 0228 692220
E-Mail: info@oez-bonn.de

- ***7x7finanz GmbH – beraten planen vermitteln***
  Gotenstr. 23, 53175 Bonn,
  Tel.: 0228-37 72 73-10, Fax: 0228-37 72 73-04 19,
  www.7x7finanz.de, info@7x7finanz.de

Mode und Bekleidung

- ***Maas - natürlich leben***
  Ökologische Mode - fair produziert
  Bonngasse 23, 53111 Bonn
  Tel.: 0800-0701200, www.maas-natur.de
- ***Femnet e.V.***
  Kaiser-Friedrich-Straße 11, 53113 Bonn,
  Tel.: 0228-18 03 81 16, info@femnet.de
  Bonner Einkaufsführer, Aktionstreff und Veranstaltungen: femnet.de/lokal
- ***Kann-Heyne: Nachhaltigkeit mit Stil***
  Faire ökologische mit Herz und Stil sicher ausgesuchte Damenmode am Stockentor
  Stockenstraße 6, 53113 Bonn ,Tel.: 0228-6295807
- ***kiss the inuit***
  Fair trade Kleidung,
  Friedrichstraße 58, 53111 Bonn,
  Tel.: 0228-36035345,
  www.kisstheinuit.de
- ***LA CREOLE - Mode für Individualistinnen***
  grün und fair seit 1976
  Friedrichstr. 38, 53111 Bonn,
  Tel.: 0228-63 46 65; www.lacreole.de

Mobilität & Reisen

- ***natürlichRAD***
  Annaberger Str. 237, 53175 Bonn, Tel.: 0228-9319575,
  www.naürlichrad.de, info@natuerlichrad.de
- ***Neue Wege Seminare und Reisen GmbH***
  Am Getreidespeicher 11, 53359 Rheinbach,
  Tel.: 02226-15 88 00, www.neuewege.com
- ***Ökologischer Tourismus in Europa e. V.***
  Koblenzer Straße 65, 53173 Bonn
  Tel.: 0228-35 90 08, Fax: 0228-35 90 96, info@oete.de
- ***StattReisen Bonn erleben e. V.***
  Herwarthstraße 11, 53115 Bonn, Tel.: 0228-654553
- ***Touristenverein „Die Naturfreunde Bonn e.V."***
  Europaring 30, 53123 Bonn, Tel.: 0228-464840,
  vorstand@naturfreundebonn.de
- ***Via Verde - Entdecken & Reisen***
  Reisebüro und -veranstalter für nachhaltigen Tourismus
  Paul-Kemp-Str. 2a, 53173 Bonn, Tel.: 0228-92616390
  www.via-verde-reisen.de, reisen@viaver.de
- ***VCD Bundesverband***
  Wallstraße 58, 10179 Berlin, Tel.: 030-28 03 51–0,
  www.vcd.org, mail@vcd.org
- ***VCD Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e. V.***
  c/o Ökozentrum Bonn e.V., Friesdorfer Str. 6, 53173 Bonn,
  Tel.: 0228-692220, bonn@vcd.org
- ***Verkehrsforum Bonner Buergerinitiativen, Bonn Mehlem***
  vf-bonner-buergerinitiativen.jimdofree.com,
  VFBI-Bonn@web.de

Umwelttechnik

- ***7x7energie GmbH – beraten projektieren betreiben***
  Gotenstr. 23, 53175 Bonn,
  Tel.: 0228-37 72 73-0501, Fax: 0228-37 72 73 - 0409
  www.7x7energie.de, C.Schwedes@7x7energie.de
- ***Viva Solar Energietechnik GmbH***
  Otto-Wolff-Str.12, 56626 Andernach, Tel.: 02632-966 30
  Fax: 02632-96632, www.vivasolar.de

Umweltverbände

- ***ADFC, Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club***
  Breite Str. 71, 53111 Bonn, Tel.: 0228-6296364
  (dienstags, mittwochs u. donnerstags von 17 - 19 Uhr, freitags u. samstags von 11 - 13 Uhr), info@adfc-bonn.de
- ***ADFC Troisdorf***
  Ortsgruppensprecherin: Liane Neubert, Tel.: 0228-454855;
  Stv. Ortsgruppensprecher: Gerald Rathjen, Tel.: 0175-2421594; troisdorf@adfc-bonn.de
- ***Aktion BAUMWÄCHTER***
  Andreas Theves, Park Carstanjen, 53175 Bonn
  www.baumwaechter-park-carstanjen.jimdofree.com/
  baumwaechter_one@posteo.de
- ***AntiAtomBonn e. V.***
  Ökozentrum Bonn e. V., Friesdorfer Str. 6, 53173 Bonn
  www.antiatombonn.de, kontakt@antiatombonn.de
- ***BUB- Bürgeraktion Umweltschutz Bonn***
  c/o Ökozentrum Bonn e. V., Friesdorfer Str. 6, 53173 Bonn,
  Tel.: 0228-69 22 20,
  Treffen: jeden Donnerstag nach Absprache
- ***Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V.***
  Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn, Tel.: 0228-21 40 32
  Fax: 02 28-21 40 33, www.bbu-online.de
- ***Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU)***
  Adenauerallee 68, 53113 Bonn Tel.: 0228-22 40 91
  Fax: 02 28-21 55 03, www.bhu.de, bhu@bhu.de
- ***BUND Bundesgeschäftsstelle***
  Kaiserin-Augusta-Allee 5
  10553 Berlin, Tel.: 030-275 86 4-0, Fax:-40
  www.bund.net, info@bund.net
- ***BUND Kreisgruppe Bonn***
  c/o Ökozentrum Bonn e. V., Friesdorfer Str. 6, 53173 Bonn,
  Tel.: 0228-69 22 20, bund.bonn@bund.net
- ***BUND Rhein-Sieg-Kreis***
  c/o Achim Baumgartner, Steinkreuzstraße 14,
  53757 Sankt Augustin, Tel.: 02241-145 20 00, Fax: 02241-145 20 01, www.bund-rsk.de, info@bund-rsk.de
- ***Bündnis Heideterrasse e. V.***
  Kammerbroich 67, 51503 Rösrath,
  Tel.: 02205-947 78 03, www.heideterrasse.net
- ***Dachverband Kulturpflanzen- u. Nutztiervielfalt e. V.***
  www.kulturpflanzen-nutztiervielfalt.org
  c/o Susanne Gura, Burghofstr. 116, D-53229 Bonn
  Tel.: 0228-948 06 70, gura@dinse.net

- ***Deutscher Alpenverein (DAV) Sektion Bonn e. V.***
  Geschäftsstelle Gottfried-Claren-Str. 2, 53225 Bonn-Beuel, Tel.: 0228-422 84 70 (nur Mittwochs 17-21 Uhr),
  Fax: 0228-422 84 72, www.dav-bonn.de, info@dav-bonn.de
- ***Deutscher Naturschutzring,***
  Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V.
  Marienstr. 19-20, 10117 Berlin, Tel.: 030-678177570,
  Fax: 030-678177580, www.dnr.de, info@dnr.de
- ***Deutscher Tierschutzbund e. V.***
  In der Raste 10, 53129 Bonn, Tel.: 0228-604960, Fax: 0228-6049640, www.tierschutzbund.de, bg@tierschutzbund.de
- ***EUROSOLAR e. V.***
  Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien,
  Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn,
  Tel.: 0228-362373 und 362375, Fax: 0228-361279 und 361213, www.eurosolar.org, info@eurosolar.org
- ***Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung und Landschaftsbau e. V.***
  Friedensplatz 4, 53111 Bonn, Tel.: 0228-96 50 10 0,
  Fax: 0228-96 50 10 20, info@fll.de
- ***Greenpeace Gruppe Bonn***
  Friesdorfer Str. 6, 53173 Bonn,
  www.greenpeace-bonn.de, info@greenpeace-bonn.de
  Jugend: jag@greenpeace-bonn.de
- ***Germanwatch Nord-Süd-Initiative e. V.***
  Kaiserstr. 201, 53113 Bonn, Tel.: 0228-60 49 20,
  Fax: 0228-6049219, www.germanwatch.org
- ***Global Nature Fund***
  Internationale Stiftung für Umwelt und Natur
  Büro Bonn, Kontakt: Stefan Hörmann, Kaiser-Friedrich-Straße 11, 53113 Bonn,
  Tel.: 0228-184 86 94 - 0
  Fax: 0228-184 86 94 - 99
  www.globalnature.org, hoermann@globalnature.org
- ***Lärmschutzgemeinschaft Flughafen Köln/Bonn e. V.***
  Bürgerinitiative gegen Fluglärm Bonn / Sankt Augustin
  c/o Manfred Roth, manfred.roth.bonn@t-online.de
- ***Lengsdorfer Bachfreunde e.V.***
  Landschaftspflege, Streuobstwiesenpflege rund ums Katzenlochbachtal.
  Stationsweg 5a, 53127 Bonn
  www.bachfreunde-lengsdorf.de
  info@bachfreunde-lengsdorf.de
- ***Nachhaltigkeitsinitiative Wachtberg e. V.***
  Sabine Killmann, Gimmersdorfer Str. 7, 53343 Wachtberg
  Tel.: 0228-3367528
  nachhaltigkeit.wachtberg@gmail.com
- ***NABU Bundesgeschäftsstelle***
  Charitéstraße 3, 10117 Berlin
  Tel.: 030-28 49 84-0, Fax: -20 00, NABU@NABU.de
- ***NABU Kreisgruppe Bonn e. V.***
  Naturschutzzentrum Am Kottenforst, Waldstraße 31,
  53913 Swisttal-Dünstekoven, Tel.: 02254-84 65 37,
  Fax: 02254-84 77 67, Mobil: 0177-6943244 (Greifvogelnotfallnummer), www.nabu-bonn.de, info@nabu-bonn.de
- ***NaturFreunde Bonn eV***
  pA Bernhard Bergmann; Kaiser-Konrad-Straße 5
  53225 Bonn
- ***Ökologie-Forum.de***
  Institut z. Förderung d. Kenntnis ökolog. Zusammen- hänge, Schulungen, Führungen, Informationen
  Tel.: 0228-6204601, www.oekologie-forum.de
- ***Ökozentrum Bonn e. V.***
  AntiAtomBonn e. V., Bürgeraktion Umweltschutz Bonn (BUB), Bonner Umwelt Zeitung (BUZ), BUND-Kreisgruppe Bonn, VCD Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e. V.,
  Zukunftsfähiges Bonn e. V.
  Friesdorfer Str. 6, 53173 Bonn, Tel.: 0228-69 22 20,
  Fax: 0228-97 68 615, www.oez-bonn.de, info@oez-bonn.de
- ***Schutzgemeinschaft Deutscher Wald***
  Bundesverband e. V.
  Dechenstraße 8; 53115 Bonn Tel.: 0228-9459835
  Fax: 0228-9459833, www.sdw.de, info@sdw.de
- ***Verband Baubiologie***
  Gesundes Wohnen und Arbeiten
  Maxstr. 59, 53111 Bonn, Tel.: 0228-963 99 258
  info@verband-baubiologie.de
- ***Verband Deutscher Naturparke e. V.***
  Holbeinstraße 12, 53175 Bonn
  Tel.: 0228-921286-0, Fax: 0228-921286-9
  www.naturparke.de, info@naturparke.de
- ***Verein zur Pflege der Streuobstwiesen in Wachtberg e.V.***
  Petersbergstr. 3f , 53343 Wachtberg
  Tel.: 0228-34 72 94, info@streuobst-wachtberg.de
- ***World council for Renewable Energy (WCRE)***
  c/o Eurosolar, Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn,
  Tel.: 0228-362373 und 362375, Fax: 0228-361279 und 361213, www.wcre.org, info@wcre.org
- ***Zukunft Umwelt Bildung e. V. Bonn***
  c/o Oscar Romeo Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn
  Tel. & Fax: 0228-94 80 918
  www.zub-bonn.de, info@zub-bonn.de

Weiterbildung und Seminare

- ***BildungsForum Lernwelten***
  Im Krausfeld 30a, 53111 Bonn, Tel.: 0228-9695940
  www.bf-bonn.de, info@bf-bonn.de
- ***WILA Bildungszentrum, Wissenschaftsladen Bonn***
  Berufliche Orientierung und Weiterbildungen, Waldpädagogik; Reuterstr. 157, Tel.: 0228-201 61 66,
  www.wila-bildungszentrum.de
- ***Naturschule Aggerbogen***
  Sigrun Jungwirth, Umweltbeauftragte, Rathaus, 53797 Lohmar, Tel.: 02206-2143, www.naturschule-aggerbogen.de
- ***Ökobildungswerk***
  Projekt Umweltbildung am kath.-sozialen Institut, 53604 Bad Honnef, www.bildungswerke-bonn.de
- ***Querwaldein Weiterbildungszweig Urbane Naturpädagogik***
  Gleueler Strasse 227, 50935 Köln
  Tel.: 0228-2619986, www.querwaldein.de
- ***Waldbaden/ShirinYoku***
  Gruppen und Einzelkurse
  Tel.: 0178-4084006, www.robinwoods.de

Aus Nachhaltigkeitstreff wurde „Nachhaltigkeitsinitiative Wachtberg e. V.“

Motto beibehalten - Verein gegründet

Wir aus dem Drachenfelser Ländchen haben erfahren dürfen, dass immer mehr Menschen in Freundschaft mit der Erde leben wollen und bestrebt sind, die planetaren Grenzen zu achten und einzuhalten. Dabei lohnt es sich gemeinsam voran zu gehen und jeder Mosaikstein im neuen Bild des nachhaltigen Lebens bereichert uns alle. Eine Geschichte der Nachhaltigkeitsinitiative Wachtberg als Anregung selbst aktiv zu werden und sich anzuschließen.

Quelle: Paul Lägel

Sonniges Erdfest am 19.06.2021

Sabine Killmann, Gisela Moog, Tobias Teichner

Natürlich sind wir unserem Motto **„Bewahren, Wert schätzen, weiter entwickeln“** treu geblieben, aber nach dem fünften erfolgreichen Treff am 23.09.2019 war klar, wir wollen uns eine neue Grundlage durch Gründung eines eingetragenen Vereins geben.

Daher haben wir im Herbst / Winter 2019 in vielen Sitzungen und Aussprachen eine Satzung entworfen.

Dann hat uns aber auch die Corona-Pandemie so manche Planung durcheinander geworfen. Von zunächst 20 Interessenten für die Gründungsversammlung blieben nur die vorgeschriebenen sieben Gründungsmitglieder übrig und wir haben sehr Corona-konform draußen die Gründungsversammlung am 02.06.2020 abgehalten.

Die Satzung für die **„Nachhaltigkeitsinitiative Wachtberg e. V.“** wurde einstimmig beschlossen und folgender Vorstand ebenfalls einstimmig gewählt: Sabine Killmann (Vorsitzende), Tobias Teichner (Kassierer) und Gisela Moog (Schriftführerin).

Schon zwei Tage später ging es zum Notar und der Antrag auf Eintragung beim Amtsgericht Bonn wurde gestellt. Sowohl die Eintragung (VR 11621) als auch der Antrag auf Gemeinnützigkeit beim Finanzamt Sankt Augustin (Bescheid vom 02.07.2020) waren erfolgreich.

Bei der GLS Gemeinschaftsbank e.G. wurde ein Konto eröffnet, da sich diese Bank wie kaum eine andere Bank für Nachhaltigkeit einsetzt.

Am 22.07.2020 konnten wir uns im Rathaus der Gemeinde Wachtberg vorstellen und gleich auch über das Projekt **„Baum- und Grünpatenschaften“** diskutieren. Unser Bürgerantrag vom 10.04.2020 wurde auf der zweiten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität in der neuen Ratsperiode einstimmig angenommen. Damit ist der Erhalt und die Pflege der Bäume gesichert. Zusätzlich sollen die Baumscheiben bzw. Baumumgebungen ertüchtigt werden, um die Bäume „klimaresilienter“ zu machen.

Im April konnten wir dann eine besondere Aktion abschließen. Die 60 Sommerlinden auf der Gimmersdorfer Straße in Wachtberg-Villip haben am 21.04.2021 **Sonnenschutzmatten für die Baumstämme** bekommen. Dabei waren sieben Vereinsmitglieder / Freundinnen tatkräftig am Werk und haben zusammen mit den Mitarbeitern des Bauhofs der Gemeinde Wachtberg diese Matten angebracht. Die Matten dienen dem Schutz vor „Sonnenbrand“. Bei zu starker Sonneneinstrahlung und anhaltender Hitze trocknet die Rinde der Bäume sehr stark aus, reißt auf und Schadpilze haben ein leichtes Spiel. Wir sind sehr froh, dass wir diese Aktion gemeinsam erfolgreich beenden konnten und danken an dieser Stelle nochmals ausdrücklich dem Bauhof bzw. der Gemeindeverwaltung. Gleichzeitig konnten wir die Öffnungen der Drainagerohre (Baumbelüftungs- und Bewässerungsrohre bis in den Wurzelraum) frei legen, sodass nun die Anwohner bzw. auch Baumpaten die Bäume im Sommer wässern können. Hier ist die Gemeinde auch tätig, kann diese Aufgabe aber nicht ohne Unterstützung schaffen. Wer also Interesse hat, einen Baum zu pflegen bzw. zu versorgen, der kann sich beim Verein melden.

Eine sehr erfolgreiche Veranstaltung war auch unser Erdfest am 19.06.2021. Auf einer Wanderung durch die Natur haben wir uns mit den Fragen beschäftigt: Was gibt mir die Erde? Was gebe ich der Erde zurück? Im Rahmen der „Erdfestinitiative“ wollen wir daraus eine regelmäßige Veranstaltung jedes Jahr im Juni machen. Gerade der Schutz unserer Lebensgrundlagen wird immer wichtiger. Die Hochwasserkatastrophe hat uns nochmals die Dringlichkeit von Veränderungen vor Augen geführt und neu motiviert, nicht nachzulassen in unserem Bemühen für den Planeten. Unsere Gedanken und auch Hilfeleistungen gehen kontinuierlich an die Flutgeschädigten.

An weiteren Themen (Müllvermeidung, Wildblumenwiesen, Vogelturm, Wachtberger Kiste) wird gearbeitet. Wer mehr über unsere Aktivitäten erfahren will kann sich gerne per Mail (nachhaltigkeit.wachtberg@gmail.com), Post: Sabine Killmann, Gimmersdorfer Str. 7, 53343 Wachtberg oder telefonisch (0228/3367528) melden. Wir freuen uns über eine Kontaktaufnahme.

Quelle: Sabine Killmann

Baumschutzmatten als Sonnenschutz befestigt am 21.04.2021

Die Containerfracht-Branche braucht eine Transformation

Digitale Schifffahrt

Händler wie ALDI Süd, Rossmann und IKEA haben vor kurzem nicht nur mehrere Aktionsangebote storniert, sondern auch die Preise erhöht, da Waren aus Asien nicht pünktlich in den Filialen angekommen sind. Letzten Herbst fingen schon Containerlieferengpässe an, die Blockade des Suezkanals und die aufgrund des Corona-Ausbruchs vorübergehende Schließung der Zhoushan und Yantian Häfen in China - der dritt- und viertgrößten Container-Häfen der Welt - verschärfen diese Situation. Die Containerfracht-Branche befindet sich in einer Krise.

Grace Ruth

Der Bonner Hafen hat zwei IT-gestützte Containerbrücken und einen Multifunktionskran. Am Hafen können vier moderne Rheinschiffe mit einer Länge von je 135 Metern gleichzeitig festmachen. Die IT-gebundenen Stellplatzverwaltung ermöglicht einen schnellen Warenumschlag von mehr als 50 Schiffen pro Woche. Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) sitzt mit ihrer Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) in Bonn. Sie bietet digitale Bundeswasserstraßenkarten, Geoinformationen sowie weitere Geodatendienste an. In der Schifffahrtsbranche findet diese digitale Kommunikations- und Navigationstechnologie schon ihre ausgiebige Anwendung.

Allerdings hinkt sie anderen Transportbranchen bei der betrieblichen Digitalisierung, wie dem Organisationsmanagement, dem Geschäftsbetrieb und der Logistiküberwachung hinterher. Noch begleiten die komplexen Prozesse zu viele Papierdokumente. Zudem legen die Reedereien ihre Frachtraten nicht offen. Die Fahrpläne können nur tagesgenau bestimmt werden und es ist auch normal, dass Schiffe trotz des Fahrplans zu früh oder zu spät ankommen. Aus dieser Sicht ist es kein Wunder, dass ein Stau von über 350 Schiffen im Suezkanal vorgekommen war.

Vor allem können elektronische Frachtbriefe dazu beitragen, ihre Bearbeitungszeit von Tagen auf Minuten zu verkürzen. Dazu engagiert sich die DCSA (Digital Container Shipping Association) für eine Datenstandardisierung, um die Zusammenarbeit in der globalen Wassertransportbranche zu fördern. Blockchain – eine kontinuierlich erweiterbare Liste von Datensätzen in einzelnen Blöcken – würde die Echtzeit-Synchronisierung von Verpackung und Versand an wichtigen Logistikknoten wie Docks und Werften verschiedener Teilnehmer der gesamten Lieferkette realisieren. Des Weiteren reduzierte Künstliche Intelligenz (KI) die Personal- und Besatzungsquoten der automatisierten Terminals und auf intelligent gesteuerten Schiffen. Massendatenanalyse unterstützt die Unternehmen bei betriebswirtschaftlichen Entscheidungen und beugt möglichen Problemen vor. Da sich viele Unternehmen in der Container-Krise dem Luftverkehr und der Bahn zugewandt haben, nutzen sie beispielsweise die Züge der „Neuen Seidenstraße“ nach Europa. Die Ausweitung der betrieblichen Digitalisierung würde den Kundenservice verbessern und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt gegenüber anderen Transportbranchen stark unterstützen.

Möglicherweise möchten die Reeder und Hafenbetreiber ihre Daten nicht austauschen, da sie befürchten, Geschäftschancen zu verspielen oder Stammkunden zu verlieren. 2017 verursachte ein Cyberangriff auf die weltgrößte Containerreederei Maersk mehr als 300 Millionen US-Dollar Verlust: je mehr man auf die Digitalisierung setzt, desto stärker ist man davon betroffen. Die Sicherheit und der Datenschutz bleiben ein ewiges Thema. Ob der Ersatz von Künstlicher Intelligenz zum Verlust von Arbeitsplätzen führt oder neue Arbeitsplätze ermöglicht, ist auch umstritten.

Am 25. Juni 2021 lief das Containerschiff „Kobe Express“ der Hapag-Lloyd AG, der viertgrößten Linienreederei der Welt mit Hauptsitz in Hamburg, punktgenau in Marokko ein. Es handelt sich um den weltweit ersten digital gesteuerten Schiffstransport. Wäre die Schifffahrtsbranche schon umfassend in der gesamten Lieferkette eines Transportguts digitalisiert, würden Zeit und Umwege gespart und die Waren kostengünstig und umweltschonend beim Kunden ankommen. Die Folgen und der Nutzen von Digitalisierung werden aber erst Jahre später der nächsten Generation bekannt.

Gemeinnützigkeit für Organisationen der politischen Willensbildung ?

Seit fast vierzig Jahren besteht das Ökozentrum Bonn. Es bietet Bonner Umweltverbänden und -gruppen einen Ort zum Austauschen und Netzwerken. Die Gemeinnützigkeit bildet hierfür überhaupt die finanzielle Grundlage. Entschließen sich doch erst durch sie einige spendenwillige Umweltschützer*innen, die umweltpolitische Arbeit des Ökozentrums zu unterstützen.

Die obersten Finanzrichter am Bundesfinanzhof (BFH) hatten die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Organisationen wie ATTAC , Campact oder anderen bestätigt. Das kann das Ökozentrum Bonn in seiner Funktion als Dachverband verschiedener Vereine, die aus einem politischen Impuls heraus gegründet wurden – zum Beispiel: mehr Radverkehr, weniger Autos– nicht ignorieren.

Laut BFH seien die Aberkennungen begründet, indem es in der politischen Bildungsarbeit der betreffenden Vereine eine Einflussnahme in der politischen Willensbildung sieht.

Dies verbietet der entsprechende Paragraf 52 der Abgabenordnung, regelt dann aber nicht genau, wie Vereine, die zur Erreichung ihrer Ziele auf die öffentliche Meinung einwirken wollen, dies erreichen können.

Der künftige Bundestag ist hier in der Pflicht, eine klare gegenwarts- und zukunftsorientierte Novellierung vorzunehmen, ohne dass dadurch politisch motiviertes Engagement unmöglich wird.

So hat das Ökozentrum Bonn schließlich auch als Bündnispartner im Bündnis „Bonn wählt nachhaltig“ den Wahlprüfstein 11 (s. Seite 5) eingebracht und kommentiert die Antworten der Bundestags-Kandidierenden:

„Während die Vertreter*innen von B 90‘/Grüne, der Linken, der SPD und Volt für eine Ausweitung der Gemeinnützigkeit sind, nutzt die CDU eine sehr diplomatische und vorsichtige Umschreibung, die man als vorsichtige Zustimmung bewerten kann. Dagegen ist die FDP der Meinung, ATTAC und CAMPACT würden lediglich Partikularinteressen vertreten und wären nicht gemeinnützig. Offensichtlich ist in den Augen der FDP eine politische Betätigung grundsätzlich nicht gemeinnützig - oder mag es damit zusammenhängen, dass ATTAC und CAMPACT eine andere Sicht der Dinge haben als die FDP? Schließlich ist ja auch eine Lobby-Organisation der Rüstungsindustrie gemeinnützig... (https://taz.de/Gemeinnuetzigkeit-von-NGOs/!5574219/):

Ein Lobby-Verein der Rüstungsindustrie genießt dagegen Steuervorteile. Die 1957 gegründete Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik mit Sitz in Bonn hat einen klaren Zweck: „Ziel ist es, die Kenntnis über zentrale Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Wehr- und Sicherheitstechnik und der Verteidigungswirtschaft zu fördern“, schreibt sie auf ihrer Homepage.

Aufräumaktion im Naturschutzgebiet der Ahrmündung

Foto: Sandra Prüfer

Viele ehrenamtliche Helfer*innen wurden und werden gebraucht, um die Zigtausende Getränke-Flaschen und -Kästen aus dem Naturschutzgebiet (NSG) an der Ahrmündung bei Remagen-Kripp aufzusammeln und den Entsorgungsbetrieben (Abfallwirtschaftsbetrieb Zweigstelle in Kripp) zuzuführen.

Wie die Organisator*innen der Säuberungsaktion dem Ökozentrum Bonn mitteilten, betrachtet die Getränkewirtschaft die angeschwemmten Gebinde als kontaminiert. Eine Verwertung im Mehrweg-Kreislaufsystem sei nicht möglich. Für eine solche Kontamination liegen jedoch keine belastbaren Daten vor. Weiterhin sind erhebliche Zweifel angebracht, da unlängst im Schlamm der Erft keine relevante Kontamination gefunden wurde, merkt das Ökozentrum an. Auch fragt sich, wie die Winzer*innen an der Ahr dann ihren sogenannten‚Flutwein‘ anbieten können.

Angesichts der Masse von Mehrwegbehältern gibt es Pfandgutjäger*innen im NSG, die diese mutmaßlich kontaminierten Gebinde in die Leergutannahme zurückgeben und dabei Pfand in enormer Höhe kassieren. Diesem ungeordneten Rücklauf entgegenzuwirken, ist auch ein Ziel der Säuberungsaktion im NSG.

Nach Mitteilung der Organisator*innen fanden sich seit dem 17. Juli an Wochenenden bisher regelmäßig täglich zwischen 30 (sonntags) und 50 (samstags) Helfer*innen am Treffpunkt „Kreuzungsbereich „Zum Ahrtal -Badenacker/ Martinsfeuerplatz“ ein, um in die schwer begehbaren matschigen Ahrwiesen auszuschwärmen. Auch die nächsten Wochen werden noch viele helfende Hände benötigt, um das NSG zu reinigen und das Material abzutransportieren.

Wer weiterhin helfen möchte, kann mittwochs ab 17.00 Uhr und samstags und sonntags ab 10.00 Uhr zum Treffpunkt kommen.

Das Ökozentrum ruft dazu auf, bei der Befreiung der NSG-Ahrmündung von diesen Plastik- und Glasmassen zu helfen. Siehe auch Aufruf RhineCleanUp auf Seite 10 (RW)

Interview zu Risiken und Chancen der aktuellen Klimapolitik

Wir können das

Dass der Klimawandel die Häufigkeit und die Intensität katastrophaler Wetterereignisse begünstigt, ist weitgehend Konsens. Aber wie kann Abhilfe geschaffen werden? Und lassen sich die Pariser Klimaziele zur Begrenzung der Erderwärmung überhaupt noch erreichen? Frau Professor Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sagt eindeutig „Ja". Sie beschreibt im nachfolgenden Interview einen Pfad in eine treibhausgasneutrale Zukunft, wie der Wandel sozial gestaltet werden kann und welche Forderungen sich an die Politik ableiten lassen.

Göttingen © Jan Vetter / Max-Planck-Institute Göttingen

Gefragte Expertin und Autorin: Claudia Kemfert auf dem Göttinger Literaturherbst 2018

Frau Professor Kemfert, um das 1.5 Grad - Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung aus dem Pariser Klimaabkommen zu erreichen, stehen den Ländern in den kommenden Jahrzehnten nur begrenzte CO_2-Budgets zur Verfügung. Nach Ansicht der Umweltverbände hat Deutschland lange Zeit zu zögerlich gehandelt. Welches sind Ihrer Ansicht nach die wesentlichen Instrumente, um den Energieverbrauch in Deutschland treibhausgasneutral zu gestalten?

Wir benötigen einen breiten Strauß an Maßnahmen und Instrumenten. Neben einem Klimagesetz für alle Sektoren werden weitere Maßnahmen im Bereich Energiepolitik benötigt, etwa ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien durch den Abbau von Barrieren und Hemmnissen, die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen und eine komplette Steuer- und Abgabenreform, die fossile Energien verteuert und unnötige Abgaben auf Öko-Energien abschafft. Im Bereich Verkehr wird ein beschleunigter Ausbau der Schienen- und Ladeinfrastruktur benötigt. Wir brauchen eine streckenbezogene Pkw-Maut, höhere Diesel- samt CO_2-Steuern, strengere CO_2-Flottengrenzwerte für die Autoindustrie und eine E-Auto-Quote von 25 Prozent ab sofort und von 50 Prozent ab 2025. Die Industrie muss durch die gezielte Förderung von grünem Wasserstoff und finanzielle Unterstützung bei emissionsfreien Projekten emissionsfrei werden. So können wir eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien sicherstellen, die technisch effizient ist und den Energieverbrauch insgesamt erheblich senkt.

Am Klimabudget ausrichten

In Deutschland wurde im Jahr 2019 nach langer Diskussion das Bundes-Klimaschutzgesetz verabschiedet. Nun hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die darin enthaltenen Maßnahmen nicht ausreichend sind und insbesondere die Belange junger Menschen zu wenig berücksichtigt wurden. Wo sehen Sie die wesentlichen Defizite?

Das wesentlichste Defizit liegt darin, dass die Politik noch immer in unzureichendem Maße das Klimabudget berücksichtigt. Deutschland darf gemäß dem CO_2-Budgetansatz noch maximal 6,7 Gt CO_2 verursachen. Wir können also maximal sieben Jahre so weitermachen wie bisher. Je früher wir umstellen, desto besser. Das Klimabudget legt ein Ausstiegsdatum für alle fossilen Energien fest. Der Kohleausstieg kommt zu spät, um Pariskonform zu sein. Ein Budgetansatz hätte dies verhindert. Marktgetrieben gehen die Kohlekraftwerke nun früher vom Netz, man muss die Betreiber aber aufwendig entschädigen. Deutschland sollte sich besser komplett am Klimabudget ausrichten.

Nach dem Urteil wurde das Gesetz in kurzer Zeit überarbeitet. Wie bewerten Sie die Neufassung? Ist sie ambitioniert genug? Gibt es Länder mit weitergehenden Programmen?

Immerhin wurde das Klimagesetz angepasst, die Klimaziele verschärft. Und das in Windeseile. Die Ambitionslücke verkleinert sich. Leider reicht es immer noch nicht aus, um kompatibel mit dem Pariser Abkommen zu sein. Und es fehlen Maßnahmen. Mit Zielen allein erreicht man keinen Klimaschutz. Die Umsetzungslücke ist nach wie vor da. Einige unserer Nachbarländer sind viel weiter. Dänemark beispielsweise setzt seit langem eine konsequente Energiewende um. Österreich hat jüngst beschlossen, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2030 auf 100 Prozent zu erhöhen.

Bedeutung der Kipppunkte

Ist die Bedeutung der Kipppunkte in der aktuellen deutschen bzw. europäischen Klimapolitik angemessen gewürdigt?

Europa hat mit seinem jüngst vorgelegten „Fit for 55"-Programm ein durchaus ambitioniertes Klimaprogramm vorgelegt, vor allem weil es ambitionierte Emissionsminderungsziele berücksichtigt, aber auch wichtige Weichenstellungen in vielen Sektoren vornimmt. Zwar ist es immer noch nicht Paris-konform, es geht aber in die richtige Richtung. Um die Kipppunkte global aufzuhalten, müssen die Anstrengungen überall auf der Welt, vor allem in den USA, beschleunigt werden. Hier haben Europa und auch Deutschland eine Schlüsselfunktion, den Turbo in punkto Klimaschutz zu starten und möglichst Viele zu überzeugen mitzumachen.

Lässt sich die Argumentation im Verfassungsgerichtsurteil auf weitere anhängige Klimaklagen übertragen, zum Beispiel auf den Rechtsstreit zwischen dem von der Gletscherschmelze betroffenen peruanischen Bauer und dem RWE-Konzern?

Das können Juristen besser beurteilen als ich. Auffällig ist aber, dass immer mehr Gerichte genau wie in Deutschland das Bundesverfassungsgericht zu dem Schluss kommen, dass Politik und Unternehmen unzureichend handeln mit Blick auf mehr Klimaschutz. Das Urteil in Holland, das Shell zu mehr Klimaschutz verpflichtet, ist ebenso bahnbrechend. Auch in Australien haben Gerichte die Regierung verpflichtet, die Jugend vor dem Klimawandel zu schützen. Ähnliche Ergebnisse wird man auch in anderen Ländern sehen. Ich hoffe sehr, dass die Regierungen auch reagieren – und zwar mit mehr Klimaschutz, nicht mit einer Abänderung der juristischen Rahmenbedingungen.

Mobilität als Ganzes begreifen

Der Umstieg auf Elektromobilität erhöht nicht unerheblich den Strombedarf. Lässt sich dieser Zuwachs kurzfristig durch einen CO_2-reduzierten Strommix darstellen, oder anders herum gefragt, wann sehen Sie einen realistischen Zeitpunkt für den Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor?

Strom ist nicht das Problem, Öko-Strom steht heute schon in ausreichendem Maße zur Verfügung. Selbst wenn man – rein theoretisch – annehmen würde, dass man die heute im Einsatz befindlichen 47 Millionen Fahrzeuge sofort auf Elektro umstellen würde, würde man 20 Prozent mehr Strom benötigen – und dieser wäre schon heute durch Ökostrom vorhanden. Aber darum geht es nicht, wir benötigen weniger Fahrzeuge, oder besser gesagt Stehzeuge, und mehr Mobilitätsdienstleistungen. Verkehrswende bedeutet: Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -optimierung. Wir müssen Mobilität als Ganzes begreifen. Die zukünftige Mobilität ist elektrisch, vernetzt, digital und autonom. Fahrzeuge stehen heute 23 Stunden am Tag herum und benötigen dafür enorm viel Platz. Alle Anreize sind derzeit auf das individuelle Verbrennerauto ausgelegt, wir leben in einer autogerechten Gesellschaft, in der Verbrennerfahrzeuge gegenüber klimaschonender Mobilität massiv bevorteilt werden. Wir müssen aber zu einer menschengerechten Gesellschaft werden. Verkehrsplanungen und Straßenverkehrsordnung müssen geändert werden. Bei der Verkehrswende brauchen wir kein Datum für einen Verbrennerausstieg, sondern einen sofortigen Maßnahmenkatalog, um die Emissionen schnell und dauerhaft zu senken.

Erneuerbare Energien als Friedensprojekt

Nicht nur die Elektromobilität, auch die stromintensive Produktion von vorzugsweise grünem Wasserstoff zur CO_2-freien Verbrennung machen einen Zubau bei der Stromerzeugung erforderlich. Wie bewerten Sie die wieder aufkommende Diskussion zum Einsatz der Atomkraft zur Bewältigung der Klimakrise? Gibt es „ungefährliche" Atomkraftwerke und könnten sie eine Übergangslösung sein?

Atomenergie ist weder ungefährlich noch eine Übergangstechnologie. Atomenergie ist zu teuer, nämlich mehr als doppelt so teuer wie erneuerbare Energien. Die Kosten der Müllendlagerung und des Akw-Rückbaus sind ohnehin gigantisch. Die Kosten einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien liegen deutlich unter denen von konventionellen Energien. Atomkraft ist eine risikoreiche Technologie, die die Gefahr eines Super-GAUs, Umwelt- und Gesundheitsschäden mit sich bringt. Erneuerbare Energien hingegen sind umwelt- und klimaschonend. Ein Super-GAU ist nicht mal theoretisch möglich. Atomenergie ist eine Technologie ohne Zukunft. Die angebliche Atom-Renaissance ist ein Mythos. Nur wenige Länder bauen mit gewaltigen Subventionen neue Akw. Partizipation der Bevölkerung? Nein, danke! Atomenergie dient oft allein der Sicherung macht- und geopolitischer Stärke. Erneuerbare Energien hingegen stärken Demokratie, Partizipation und Wohlstand. Die Energiewende hin zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ist ein Friedensprojekt. Eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien kann den gesamten Energiebedarf sicherstellen.

Wird nach dem 2020 gesetzlich beschlossenen Ausstieg aus der Kohleverstromung der industrielle Umbau und die Ansiedlung innovativer Wirtschaftszweige in den betroffenen Regionen konsequent genug vorangetrieben?

Man kann schon einige Aktivitäten sehen. Aber es ist zu früh für eine Beurteilung. Eine erfolgreiche Strukturpolitik muss Innovationen und wirtschaftliche Potenziale aller Sektoren, unter anderem durch Unterstützung von Wirtschaft, Wissenschaft, Infrastruktur und der Zivilgesellschaft, adressieren. Kurz- und mittelfristig könnte Beschäftigung etwa über ein ambitioniertes Förderprogramm zur Gebäudesanierung geschaffen werden. Darüber hinaus ergeben sich Beschäftigungsperspektiven, da ein allgemeiner Fachkräftemangel absehbar ist. Die regionale Wirtschaftsförderung muss sich auf Zukunftsbranchen, wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Gebäudesanierung, Elektromobilität, Digitalisierung und Tourismus, fokussieren. Beispielsweise könnten stillgelegte Tagebauflächen sowohl für Tourismus- und Freizeitangebote als auch als Standorte für Windenergie- und Photovoltaikanlagen genutzt werden. Auch der Ausbau der Infrastruktur ist wichtig: Gute Verkehrsanbindungen, schnelles Internet und andere Infrastruktureinrichtungen sind nicht nur wichtige Standortfaktoren für Unternehmen, sondern entscheiden auch über die Attraktivität einer Region. Um dem bestehenden Abwanderungstrend entgegenzuwirken, sollten auch weiche Standortfaktoren gefördert werden. Lebensqualität und Attraktivität sind Voraussetzungen dafür, dass Menschen in einer Region bleiben und Unternehmen in einer Region investieren, weil sie hier die notwendigen Arbeitskräfte finden.

Klimabonus für Haushalte

Um Einsparanreize zu setzen, soll der CO_2-Preis deutlich angehoben werden. Es stehen verschiedene politische Vorstellungen im Raum, insbesondere auch, wie die für die Bürgerinnen und Bürger entstehenden Mehrkosten ausgeglichen werden können. Wie sähe Ihrer Meinung nach ein sozial faires Konzept aus?

Klimaschutz schafft Kostenwahrheit und soziale Fairness. Durch eine Pro-Kopf-Klimaprämie, die aus den CO_2-Einnahmen bezahlt wird. Heiz- und Kraftstoffe waren immer schon sehr viel teurer als es schien. Denn die Schäden der fossilen Freiheit Einzelner werden – versteckt und nirgends offen ausgewiesen – von der Gemeinschaft bezahlt. Fair und wirkungsvoll ist es, man würde Klimaschädlinge wie Kerosin, Diesel, Benzin und Gas realistisch an den verursachten Klimawandel-Folgekosten beteiligen. Und richtig fair wäre, man würde am selben Tag damit beginnen, den Menschen das Geld zurückzugeben. Als „Klimabonus" oder „Klimaprämie" sollten die Einnahmen einer CO_2-Steuer an die privaten Haushalte zurückgezahlt werden. Der positive Lenkungseffekt wäre offensichtlich: Je weniger fossile Energien ich verbrauche, desto mehr Geld kann ich behalten. Und: Haushalte mit niedrigen Einkommen würden meist mehr Geld bekommen als sie qua Verbrauch bezahlen.

Wir danken Frau Kemfert für das Interview.

Interview:

Susanna Allmis-Hiergeist
Dr. Manfred Fuhrich
Grace Ruth
Ralf Wolff

Frau **Prof. Dr. Claudia Kemfert** ist Wirtschaftsexpertin auf den Gebieten Energieforschung und Klimaschutz. Seit 2004 leitet sie die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität Lüneburg. Zuvor lehrte sie an der Humboldt-Universität und der gemeinnützig orientierten Hertie School of Governance. Claudia Kemfert wurde 2016 in den Sachverständigenrat für Umweltfragen berufen. Darüber hinaus ist sie in Beiräten verschiedener Forschungsinstitutionen, von Bundes- und Landesministerien sowie der EU-Kommission tätig.

Bisher hat sie unter anderem zu den Themen „Das fossile Imperium schlägt zurück - Warum wir die Energiewende jetzt verteidigen müssen“ und „Kampf um Strom - Mythen, Macht und Monopole“ veröffentlicht. Ihr neuestes Buch „Mondays for Future - Freitag demonstrieren, am Wochenende diskutieren und ab Montag anpacken und umsetzen“ erschien im Frühjahr 2020.

Das **Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung** wurde bereits 1925 als Institut für Konjunkturforschung gegründet. Es erforscht bis heute wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Zusammenhänge und berät auf dieser Basis Politik und Gesellschaft. Das Institut ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen wissenschaftlichen Zwecken. Als zu Zweidritteln von Bund und Ländern finanzierte Forschungseinrichtung steht das Institut in besonderer Weise dem Dialog mit der Öffentlichkeit in der Pflicht.

Zehn Kernforderungen von Germanwatch e. V.

„Es geht ums Handeln – jetzt!“

Germanwatch formuliert zehn Kernforderungen rund um die Klima- und Nachhaltigkeitsziele für die künftigen Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestags. Diese seien kein umfassendes Programm, so die Entwicklungs- und Umweltorganisation. „Aber sie benennen zehn unverzichtbare Schritte.“ Sie sollten „in ein breites Reformprogramm für ein gerechteres, nachhaltigeres und international verantwortungsvolleres Land integriert werden“. Germanwatch ist davon überzeugt, dass sich in dieser Dekade entscheiden wird, ob die Klima- und Nachhaltigkeitsziele eingehalten werden können. Es geht ums Handeln – jetzt!“, so Germanwatch.

1. Nachhaltigkeitsziele als Richtschnur des Regierungshandelns

SDGs (Sustainable Development Goals, Nachhaltigkeitsziele) und Klimaschutz müssen für alle Ministerien verbindlich werden. Die Zusammenarbeit der Ministerien muss dafür anders und besser organisiert, jedes Gesetz hinsichtlich der Auswirkungen auf Menschenrechte, Klimaschutz und Nachhaltigkeit überprüft werden. Ein Bundestagsausschuss für Nachhaltigkeit muss Mitsprache im Gesetzgebungs- und Haushaltsverfahren erhalten. Gemeinsam mit den Bundesländern sollte die Bundesregierung Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Sinne des UNESCO-Programms BNE2030 zum Leitbild für alle Bildung machen.

2. Nutzen des Finanzmarkts als Hebel zur Finanzierung des Wandels

Wir fordern eine kluge Regulierung des Finanzmarkts, damit Risiken vermieden und die notwendigen Veränderungen leichter finanziert werden können. Die öffentliche Hand muss bei der zukunftsorientierten Offenlegung von Klimarisiken und der Lenkung eigener Finanzflüsse als Vorreiterin vorangehen. Die Sustainable-Finance-Strategie der Bundesregierung muss nachgeschärft, die wichtigen und konkreten Empfehlungen des Sustainable-Finance-Beirats müssen umgesetzt werden.

3. Schneller, naturverträglicher Ausbau von Wind- und Solarkraft

Ambitionierte Klimaziele im Strom-, Verkehrs- und Gebäudesektor sowie in der Industrie lassen sich nur mit deutlich schnellerem Ausbau der erneuerbaren Energien erreichen. Wir fordern höhere Ausbauziele, bessere Planungs- und Genehmigungsverfahren und den Ausbau der notwendigen Netze. Für Bürger*innen braucht es überzeugende politische und ökonomische Teilnahmekonzepte. 2030 muss der Kohleausstieg abgeschlossen sein und mindestens 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien stammen.

4. Ausstieg aus der industriellen Tierhaltung und Umbau der Landwirtschaft

Die Ausrichtung der Landwirtschaft auf immer mehr Produktion zu international wettbewerbsfähigen Preisen verursacht hohe Treibhausgasemissionen, gefährdet durch Antibiotikaeinsatz die Gesundheit, beschleunigt das Höfesterben und zerstört Märkte für Bauern im Globalen Süden. Wir fordern die Reduktion der Tierbestände, die Bindung der Tierzahlen an die lokale Futterfläche und eine Abgabe auf tierische Lebensmittel, um eine tierwohlgerechte Haltung mit existenzsichernden Erzeugerpreisen zu ermöglichen.

5. Mobilitätswende von Auto und Flug zum Zug

Um die Klimaziele zu erreichen und den Rohstoffverbrauch zu senken, brauchen wir nicht nur eine Antriebswende zur Elektromobilität, sondern eine Mobilitätswende, die zu weniger und kleineren Autos und weniger Flügen führt. Wir fordern ein sofortiges Moratorium für den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen, ein Enddatum für den fossilen Verbrennungsmotor, einen Europatakt für attraktive Zugverbindungen und Investitionen in das deutsche und europäische Schienennetz.

6. Aufbau einer Kreislaufwirtschaft

Der hohe Ressourcenverbrauch unserer Volkswirtschaft muss schrittweise gesenkt und – weit über Recycling-Konzepte hinaus – von einer Kreislaufwirtschaft abgelöst werden. Wir fordern verbindliche Ziele zur absoluten Reduktion der Nutzung von Primärrohstoffen und die dafür nötigen Maßnahmen, wie eine Ressourcensteuer und eine Substitutionsquote.

7. Digitalisierung für das Gemeinwohl

Wir fordern einen politischen Rahmen für Digitalisierung, der den Schutz der Lebensgrundlagen mit dem Schutz der Demokratie verknüpft. Dazu gehört auch, die Bundesförderung für die Digitalisierung der Schulen und Lernorte auf nachhaltige, inklusive und demokratieförderliche Lösungen auszurichten.

8. Neuausrichtung der Handelspolitik an den Menschenrechten und am Schutz der Lebensgrundlagen

Statt der bisherigen Freihandelsabkommen, die Menschenrechte, SDGs und Pariser Klimaziele unzureichend berücksichtigen, fordern wir eine neue Form von Partnerschaftsabkommen. Die Ratifikation des Mercosur-Freihandelsabkommens muss ausgesetzt werden, solange der Schutz von Menschenrechten, Klima und Wald nicht gesichert ist. Die Investitions- und Handelspolitik mit den Staaten Afrikas muss im Sinne eines Pakts für soziale und ökologische Nachhaltigkeit neu gestaltet werden.

9. Wirksames europäisches Lieferkettengesetz

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass das geplante EU-Lieferkettengesetz über das beschlossene deutsche Gesetz hinausweist: Unternehmen müssen für ihre gesamte Lieferkette Verantwortung übernehmen und dabei Menschenrechte und Umwelt achten. Das Gesetz braucht klare Haftungsregeln für Betroffene und sollte die wirksamsten Elemente aus Lieferkettengesetzen der Mitgliedstaaten aufgreifen. Das deutsche Gesetz muss entsprechend nachgeschärft werden.

10. Internationale Zusammenarbeit für Klima und Nachhaltigkeit

Wir fordern eine strategische und kohärente Klimaaußenpolitik, ambitionierte Klimapartnerschaften mit anderen Ländern und eine Erhöhung der internationalen Klimafinanzierung, die sich am tatsächlichen Bedarf für die Einhaltung der Pariser Ziele und die Bewältigung von Klimafolgen orientiert – zusätzlich zu den lange zugesagten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsfinanzierung. Es braucht eine Initiative zur Um- und Entschuldung für Länder des Globalen Südens, damit diese nach der Corona-Krise einen gerechten und klimakompatiblen Wiederaufbau stemmen können.

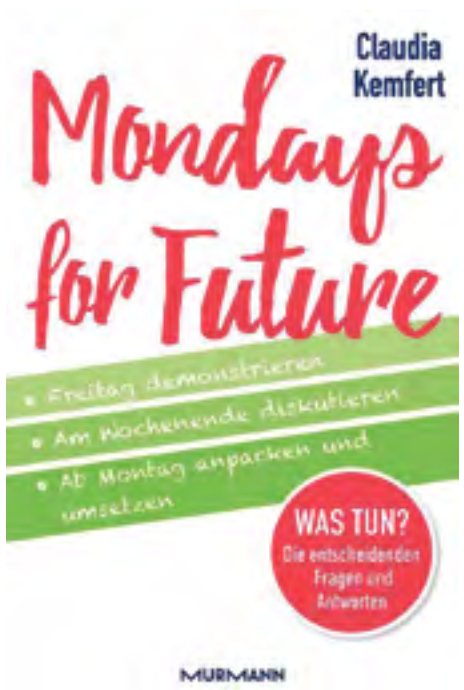
Leitbild Germanwatch

Das Team von Germanwatch aus Haupt- und Ehrenamtlichen mit langjähriger Erfahrung und Expertise im Entwicklungs- und Umweltbereich engagiert sich für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.

Germanwatch sieht hin, analysiert und mischt sich ein. Dabei konzentriert sich Germanwatch auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt der Arbeit. Unabhängigkeit sichert sich Germanwatch durch Gelder von Föderern und Mitgliedern und Stiftungen, die die Überzeugungen des Germanwatch-Teams teilen.

GERMANWATCH

Germanwatch e. V.
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn Telefon: +49 (0) 228 60492-0
www.germanwatch.org; E-Mail: info@germanwatch.org



Erschienen am 31. März 2020, 200 Seiten,
ISBN: 978-3-86774-644-1

Bundestagswahl 2021 – Wahlprüfsteine des Bündnisses ‚Bonn wählt nachhaltig' an die Kandidierenden des Wahlkreises Bonn für den 20. Deutschen Bundestag der Wahlperiode 2021 bis 2025

Welche/welcher Kandidierende möchte wie den Umweltschutz im Bundestag vertreten?

Am 26. September findet die Wahl zum 20ten Deutschen Bundestag statt. Seit mehreren Legislaturperioden begleitet die Bonner Umwelt Zeitung die Wahlen in Bonn mit Wahlprüfsteinen. Das sind im Konsens erarbeitete, parteipolitisch unabhängige Fragen an die Kandidat*innen. Mit den Antworten erhalten die Wähler*innen Orientierung in welche Richtung die Entscheidungen ihrer künftigen Repräsentant*innen einschlagen würden. Das Ökozentrum Bonn und sechs weitere Organisationen haben sich zum „Bündnis Bonn wählt nachhaltig" zusammengeschlossen und zwölf Wahlprüfsteine diskutiert und abgestimmt. Sie befassen sich mit Umwelt- und Naturschutz, Klima, Siedlungspolitik und Verkehr. Das Bündnis hat diese Fragen den Bonner Kandidierenden von CDU, SPD, Die LINKE, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und Volt mit der Bitte um Beantwortung geschickt. Das BUZ-Konzept dieser Ausgabe sieht vor, dass die Redaktion die Themen inhaltlich begleitet und die Expert*innen der Umweltverbände die Antworten der Kandidierenden auf ihren Verbandsseiten kommentieren.

Christoph Jansen (CDU)

www.christophjansen.com

Ich bin 37 Jahre alt und trete für die CDU in Bonn zur Bundestagswahl an.
Bereits seit 2014 engagiere ich mich ehrenamtlich als Mitglied des Bonner Stadtrats und seit 2019 habe ich außerdem das Amt des Bezirksbürgermeisters von Bad Godesberg übernommen, das mir sehr viel Freude bereitet. Ich bin dadurch mit den Anliegen und Bedürfnissen der Bonnerinnen und Bonner sehr gut vertraut. Die Themen, für die ich mich besonders einsetze, sind: Klimaschutz, Digitalisierung, Wirtschaft und Sicherheit.
Hauptberuflich leite ich seit 2019 die KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Davor habe ich knapp 10 Jahre lang bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in der Stabsstelle Unternehmensentwicklung und als Berater für das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gearbeitet. Daher kenne ich den internationalen Standort Bonn und die Bonner Nachhaltigkeitsszene sehr gut. Mein Studium der Politikwissenschaft habe ich in Bonn begonnen und in Washington mit dem Master of International Affairs abgeschlossen. Neben meinem Beruf und meinem politischen Engagement bin ich leidenschaftlicher Marathon- und Langstreckenläufer und mir liegen soziales Engagement und Brauchtum besonders am Herzen.
Mein Motto für die Arbeit im Bundestag: ***„Gemeinsam die großen Herausforderungen angehen! Jetzt ist die Zeit zu handeln!"***

Jessica Rosenthal (SPD)

© SPD Bonn/s.h. schroeder

Ich bin Jessica Rosenthal, 28 Jahre, Lehrerin an einer Gesamtschule in Bonn und kandidiere für die Bonner SPD bei der Bundestagswahl.
Gebürtig in der Nähe von Hameln, bin ich für ein freiwilliges politisches Jahr bei der Hilfsorganisation CARE nach Bonn gekommen und bin 2013 in die SPD eingetreten.
An der Bonner Universität habe ich Deutsch und Geschichte auf Lehramt studiert und hier auch 2020 mein Referendariat mit dem 2. Staatsexamen abgeschlossen.
Seit März 2020 bin ich Vorsitzende der Bonner SPD und seit Anfang 2021 Bundesvorsitzende der Jusos, der Jugendorganisation in der SPD.
„Ich möchte Bonns Chancen nutzen": Dieses Motto steht im Zentrum meines Wahlkampfs, denn unsere schöne Stadt hat als UN-Standort mit dem Klimasekretariat, als erfolgreicher Wirtschaftsstandort und mit einer starken Stadtgesellschaft großes Potential. Ich möchte Bonn zur Klimahauptstadt machen, die internationalen Strukturen bei uns stärken und Bonns starke Stimme in Berlin sein.
Dafür werbe ich um Ihr Vertrauen – im Haustürwahlkampf, in meinem digitalen Wohnzimmertalk und bei Aktionen vor Ort. Lassen Sie uns gemeinsam Bonns Chancen nutzen: mit Ihrer Stimme am 26. September für mich und für die SPD!

Ilja Bergen (DIE LINKE)

www.die-linke-bonn.de

Ich bin Ilja Bergen, 34 Jahre alt. Derzeit arbeite ich halbtags, Studiere BWL und bin Co-Sprecher der Linken in Bonn. Ich trete als Direktkandidat für die Linken in Bonn an. Mir sind vor allem die Zweitstimmen wichtig, damit die Linke möglichst stark im Bundestag vertreten ist.
Ich bin in Russland geboren und mit 5 Jahren nach Bonn gekommen. In Bonn habe ich meine Mittlere Reife abgelegt und eine Ausbildung zum Chemikanten gemacht. Anschließend habe ich auf Schicht in der Produktion einer Rohöl-Raffinerie nahe Köln gearbeitet. Als ich 28 war habe ich angefangen mich politisch zu engagieren und bin den Linken beigetreten.
Das Motto das mich politisch begleitet, lässt sich zusammenfassen als ***„Es ist genug für alle da."***. Beispiel Nahrungsmittelproduktion. Die globale Nahrungsmittelproduktion reicht locker aus, um die Menschheit zwei Mal zu ernähren. Dennoch hungern Menschen. Das hat auch etwas mit Verteilungsgerechtigkeit und Armut zu tun. Einige wenige sammeln völlig sinnlos alles an Geld bei sich, während der Rest der Menschheit immer weniger hat. Das ist völlig unnötig und absurd.

Katrin Uhlig (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

© Katrin Uhlig

Ich wurde in Duisburg geboren und habe nach vielen Stationen in der Welt meine Heimat in Bonn gefunden.
Aufgewachsen in Wuppertal, zog es mich während meines Studiums in Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien in Passau unter anderem nach China, Südafrika und Puerto Rico.
Nach meinem Abschluss kam ich dann schließlich über Den Haag und Düsseldorf nach Bonn. Bonn habe ich bewusst als meinen Lebensmittelpunkt gewählt, weil ich Bonn als eine weltoffene und naturnahe Stadt erlebe, die so unglaublich viel zu bieten hat.
Von 2010 bis 2017 arbeitete ich in Düsseldorf als wissenschaftliche Mitarbeiterin für Klima- und Energiepolitik der GRÜNEN Landtagsfraktion NRW. Anschließend wechselte ich für eineinhalb Jahre als Fachgebietsleiterin Wasser/ Abwasser zu einem Verband in NRW. 2011 wurde ich Mitglied bei den Grünen. 2015 wurde ich in den Vorstand der Bonner Grünen gewählt, 2018 bis 2021 zu einer der zwei Co-Vorsitzenden.Seit 2019 arbeite ich als wissenschaftliche Referentin für den Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden der Grünen Bundestagsfraktion Oliver Krischer im Bundestag in Berlin.
Ich bin die Bundestagskandidatin der GRÜNEN für Bonn. Mein Motto/Leitgedanke für den Bundestag ist: ***„Wir müssen die anstehenden Veränderungen gemeinsam ökologisch und sozial gestalten. Ich setze mich deshalb für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und eine klimaneutrale Wirtschaft ein und möchte Bonn zur internationalen Klimahauptstadt weiterentwickeln."***

Alexander Graf Lambsdorff (FDP)

www.fdp.de/person/alexander-graf-lambsdorff

Geboren wurde ich 1966 in Köln und verbrachte meine Kindheit und Jugend in Bonn und Brüssel. Nach dem Abitur am Aloisiuskolleg - Gymnasium (kurz AKO) in Bad Godesberg habe ich in Bonn und Washington Neuere Geschichte studiert und mit einem Master abgeschlossen.
Im Anschluss daran wurde ich zum Diplomaten ausgebildet. Meine ersten Berufsjahre verbrachte ich an der Deutschen Botschaft in Washington und dem Russland Referat im Auswärtigen Amt. Mit der Europawahl 2004 wurde ich Ihr Bonner Abgeordneter in Brüssel. Seit 2017 vertrete ich Bonn im Bundestag und bitte Sie erneut um Ihr Vertrauen.
Politischer Werdegang: Seit 2017 stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion für Außen-, Europa-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik.Vize-Präsident des Europäischen Parlamentes für Menschenrechte und Demokratie 2014 – 2017. Mitglied des Europäischen Parlamentes 2004-2017. Gründungspräsident des European Liberal Forum (ELF), Vize-Präsident der Europäischen Liberalen Partei, ALDE-Party 2011 - 2015 und seit 2019
Stellv. Vorsitzender der FDP-NRW seit 2014
Chef-Wahlbeobachter der EU-Wahlbeobachtungsmissionen
Bangladesch 2006/2008, Kenia 2007, Guinea 2010, Libyen 2012 und Myanmar 2015
Bangladesch 2006/2008, Kenia 2007, Guinea 2010, Libyen 2012 und Myanmar 2015
Motto für die Arbeit im Bundestag: ***„Für die Freiheit, mehr denn je"***

Textquelle: www.bonns-stimme.de

Livia Juliane Genn (Volt)

Foto: Engelbert Reineke

Ich bin 23 Jahre alt und komme ursprünglich vom Stadtrand von Köln. Für mein Studium bin ich gerne ins wunderschöne Bonn gezogen. Innerhalb meines Studiums der Geographie (Bachelor) habe ich mich mit politischer und feministischer Geographie als auch mit Entwicklungsgeographie beschäftigt.
Vor meinem Studium absolvierte ich einen Europäischen Freiwilligendienst in Griechenland, bei dem ich in einer Radiostation über Themen der UN, wie Frieden oder Frauenrechte, sprach und die Integration der nach Griechenland Geflüchteten mit Sprachkursen und Freizeitaktivitäten unterstützte. Diese Zeit hat mich aufgeschlossener und toleranter werden lassen. Den Austausch mit vielen unterschiedlichen Kulturen, nicht nur bei der Arbeit, sondern auch im Privaten, habe ich als sehr bereichernd empfunden. Ein Auslandssemester in Norwegen führte mich dann in einen weitere europäischen Kulturkontext ein. Beide Auslandsaufenthalte haben eine entscheidende Gemeinsamkeit: ohne die ‚EU' wären sie nicht möglich gewesen. Neben all den offensichtlichen Privilegien, die wir als EU-Bürger*innen genießen, denke ich, stützen solche persönlichen Erfahrungen und Freundschaften in anderen europäischen Ländern am Ende den paneuropäischen Zusammenhalt.
Schließlich vertrete ich die paneuropäische Partei Volt als Direktkandidatin für Bonn und auch auf der Landesliste NRW. Es ist mir eine Freude bei Volt an der Zukunft der EU mitarbeiten zu können. **„Laut sein für eine Politik, die alle Lebensrealitäten mitdenkt, dank unterschiedlicher Blickwinkel."** Das ist die Grundlinie meines Politikverständnisses.

1. Energiewende braucht Taten!

Energiewende ist in aller Munde – aber es müssen Taten folgen!
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Sind Sie für einen Kohleausstieg bis 2024 und für den Erhalt aller Dörfer im Bereich der geplanten Tagebauerweiterungen?
Was wollen Sie tun, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 11.

2. Verkehrs- oder nur Antriebswende?

Eine „Antriebswende" ersetzt fossile durch nachhaltig erzeugte Treibstoffe. Eine „Verkehrswende" stärkt hingegen zusätzlich den „Umweltverbund" aus Fuß-, Rad-, Öffentlichen Verkehr, u. a. durch Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts, Vorgaben für fußgängerfreundliche Städte, Ausbau eines attraktiven Radverkehrsnetzes bundesweit und Sicherstellung des Ausbaus und einer ausreichenden Finanzierung von Bus und Bahn.
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Wofür wollen Sie sich bei der Verkehrspolitik einsetzen: nur für eine „Antriebswende" oder für eine „Verkehrswende"?
Für welche konkreten Maßnahmen der Verkehrswende werden Sie sich offensiv einsetzen?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 13.

3. Vorrang für die Schiene!

Die Bundesverkehrswegeplanung ist seit Jahrzehnten Auto- und LKW-zentriert und fördert den Ausbau der Bundesfernstraßen viel stärker als den Ausbau von Schienenstrecken. Auch der Flugverkehr erscheint aktuell als deutlich stärker gefördert als der Schienenverkehr.
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Für wie wichtig halten Sie eine Trendumkehr zugunsten des Schienenverkehrs?
Bezogen auf Bonn: Was wollen Sie konkret unternehmen, um insbesondere den Ausbau der linksrheinischen Bahnstrecke von Köln mindestens bis Bonn-Mehlem (besser bis Remagen) voranzutreiben – insbesondere da sie zu den am stärksten belasteten und unpünktlichsten Schienenstrecken in ganz Deutschland gehört?
Werden Sie sich darüber hinaus dafür einsetzen, die Bahnstrecken beidseits des Rheins (in Bonn und im Mittelrheintal) zu entlasten, also die Planungen für eine rheinferne Güterzugtrasse zu forcieren?
Treten Sie für ein Verbot von Kurzstreckenflügen ein, wenn attraktive Zugverbindungen mit einer Fahrzeit von maximal sechs Stunden existieren?
Wollen Sie Kerosin besteuern (Steuergerechtigkeit)?
Unterstützen Sie – wenn ja, wie – den Aufbau eines europäischen Nachtzugnetzes?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 13.

4. Abschied vom Autobahnaus- und -neubau

Fast sämtliche Autobahnen rings um Bonn sollen massiv ausgebaut und sogar eine neue „Rheinspange" zwischen Köln und Bonn völlig neu gebaut werden (Rheinquerung A 553, Wesseling - Niederkassel). Entsprechend der Logik „Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten" ist das klimapolitisch, aber auch für die Lebensqualität in der Region äußerst negativ; Städte und Gemeinden werden zwar über die Autobahnen vorübergehend leichter erreichbar, aber innerorts sind die Verkehrsflächen für den Kraftfahrzeugverkehr nicht vermehrbar. Im Gegenteil müssen vor allem innerstädtische Straßen rückgebaut und der Straßenraum anders aufgeteilt werden, um mehr Platz für Busse und Straßenbahnen, Radfahrer und Fußgänger zu schaffen. Autobahnen aus- und neuzubauen, löst keine Probleme.
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Halten Sie den Ausbau der Autobahnen im Großraum Köln-Bonn für sinnvoll? Falls ja, warum?
Sind Sie bereit, Rheinspange und Südtangente dauerhaft aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen?
Sind Sie bereit, alle Straßenaus- und –neubauprojekte, die noch nicht planfestgestellt sind, insbesondere auch unter Klimaaspekten neu zu bewerten und gegebenenfalls auf sie zu verzichten?
Sind Sie bereit, auf den Ausbau der A 565 im Bonner Norden zugunsten einer reinen Ersatzerneuerung ohne zusätzliche Kapazitäten zu verzichten, und werden Sie dafür konkret sorgen?
Halten Sie die „Salamitaktik" beim Ausbau der A 59 im Osten von Bonn für angemessen, bei der erst die Standstreifen in geöffnete Fahrspuren umgewandelt und jetzt wieder neue Standstreifen dazu gebaut werden sollen?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 13.

5. Finanzierung von Bus und Bahn sichern!

Schon vor der Coronakrise waren kommunale Busse und Bahnen unterfinanziert. Die Coronakrise 2020/21 verschärft die finanzielle Situation und wird sich auch 2022 negativ auswirken, weil erst wieder das Vertrauen der Fahrgäste zurückgewonnen werden muss. Auch die Ticketangebote und –einnahmen im ÖPNV werden sich in Zukunft durch mehr Homeoffice ändern. Vor diesem schwierigen Hintergrund gilt es, das jetzige und weiter auszubauende Angebot zu sichern.
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Werden Sie sich für neue Finanzierungsformen für den öffentlichen Nahverkehr wie Umlagefinanzierung oder Steuerfinanzierung als Daseinsvorsorge einsetzen, damit weder die Ticketpreise für die Fahrgäste noch die Umlagen für die Kommunen steigen müssen?
Welche Maßnahmen fordern Sie, um Bahn und öffentliche Verkehrsmittel in Deutschland attraktiver gegenüber dem Auto zu machen?
Speziell in Bonn und NRW gehören die Ticketpreise deutschlandweit zu den höchsten: Wie sollen sich aus Ihrer Sicht entwickeln?
Wie stehen Sie zu 365-Euro-Tickets (für ein Jahresabo) und wie sollen sie finanziell ermöglicht werden?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 13.

6. Flächenfraß stoppen!

Die Flächenversiegelung schreitet ungebremst voran, immer mehr Kulturlandschaft verschwindet unter Beton. Die Versiegelung und Überbauung unserer Wiesen und Äcker ist eine der Hauptursachen für den Verlust an Tier- und Pflanzenarten und ein wichtiger Grund für die wachsende Zahl tropischer Nächte in Großstädten wie Bonn. So darf es nicht weitergehen!
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Werden Sie den Landschaftsschutz stärken? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der „Flächenfraß-Paragraph" 13b Baugesetzbuch, mit dem Bebauungspläne für Wohngebiete ohne Umweltprüfung und ohne Ausgleich ausgewiesen werden können, nach 2022 nicht wieder verlängert wird? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Landschaftsschutz und Naturschutz nicht angetastet werden?
Für die Region Bonn: Werden Sie sich dafür einsetzen, einen Modell-Naturpark Siebengebirge mit gestärktem Landschaftsschutzrecht zu schaffen? Werden Sie dazu beitragen, wirksame Instrumente für interkommunalen Ausgleich bei der regionalen Flächennutzung zu schaffen?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 10.

7. Klimagerechte und bezahlbare Wohnungen schaffen!

Immer noch werden auch von Wohnungsbauunternehmen vorwiegend Einfamilienhäuser gebaut, und es fehlen bezahlbare Wohnungen - auch in unserer Region. Der Sickereffekt, demzufolge genug kleine Wohnungen frei werden, wenn weitere Einfamilienhäuser gebaut werden, funktioniert bei unserer alternden Gesellschaft kaum. Politik und Verwaltung haben es bisher nicht vermocht, dem Ausufern des Immobiliensektors, der in erster Linie ihm selbst und der Kapitalanlage nützt, Grenzen zu setzen. Eine zukunftssichere Finanz- und Rentenpolitik muss dafür sorgen, dass die Geldanlage in Immobilien nicht weiter angetrieben wird.
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Was wollen Sie tun, um den Wohnungsbestand sowohl klimagerechter als auch effizienter zu nutzen? Werden Sie die Teilung von Bestandswohnraum, den Generationswechsel in Einfamilienhäusern sowie den Bau kleiner Wohnungen in Innenbereichen prioritär fördern? Werden Sie neben den vorgeschriebenen barrierefreien auch barrierearme Wohnungen fördern, um die Selbstständigkeit im Alter zu verlängern und damit auch die Pflegekosten einzudämmen Werden Sie für Hochpreis-Kommunen wirksame Instrumente gegen Leerstand entwickeln?
Was werden Sie tun, damit Wohnraum nicht länger Spielball von Großanlegern und Geldwäschern bleibt?
Werden Sie Immobilien nicht weiter Finanzhaien überlassen?
Werden Sie sich für ein Verbot von Immobilien-Barkäufen einsetzen?
Statt Bauflächen und Wohnungsbau Immobilienkonzernen und Spekulanten zu überlassen, sollte die Schaffung von kostengünstigem und klimagerechtem Wohnraum forciert werden, zum Beispiel durch die Förderung kommunaler und regionaler Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften. Werden Sie sich auch dafür einsetzen?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 10.

8. Biodiversität erhalten

Biodiversität wird in vielen Reden als unabdingbar gepriesen: Dennoch geht der Verlust an Lebensräumen, Arten und humusreichen Böden in rasantem Tempo ungebrochen weiter. Bei konkreten Projekten muss der Naturschutz immer wieder zurückstecken, sodass immer mehr Lebensräume verloren gehen. Im Gegensatz zum Menschen können Flora und Fauna nicht einfach weiterziehen und sind zum Sterben verurteilt.
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Was wollen Sie in Zukunft anders machen, damit Biodiversität nicht der ewige Verlierer ist?
Was soll konkret in der Land- und Forstwirtschaft sowie im städtischen Umfeld geschehen?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 11.

9. Schutzgebiete schaffen

Schutzgebiete können den immer dramatischeren Rückgang der Artenvielfalt zumindest eindämmen.
Fragen hierzu an die Kandidaten:
Wollen Sie bis 2025 auf mindestens 30 Prozent der Fläche vernetzte Schutzgebiete schaffen, die diesen Namen auch verdienen?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 11.

10. Förderung naturverträglichen Wirtschaftens

Fördergelder werden in der Landwirtschaft bisher nach Flächengröße vergeben, ohne auf die Auswirkungen auf den Naturhaushalt zu achten. Die Verdrängung der Artenvielfalt wird mit Milliarden pro Jahr durch kontraproduktive Subventionen gefördert, z. B. durch Exportsubventionen, die dann andernorts einheimische Agrarmärkte ruinieren.
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Wollen Sie Fördergelder in der Landwirtschaft zukünftig nach gesellschaftlicher und ökologischer Leistung für höhere Standards in Umwelt- und Tierschutz, für eine regionale Verarbeitung der Lebensmittel und für eine regionale Vermarktung vergeben?
Wollen Sie Menschen mit deutlich mehr Engagement als heute finanziell unterstützen, die naturverträglich wirtschaften und bedrohte Natur erhalten? Stellen Sie dafür ausreichend Geld (cirka 1 Mrd. € pro Jahr) zur Verfügung?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 11.

11. Gemeinnützigkeit für Organisationen der politischen Willensbildung

Viele wichtige Organisationen der Zivilgesellschaft wie Campact und ATTAC haben die Gemeinnützigkeit verloren, weil die Abgabenordnung zu enge Grenzen für die politische Willensbildung bei der Verfolgung der Organisationsziele setzt.
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Setzen Sie sich für die Anpassung der Abgabenordnung (§ 52 AO) ein, damit Organisationen gemeinnützig sein können, die z. B. Grund- und Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit oder Demokratie fördern, solange sie den vorgeschriebenen Abstand zu politischen Parteien einhalten?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 16.

12. Bürgerbeteiligung

Die in der Zukunft nötigen Maßnahmen zum Klimaschutz sowie Anpassungen an den Klimawandel verstärken die Interessenkonflikte, zum Beispiel zwischen Bauland und Landschaftsschutz; zwischen bezahlbaren Mieten und Investitionen in die Wärmedämmung oder Solaranlagen; zwischen Verkehrs- bzw. Versorgungsleitungen und Grünflächen.
Fragen hierzu an die Kandidierenden:
Mit welchen Strategien wollen Sie einen fairen Interessenausgleich und eine konsequente Beteiligung der Bürger*innen erlangen?
Wie wollen Sie gesellschaftliche Teilhabe unabhängig von den persönlichen Finanzen realisieren?

Eine Kommentierung der Antworten der Bundestagswahl Kandidierenden finden Sie auf Seite 12.

Erkennen Sie die umweltpolitische Richtung Ihres/Ihrer Kanditat*in auf www.bonn-waehlt-nachhaltig.de